

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 1.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei und postfrei. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummernblätter oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Beraternungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (letztgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Pretrate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 27. November 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Innere und äußere Schwierigkeiten.

Aus Wien wird vom 25. d. M. geschrieben:

Der österreichische Himmel hängt voll Geigen, und wenn man den bürgerlichen Zeitungen trauen wollte, so herrscht im Staat eitel Freude, denn in wenigen Tagen wird „jubiliert“ werden. In Wahrheit war die politische Situation in Oesterreich-Ungarn schon lange nicht so düster und trübe wie in den Tagen, da sein Monarch die Feier des sechzigjährigen Regierungsjubiläums begehen soll. Das innere Leben Oesterreichs ist von der bangen Sorge beherrscht, ob das neue, mit so viel Hoffnungen begrüßte Parlament nicht plötzlich zusammenbrechen wird. Es war nicht schwer und keine große Kunst, den erfahrenen Beck zu stürzen; aber jemanden zu finden, der das komplizierte Getriebe beherrscht und die auseinanderstrebenden Kräfte zu einer Einheit bindet, ist ungleich schwieriger und ist, wenigstens bisher, nicht gelungen. Die geplante Bildung eines parlamentarischen Koalitionsministeriums ist gescheitert, obwohl es die Parteien an Eifer, zur Macht zu kommen, und die Personen an Streberei, zu Würden zu gelangen, sicherlich nicht haben mangeln lassen. Aber wenn einmal die Risse in der Koalition offenbar sind, wenn sich die Differenzen unter den Koalitionsparteien manifestieren: dann ist der Ring nicht mehr zu schließen und eine Parteiverbindung mit der Tragkraft, einer Regierung die Grundlage und den Stützpunkt zu bieten, nicht mehr herbeizuschaffen. Die nationalen Parteien haben an der Bekämpfung der Koalition so lange gerüttelt und gezerrt, bis sie zusammengebrochen ist. Nun sind sie aber die Gefangenen ihrer Schlagworte, und das alte Spiel ist nicht mehr erneuerbar. Vorläufig hat man ein subalternes Beamtenministerium unter Führung des ganz unzulänglichen Freidern v. Wienert eingesezt, welches dem Hause, das Donnerstag seine Arbeiten wieder aufnimmt, die zwei „Staatsnotwendigkeiten“, das Budgetprovisorium und die Vorlage über die Genehmigung der böhmischen Annexion, erpressen soll, um dann, wenn es nur halbwegs möglich, im Januar einem parlamentarischen Ministerium Platz zu machen. Es ist sicherlich ein merkwürdiges Schauspiel: daß sich um die Etablierung eines parlamentarischen Regierungssystems die Krone bemüht, wogegen die parlamentarischen Parteien die Uebernahme der Herrschaft eigentlich weigern. Aber in Oesterreich stehen eben alle Dinge auf dem Kopf, und was sonst paradox erschiene, wird durch die österreichische Erfahrung bestätigt.

In Ungarn, dem nicht jubelnden Teile des Habsburgischen Imperiums — man feiert in Ungarn die Thronbesteigung deshalb nicht, weil die Eigenschaft Franz Josephs als König von Ungarn erst von der Krönung des Jahres 1867 datiert —, heißt die große Sorge: Wahlreform. Zwar das Geschäft zwischen der Krone und der Reichstagsmehrheit ist glücklich zustande gekommen, und der König, der den Wählern in Ungarn das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht in den feierlichsten Worten verkündet hatte, schwankte mit der Vorsanktion für eine Wahlreform nicht, die die Analphabeten vom Wahlrecht ausschließt, die dreifache Pluralität enthält und die öffentliche Abstimmung übernimmt, also das strikte Gegenteil jener Reform ist, die durch ein Königswort verbürgt worden war. Nach den Machtverhältnissen im Reichstage ist es auch nicht wahrscheinlich, daß das Androssische Schandwerk einem großen und gefährlichen Widerstand begegnen werde; soweit wäre der Handel perfekt. Aber die Wahlreform, die im ungarischen Reichstage eingebracht worden ist, ist ein so schweres Unrecht gegenüber den nichtmagyarischen Nationen und ein solches Verbrechen an den breiten Massen des Volkes, daß die Wirkung ihrer Gesetzgebung die Ausbreitung einer wahren Verzweiflungssituation in Ungarn sein müßte. Wird doch unter den Rumänen und Slowaken, die als Nationen die Kosten des schmachvollen Handels zwischen Krone und Magyarenclique zahlen sollen, ja auch unter den Sozialdemokraten, ganz ernstlich der Gedanke ventiliert, sich der Passivitätspolitik hinzugeben, sich an den Wahlen überhaupt nicht zu beteiligen, vielmehr alle Kräfte auf die Aktion und Organisation anherbeiholen des Parlaments zu konzentrieren. In der Hofburg mag man meinen, daß die Veröhnung mit der herrschenden Clique, die die Rekruten bewilligt, ein unermeßlicher Nutzen sei; aber man vergewaltigt ganze Völker nicht ungestraft und beschwört nicht ohne die traurigsten Folgen für alle Schuldigen die Stimmung der Verzweiflung hervor, die sich aller Rücksichten und Verpflichtungen entbunden fühlt. Die Unterschrift für das Papier ist bald gegeben, aber ungerächt würde der Verrat solcher Versprechungen, die Verleugnung solcher Verpflichtungen, nicht bleiben.

Grau und trübe ist aber auch die auswärtige Situation Oesterreich-Ungarns, die durch das Abenteuer der Annexion der ehemaligen Okkupationsländer herbeigeführt worden ist. Der Katenkammer über die glorreiche Geldentart der Souveränitätsverletzung, über die sich die Patrioten in Entzücken nicht genug tun konnten, ist nun auch allgemein. Denn wie steht ihre Bilanz? Man könnte einen Preis darauf setzen, auch nur den geringsten Vorteil zu nennen, den Oesterreich-Ungarn, der Staat und die Völker, durch die berühmte Erstreckung der Souveränität erlangt hat:

es würde sich ihn niemand verdienen. Aber die Passivposten des aus eitler Ruhmsucht entsprungenen Schrittes sind ungeheuer. Vorher war Oesterreich-Ungarn ein, wenn man so sagen darf, allgemein beliebter Staat, der mit der ganzen Welt in Frieden lebte und von niemandem beunruhigt wurde. Heute stößt er überall auf Haß und Feindschaft; und seine Nachbarn auf dem Balkan, die sich zum Kriege rüsten, finden dabei in halb Europa freundliche Ermunterung. Daß Serbien und Montenegro militärisch für eine Großmacht keine ernstlichen Gegner sind, ändert nichts daran, daß ihr Kriegsfanatimus allmählich eine ernste Gefahr wird, denn was für Folgen sich angesichts der gesamten Lage aus dem kleinsten Zufammenstoß entwickeln können, ist gar nicht abzusehen. Dazu die Boykottbewegung in der Türkei, die immer schroffer und herausfordernder wird, und die, wie heute angekündigt wird, bereits zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen führen soll, die Schwierigkeiten, die die Annexion der Provinzen, die man der dualistischen Monarchie faktisch gar nicht einverleiben kann, im Innern bereitet: wohn der Blick fällt, sieht er nur traurige und unheilvolle Folgen eines Schrittes, für den nicht die geringste sachliche Notwendigkeit gesprochen hat. Feinde ringsum und Herrissenheit und Desorganisation im Staate selbst: zum Jubilieren just die richtige Stimmung nicht!

Meiner des Reiches wäre für Oesterreich-Ungarn nur der, der für seine Völkerstaaten die Bedingungen eines erträglichen Nebeneinanderlebens schaffen könnte. Aber diese Leistung hat die Habsburgische Herrschaft nicht zuwege gebracht, und am Ausgang der sechzigjährigen Regierung steht es um die Ordnung im Innern nicht viel anders als an ihrem Beginne.

Freiinn und Volksrechte.

Noch einmal hat der Freiinn Gelegenheit, zu zeigen, ob es ihm mit liberalen Forderungen ernst ist. Ungeheuerliche Zumutungen werden dem Freiinn in steuerpolitischer Hinsicht gestellt. Er soll eine halbe Milliarde neuer Steuern bewilligen, die zum größten Teil wiederum die nichtbestehenden Klassen belasten werden. Wird der Freiinn dem Volke diese ungeheure Last aufbürden helfen ohne die geringste Gegenleistung?!

Zwei Gegenforderungen sind es, die der Freiinn im Interesse des Volkes und seines eigenen Programms unbedingt durchzusetzen versuchen müßte: Die Schaffung parlamentarischer Zustände im Reiche und die Einführung des Reichstagswahlrechtes für Preußen. Wenn die Klagen des Freiinns über das persönliche Regiment etwas anderes sein sollen als wehleidige Phrasen, so muß der Freiinn seine Zustimmung zu den neuen Steuern abhängig machen von der Einführung gesetzlicher Garantien gegen Monarchen- und Ministerabsolutismus im Reich und den Junkerabsolutismus in Preußen. Weidese gehört zusammen! Ohne Volksrechte in Preußen wären alle formalen Zugeständnisse für das Reich nur ein Phantom.

Alle denkenden Köpfe des Freiinns stimmen denn auch in dieser Auffassung überein. Theodor Barth sagt im „Narz“:

„Es wäre eine ebenso dankbare wie historische gegebene Aufgabe des Liberalismus, vornehmlich des linksliberalen, sich an die Spitze aller demokratischen Kräfte zum Zwecke der Erlämpfung des parlamentarischen Regierungssystems zu stellen. Die Befreiung des persönlichen Regiments ist ein Teil der notwendigen Demokratisierung Preußens und Deutschlands.“

Auch Herr Raumann verweist auf das verfassungsrechtliche Programm des Liberalismus, das folgende Forderungen enthält:

1. Ministerverantwortlichkeitsgesetz.
2. Mitwirkung des Reichstags bei Einsetzung und Entlassung des Reichkanzlers und der Reichsstaatssekretäre.
3. Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstages zur Vermehrung des politischen Einflusses.
4. Neueinteilung der Reichstagswahlkreise.
5. Reichstagswahlrecht in Preußen.

Er fährt dann fort:
 „Wir dürfen es nicht dahin kommen lassen, daß die Sozialdemokratie die Vertretung des liberalen Staatsgedankens uns aus der Hand nimmt. Der deutsche Liberalismus ist an einem Wendepunkte angelangt, wo er aus der Tiefe seiner Grundsätze neu erkehen oder vergehen muß. Mit kleiner Alltagsvorsicht allein ist jetzt nichts geschehen. Was bedeutet in einer solchen Zeit die Idee des Blockes? Sie ist in jeder Hinsicht brüchig geworden. Wir müssen deshalb Prinzipienpolitik treiben.“

Auch Konrad Haufmann vertritt die Auffassung, daß demokratische Einrichtungen erlämpft werden müßten, auch wenn darüber der Block zugrunde gehe:

„Was ist nun erreicht worden? Sichere Garantien, daß ähnliche Dinge nicht mehr vorkommen können, fehlen uns noch. Unsere Sorgen sind nicht beseitigt durch Versprechungen, die nur auf dem Papiere stehen. Wie können wir weiter kommen, das ist heute die Frage. Das persönliche Regiment muß aufhören. An Stelle des Scheinkonstitutionalismus muß der wahre Konstitutionalismus treten. Der Kanzler muß eine feste Politik und der Kaiser gar keine treiben. Das ist einfach Sache des politischen Charakters. Aber seien wir ehrlich, wir alle haben in den letzten Jahren nicht immer politischen Charakter gezeigt. Für die Rationalisten wird es eine Lebensfrage sein, ob sie an dem Ausbau der Verfassung mitarbeiten werden. Tun sie es nicht, so müssen sich unsere Wege von ihnen trennen.“

Wird der Freiinn diese Mahnungen der Barth, Raumann und Haufmann lehrzigen? Wird er entschieden für die Schaffung wirklich parlamentarischer Zustände im Reich und in Preußen eintreten? Wird er seine Forderungen zur unerzürterlichen Vorbedingung der ferneren Mitarbeit am Block machen? Wird er im Falle einer Verweigerung den Kampf gegen die Reaktion aufnehmen? Oder wird er auch jetzt wieder, um mit Raumann zu sprechen, die Vertretung des liberalen Staatsgedankens der Sozialdemokratie überlassen?

Wir werden ja auf die Entscheidung nicht lange zu warten haben!

Sozialpolitisches aus der Hamburger Bürgerschaft.

Hamburg, 25. November 1908.

Am heutigen Abend kam es in diesem illustren Selbst- und Privilegiertenparlament zu lebhaften Auseinandersetzungen über einige sozialpolitische Anträge der sozialdemokratischen Fraktion. Zunächst interpellierte Genosse Große über die schon von uns mitgeteilte und gebührend kritisierte, gegen öffentlich-rechtliche Bestimmungen zwingender Natur verstoßende Entscheidung der Deputation für Handel und Schifffahrt als oberer Verwaltungsbehörde, wonach den Malerinnungsmeistern das „Recht“ gewährt wird, nur Innungs-Kassenmitglieder zu beschäftigen. Obwohl der Interpellant unter Anführung reichsgesetzlicher Bestimmungen (§§ 73, 75, 80 des Krankenversicherungsgesetzes und 41 der Reichsgewerbeordnung) die Unhaltbarkeit des Entscheides nachwies, erklärte ein Mitglied der genannten Deputation, daß es sich um einen Akt der Rechtsprechung handle, der nur zur Kenntnis der Beteiligten zu bringen ist, und da es sich außerdem um eine nicht zur Kompetenz der Bürgerschaft gehörige Reichsangelegenheit handle, werde die Verantwortung der Interpellation abgelehnt. Die weiteren Ausführungen unserer Genossen Große und Raske suchten die Anhänger dieser Vergeßlichkeit durch lauten Lärm zu überwinden, namentlich als lechterer den Nachweis erbrachte, daß das Verfahren der Innung gemäß der üblichen Rechtsprechung als Erpressung und Betrug angesehen werden müsse. Ein Herr Reimer, der bei der letzten Reichstagswahl als Durchfallskandidat für Hamburg II fungierte, verdächtigte die Verwaltung der Ortskonkassen durch die „Genossen“ und freute sich über das energische Vorgehen der Innung und deren „Sieg“. Darauf wurde mit 90 gegen 40 Stimmen ein Schlußantrag angenommen, womit die Sache „erledigt“ war. Sie wird aber noch an anderer Stelle zur Erörterung gelangen.

Wie schon durch Telegramm mitgeteilt, hat die Bürgerschaft einen Senatsantrag auf Ueberweisung von 10 000 M. an die durch das Grubenunglück in Westfalen Geschädigten einstimmig angenommen. Von der richtigen Erödrung ausgehend, daß die Schandwirtschaft im Bergwerkbetriebe beseitigt werden müsse, verlangten unsere Genossen, der Senat möge im Bundesrat für die Einführung eines Reichsberggesetzes eintreten. In sachlicher Weise begründete Genosse H. Stubbe diesen Antrag, der aber tauben Ohren begegnete. Nach außen hin glänzt man durch Wohlthätigkeit, aber im übrigen muß alles hübsch beim alten bleiben. Die Ursachen dieser durch trassierte Ausbeutungsgier herbeigeführten Massenunfälle zu beseitigen, dazu kann man sich aus naheliegenden Gründen nicht verstehen. Ein Großkaufmann erlaubte sich den billigen „Witz“, unserer Fraktion vorzuwerfen, sie handle nur aus agitatorischen Beweggründen, was ihm ein lebhaftes „Bravo!“ seitens seiner Klassenossen eintrug. Für diesen Antrag stimmten außer unseren Genossen nur einige linksliberale.

Eine umfangreiche sozialpolitische Debatte verursachten die von unserer Fraktion gestellten Anträge betreffend die Arbeitslosigkeit im Winter. Da die Arbeitslosigkeit auch in der Handelsmetropole riesige Dimensionen angenommen hat, wie die vor kurzem stattgehabte Niesenerkennung der Arbeitslosen, die großen Angebote bei den Arbeitsnachweiser sowie die von den Gewerkschaften gezahlten großen Summen an Arbeitslose beweisen, was Genosse B. Hoffmann in einer vorzüglichen Rede nachwies, vermochte man diese Frage nicht mit einer Handbewegung abzutun.

Zur Annahme gelangten um Mitternacht diese Anträge:

1. sofort Vorkehrungen zu treffen, der für den Winter drohenden großen Arbeitslosigkeit dadurch zu begegnen, daß die in Aussicht genommenen staatlichen Arbeiten mit größter Beschleunigung in Angriff genommen werden, um so vermehrte Arbeitsgelegenheit zu schaffen;

2. baldmöglichst eine statistische Feststellung des Umfanges der Arbeitslosigkeit zu veranlassen und Einrichtungen zu treffen, um diese Feststellungen periodisch zu wiederholen.

Ferner ein Antrag der vereinigten Liberalen, den Senat um eine Vorlage zu ersuchen, welche geeignete Mittel in Vorschlag bringt, um für den bevorstehenden Winter in erhöhtem Maße den Kindern bedürftiger Eltern an den hamburgischen Schulen Speisung zu gewähren; die zu gewährenden Mittel dürfen aber nicht den Charakter einer öffentlichen Armenunterstützung tragen.

Endlich wurde noch ein Antrag angenommen, daß bei den im Winter in Angriff zu nehmenden staatlichen Arbeiten Arbeiter zu beschäftigen sind, die in Hamburg ihren Unterkunftswohnsitz haben.

Abgelehnt wurde dagegen ein Antrag der Sozialdemokraten auf Einsetzung eines Ausschusses zwecks Prüfung der Frage, welche Mittel anzuwenden seien, um der periodisch wiederkehrenden Arbeitslosigkeit vorzubeugen und ihre Wirkungen zu mildern, im besonderen auch, ob und unter welchen Bedingungen eine staatliche Versicherung gegen Arbeitslosigkeit eingeführt werden kann.

Dah solche Fragen in diesem Parlament überhaupt erörtert werden, ist nur dem energischen Eingreifen unserer Fraktion zuzuschreiben. Früher existierte für die Bürgerschaft kein „Notstand“.

Die Wiener Revolution von 1848 auf der preußischen Anklagebank.

Zu der von uns gestern schon telegraphisch mitgeteilten Verurteilung des Genossen Thiem-Prankfurt a. M. schreibt uns unser Frankfurter Korrespondent:

Als am 2. Oktober d. J. ein halb Duzend Kriminalbeamte in der Buchhandlung der „Vollstimme“ in Frankfurt a. M. das erste Lieferungsheft der „Geschichte der Wiener Revolution“ von Max Wach konfiszierten, da schrieben selbst bürgerliche Zeitungen, die Konfiskation könne unmöglich aufrecht erhalten werden. Niemand nahm an, daß ein historisches Werk, das seit einem Jahrzehnt auch in Preußen-Deutschland unbehelligt blieb, nun auf einmal staatsgefährlich sein könnte. Aber die Frankfurter Staatsanwaltschaft ist anderer Ansicht, sie wollte das Gleichgewicht des Staates wiederherstellen und erhob gegen den Geschäftsführer der Buchhandlung „Vollstimme“ Anklage. Die Veranlassung zu der großen Staatsaktion gab ein dem Wach beigelegtes fakultatives Flugblatt aus den heißen Oktobertagen des Jahres 1848: „An das Militär!“ In diesem historischen Dokument, das mit dem Rufe nach einem konstitutionellen Kaiser schließt, heißt es u. a.:

„Brüder, Freunde, Soldaten! Ist es nicht größer, für ein freies Volk zu kämpfen, das aus Menschen besteht, und nicht aus Anrechten? Ist es nicht erhabener, für ein Volk zu sterben, wenn die unerlöschliche Flamme trübt, das aus Wärmern besteht, die selbst ihren letzten Lebenshauch ausatmen für Freiheit und Recht? Brüder! Unsere Wünsche, unsere Hoffnungen sind ja dieselben. Wir wollen Menschenrechte, Menschenwürde für alle gleich, keiner sei bevorzugt, keiner zurückgesetzt; nur das Verdienst gelte. Kommt ihr anders wollen, wenn ihr Menschen seid? ... Darum Freunde, laßt euch nicht aufstacheln gegen eure Brüder, die nur die Freiheit wollen in edelster Sinne, die sie für alle wollen, ohne Ausnahme! Laßt euch nicht zu Mordern machen an euren Mitbürgern, die nichts wollen als Wahrung der unveräußerlichen Menschenrechte im Volke wie im Herrn!“

Und weil die Buchhandlung „Vollstimme“ diesen der Revolutionsgeschichte als Beilage angefügten Aufruf mit dem ersten Lieferungshefte in ihrem Schaufenster als Plakate für das Volk aushängte, hatte sich ihr Geschäftsführer, Genosse Thiem, heute vor der hiesigen Strafkammer wegen Vergehens gegen den § 110 des Strafgesetzbuchs zu verantworten. Nach diesem Paragraphen wird mit Geldstrafe bis zu 600 M. oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft, wer öffentlich oder durch öffentliche Ausstellung von Schriften zum Ungehorsam gegen Gesetze auffordert. Ursprünglich war Anklage wegen Vergehens gegen § 112 erhoben worden, der den für strafbar erklärt, der eine Person des Soldatenstandes, des deutschen Heeres auffordert oder anreizt, dem Befehle des Oberen nicht Gehorsam zu leisten. Ein Defekt, das nur mit Gefängnis und zwar bis zu zwei Jahren bestraft wird. Eröffnet wurde aber das Verfahren auf eine Verhörende hin nur wegen Vergehens gegen den § 110.

In der Verhandlung stand dem Angeklagten Rechtsanwält Merzbach als Verteidiger zur Seite; den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Komorowski. Dieser richtete vor Eintritt in die Verhandlung die Frage an den Staatsanwalt, ob er beantrage, die Öffentlichkeit auszuschließen. Der Staatsanwalt versagte das. Der Gerichtshof zog sich Besinnungszeit zur Beratung zurück und verurteilte nach seiner Rückkehr: Die Öffentlichkeit ist wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung und der Staatsicherheit ausgeschlossen. Den Vertretern der Presse ist Zutritt unter den bekannten Bedingungen (Beschränkung in der Berichterstattung) gestattet.

Der Angeklagte erklärte nach Verlesung des konfiszierten Heftes auf Verlangen, daß er den Aufruf „An das Militär“ lediglich als Reklamezettel im Schaufenster aufgehängt habe. Der Inhalt sei ihm bekannt gewesen. Er sehe in dem Flugblatt keine Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Vorgesetzten und könne auch nicht annehmen, daß ein Aufruf, der vor sechzig Jahren an das österreichische Militär gerichtet war, heute aufreizend wirken könne. In seinem Plädoyer betonte der Staatsanwalt, der Aufruf sei aufreizend. Mit wichtiger Miene meinte er: Von einem großen Teil der sozialdemokratischen Partei wird neuerdings offen und vertriebt antimilitaristische Propaganda betrieben, und Soldaten aufgefordert, den Befehlen der Vorgesetzten im Falle eines Konfliktes nicht Folge zu leisten. An dieses mußte man denken, wenn man den Aufruf im Schaufenster der Buchhandlung „Vollstimme“ sah, und der Angeklagte hat wohl nur aus diesen Gründen das Flugblatt öffentlich ausgehängt. Dieses wird heute noch aufreizend und der Angeklagte hätte wissen müssen, daß Vorübergehende, die den Aufruf lesen, ihm eventuell Folge leisten. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 200 Mark.

Der Verteidiger vertrat nochmals den Standpunkt, daß in dem fakultativen eine Aufforderung zum Ungehorsam nicht liegt. Er wies nach, daß das beigelegte Werk seit einem Jahrzehnt unbehelligt mit dem Aufruf auch in Deutschland erschienen konnte und in vielen öffentlichen Bibliotheken liegt. Die Geschichte der deutschen Revolution enthalte ähnliche fakultative als historische Dokumente und kein Staatsanwalt habe sie bisher als staatsgefährlich betrachtet. Aus objektiven und subjektiven Gründen müsse Freisprechung erfolgen.

Nach langer Beratung wurde das Urteil dahin verkündet: Der Angeklagte wird zu 200 M. Geldstrafe verurteilt. Die beschlagnahmten Broschüren werden nach Entfaltung des Aufrufs „An das Militär“ freigegeben und nur dieser beschlagnahmt. Im Urteilsentwurf wird gesagt: Der Aufruf hat nach Ansicht des Gerichtshofes einen aufreizenden Charakter. Die Soldaten werden aufgefordert, den Befehlen ihrer Vorgesetzten keine Folge zu leisten. Darin liegt eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze, gegen die Kriegsgesetze. Dies ist konkret aus dem Aufruf ersichtlich. Objektiv liegt daher ein Vergehen gegen den § 110 vor. In subjektiver Hinsicht nimmt das Gericht als erwiesen an, daß der Angeklagte das Bewußtsein hatte, daß der Aufruf zum Ungehorsam gegen die Gesetze auffordert. Er hat auch Kenntnis von dem Inhalt gehabt. Der Aufruf ist auch für die heutige Zeit nicht ohne Bedeutung, denn es sind in der letzten Zeit von sozialdemokratischer und anarchistischer Seite Aufforderungen an die Soldaten ergangen, den Befehlen der Vorgesetzten nicht zu gehorchen und eventuell in die Luft zu

schleichen. Diese Notiz haben den Angeklagten veranlaßt, den Aufruf aufzuhängen, wenn er sich dabei auch mit dem buchhändlerischen Interesse leiten ließ.

Die große Haupt- und Staatsaktion der Frankfurter Staatsanwaltschaft hat also unglücklicherweise mit einer Verurteilung geendet. Immerhin ist das Urteil derart, daß der Aufruf einen Mäßigkeit ähnlich sieht. Nichts geändert wird dadurch freilich an der Ungeheuerlichkeit, daß ein deutsches Gericht die bürgerliche Revolution von 1848 nach 60 Jahren verurteilt. Unverständlich, daß ein historisches Dokument, wie der Aufruf „An das Militär“ 60 Jahre nach seinem Erscheinen in Oesterreich, in Deutschland als aufreizend und staatsgefährlich bezeichnet werden kann. Der Militarismus muß bekämpft werden, das war die Triebfeder der Anklage und der Antimilitarismus wurde verurteilt ohne Rücksicht darauf, daß der Aufruf sich an die Soldaten von 1848 wendet und seit zehn Jahren in ihm noch kein Staatsanwalt eine Staatsgefährlichkeit erblickte.

Die Herrschenden sind offenbar durch das Gespenst des Antimilitarismus aufs äußerste erschreckt und gereizt, und ihre Angst äußert sich in einer Weise, daß die Gegner des Militarismus sich die Hände reiben können. Denn etwas Kompromittierlicheres, als das Zeugnis, das sich das herrschende System und die deutsche Justiz durch diese Aktion gegen das 1848er Flugblatt ausstellen, läßt sich nicht gut erfinden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. November 1908.

Finanz- und Blockverwirrung.

Aus dem Reichstage, 26. November. Nach der Raddob-Debatte lenkte der Reichstag heute wieder in die Erörterung der Finanzreform ein. Als zweiter Zentrumsredner verbreitete Herr Speck sich ausführlich über die einzelnen Steuerprojekte, die, wie sie gestaltet sind, zu einer großen Blamage führen müßten. Auch von der Erbschaftsteuer wollte er nichts wissen, und betonte dabei besonders die agrarische Uebereinstimmung seiner Partei mit den Konservativen. Diese Situation nützte der konservative Graf Schwerin-Vöhring aus, um den Freisinnigen die Zügel fester zu ziehen um ihrer blockwidrigen Seitensprünge willen. Er fanzelte sie ab wegen der Erklärungen der Herren Traeger und Schrader zugunsten konstitutioneller Reformen. Das gehe durchaus nicht an; die Verfassungsfrage habe nichts zu schaffen mit der Finanzreform. Beharrten die Freisinnigen auf ihrem Bestehen, dann würde der Block gesprengt und Blah geschaffen werden für einen anderen Block! Ob nun die Zentrumsparthei wirklich bereit ist, sich mit der konservativen Partei im gegenwärtigen Augenblick zu einem antikonstitutionellen Block zusammenzuschließen, kann wohl füglich bezweifelt werden. Eigentlich sollte man ihr eine solche kapitale Dummheit nicht zutrauen, denn die Herrlichkeit könnte doch nur von sehr kurzer Dauer sein. Aber der Agrargraph hatte seine Worte auch wohl nur im Hinblick auf die bewährte Schreckhaftigkeit der Freisinnigen gemünzt. Da muß es sich ja bald zeigen, ob sie die gewünschte Wirkung ausüben können.

Dem Genossen Südekum gab dieser Schwerinsche Vorstoß in die hohe Politik jedenfalls den Anlaß, seinerseits nachzuweisen, wie innig Finanzreform und Verfassungsreform miteinander verknüpft sind und wie sehr das persönliche Regiment die Reichsfinanzverwirrung verschuldet habe. Er rechnete auch gleich mit dem preußischen Finanzminister v. Rheinbaben ab wegen dessen an dieser Stelle bereits gekennzeichneten wunderbaren Rechenunfähigkeit. Südekum brachte insbesondere reiches Material herbei, um nachzuweisen, zu welchen Zwecken denn eigentlich die Gewerkschaften ihre Beiträge verwenden. Dann zerstückelte er unbarmherzig die einzelnen Steuerpläne der Regierung und nagelte auch den nationalliberalen Herrn Beber darauf fest, daß er die Lichtsteuer überhaupt für diskutierbar erklärt hatte.

Herr v. Rheinbaben, der aus Erfahrung wußte, daß mit einer Verteidigung der Steuerpläne nur Unbehagen im Hause zu erzeugen sei, warf sich in echt demagogischer Manier ausschließlich auf das Thema der Sozialdemokratie, von dem er weiß, daß damit, trotz seiner Abgedroschenheit, bei den anspruchlosen junkerlichen und bürgerlichen Durchschnittsparlamentariern immer Beifall zu erzielen ist. Er schüttete einen ganzen Bitatenjaß aus, um zu beweisen, daß die Arbeiter in den letzten Jahren materielle Fortschritte gemacht haben, was niemand unter uns bestritten hat. Er kann oder will aber nicht begreifen, daß zur Würdigung des Wertes dieses Fortschritts es auf die Relativität der Lohnerhöhung und Erhöhung der Lebenshaltung ankommt, auf die Relativität also des Geldwertes und darauf, daß die Lebenshaltung der Besitzenden sich noch unverhältnismäßig höher gesteigert hat als die der Arbeiter, so daß der bedrückende Unterschied des Lebensgenusses immer größer geworden ist.

Gegen die Besteuerung des Einkommens glaubte er ein Bittat aus Kautskys Schriften auszuheben zu können, in dem jedoch weiter nichts als die von jedem Kapitalisten anerkannte Tatsache ausgedrückt ist, daß in der kapitalistischen Gesellschaft sich die Besteuerung der großen Einkommen nur bis zu einer gewissen Grenze steigern läßt, an der sie versagen muß. Auch irgend welche Bemerkungen von Engels wurden ohne kontrollierbare Quellenangaben von dem zitatengepidten Minister verwerft, durch welche auf die Abwälzbarkeit der Steuern hingewiesen wird. Auch da übersah der nationalökonomisch offenbar recht ungeschulte Herr, daß zur Abwälzung der Steuern der Arbeiter seiner gewerkschaftlichen und politischen Organisationen und langer kostspieliger Kämpfe bedarf und daß sich nie und nimmer aus der Abwälzungsmöglichkeit an sich irgend eine Steuer rechtfertigen läßt.

Entwickelt sich die Finanzreformdebatte im Rheinbaben-schen Stil weiter, so werden wir wohl noch in eine ulerlose Zukunftsstaatsdebatte hineintreiben.

Eine dreiste Ablenkung.

Die „Nordb. Zig.“ schreibt: Gegenüber dem Branntweinmonopol arbeitet der „Vorwärts“ systematisch mit der Unterstellung, die Spirituszentrale habe den Gesetzentwurf ausgearbeitet, und zwar natürlich so, daß er ganz auf ihre Interessen zugeschnitten sei. Diese Behauptung ist eine dreiste Erfindung.

Daß die Regierung bei der Ausarbeitung des Entwurfes Sachverständige der Spirituszentrale ebenso wie Sachverständige der anderen beteiligten Gewerbe gehört hat, ist selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich ist es, daß jene auf die Ausarbeitung des Entwurfes im Reichsraparat und auf die Beschlässe der verhandelnden Regierungen keinerlei bestimmenden Einfluß ausgeübt haben.

Das offiziöse Organ hat sehr viel Zeit gebraucht, um sich zu unseren Artikeln über das Branntweinmonopol zu äußern. Diese Artikel erschienen am 15. und 17. November. Und in seiner Nummer vom 27. November erst findet das offiziöse Organ einige Stammeiworte zur Entgegnung.

Daß das Regierungsorgan die „Behauptung“ des „Vorwärts“, der Entwurf sei offensichtlich nach dem Gutachten und den Wünschen der Spirituszentrale ausgearbeitet worden, eine „dreiste Erfindung“ nennt, ist nichts als eine dreiste Ableugnung. Unsere Artikel bewiesen ja unwiderleglich, daß der Entwurf in der idealsten Weise die Absichten erfüllt, die unsere schnapsbreumenden Ostelbier durch die Spirituszentrale vergeblich zu erreichen versuchten. Dieser Nachweis läßt sich durch ein läppisches Scheindement nicht entkräften!

Agrarische Liebedienste des Militarismus.

Der von den Agrariern eindringlich verlangte landwirtschaftliche Unterricht in der Armee ist durch kaiserliche Verordnung genehmigt worden. Der Unterricht soll die Liebe zur heimatischen Scholle stärken und den an den Kurzen beteiligten Soldaten eine Erweiterung ihrer Berufskennntnisse verschaffen. Die Teilnahme ist freiwillig, an die Vorträge soll sich eine Vespredung anschließen. Als Lehrer sind neben landwirtschaftlichen Beamten und Lehrern an landwirtschaftlichen Unterrichtsanstalten auch aktive und inaktive Offiziere auszuwählen. Kosten entstehen der Heeresverwaltung aus dieser Neuerung angeblich nicht.

Unser Heer soll also künftig den Agrariern nicht nur in der Form des Enturlaubes billige Arbeitskräfte und Lohnbrüder gegenüber dem Landproletariat liefern, sondern auch noch für eine berufliche Vorbildung sorgen. Daß die Teilnahme an diesen Kursen eine „freiwillige“ sein soll, tut nichts zur Sache. Man braucht nur die Nichtteilnehmenden ein wenig schärfer anzupacken, um ein Obligatorium zu schaffen. Außerdem sollen sogar aktive Offiziere Lehrer sein!

Dieser famose neue Liebedienst für die Agrarier beweist aber vor allem, daß die zweijährige Dienstzeit zu lang ist, daß sie verkürzt werden muß! Wir erwarten, daß nicht nur die Sozialdemokratie diese Forderung mit allem Nachdruck erheben wird!

Agrarischer Sturm auf die „Trauersteuer“.

Das Schicksal der Nachlasssteuer, in der Form, wie sie dem Reichstage vorliegt, ist nach der Meinung konservativer und ultramontaner Blätter nicht mehr zweifelhaft. Die Vorlage gilt als gefallen! Derselben Meinung ist auch die „Deutsche Tageszeitung“, sie warnt aber ihre Anhänger dringend davor, sich irgendwie in Sicherheit wiegen zu lassen. Die Agitation müsse im Gegenteil mit aller Schärfe weitergeführt werden, und zwar sei dies deshalb nötig, weil, wie das Blatt behauptet, große Anstrengungen gemacht werden, um den Gedanken der Nachlasssteuer den bisherigen Gegnern schmackhaft zu machen.

Die Nachlasssteuer ist von dem ganzen Steuerbuckel der Reichsfinanzreform die einzige Steuer, die nur den Besitz, den Wohlstand besteuern will. Sie ist die einzige gerechte Steuer. Aber gerade deshalb ist sie den Besitzenden widernünftig, in erster Linie dem heißhungrigen Agrariertum, das sich von dem Raub des Jollwuchers mähen möchte, ohne auch nur die geringste Gegenleistung zu gewähren!

Möchte die durch die neuen Verbrauchssteuern in ihrer ohnehin so kärglichen Lebenshaltung aufs Schwerste bedrückte Volksmasse nur einen Teil des Widerstandes gegen die neuen Steuerentwürfe betätigen, den die Stipendiaten des Brot- und Fleischwuchers gegenüber der von ihnen sogenannten Trauersteuer entfalten!

Tagegelber für das Dreiklassenparlament?

Im preußischen Landtag hatten alle Parteien einen Antrag eingebracht, in dem Tagesgelber und freie Eisenbahnfahrt nach Maßgabe der für Reichstagsabgeordnete bestehenden Einrichtung, auch für die Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses verlangt wurden. Die Regierung hat auf diesen Antrag noch keine Antwort gegeben, und man vermutet, daß der Widerstand hauptsächlich vom preußischen Finanzminister v. Rheinbaben ausgehe. Eine Stille für diesen Widerstand findet der Finanzminister in einer kleinen Gruppe von Konservativen, die unter Führung des Abgeordneten v. Hengedraub stehen, die diesen Antrag nicht unterzeichnen hat. Auch der König soll von dieser Abänderung nichts wissen wollen.

Prinz Oskar als Professoren-Erzieher.

Wie der „Verl. Vörien-Courier“ meldet, hat der zweitjüngste Sohn Wilhelms II., der in Bonn Jura studiert, dieser Tage eine Einladung zu einem Vektoreffen, das der neue Rektor der Universität gegeben, dazu benutzt, dem verammelten Lehrerkollegium der Universität eine Vorlesung über Professorenpflichten zu halten. Er sagte unter anderem:

„Wir alle wissen, daß ernste Zeiten uns bevorstehen, und daher ist es unsere Pflicht als gute Patrioten, fest in die Zukunft zu schauen. Gerade die Universitätslehrer, die den schönen und verantwortungsvollen Beruf haben, die akademische Jugend heranzubilden, können in dieser Richtung unendlich viel Gutes wirken. Und wenn jeder an seinem Teile in diesem Sinne weiterarbeitet, und auch in schweren Tagen, wenn die Probe an uns gestellt wird, treu zu Kaiser und Reich steht, dann wird, wie Bieten einlagte, der Alliierte droben im Himmel uns nicht verlassen.“

Prinz Oskar ist am 27. Juli 1888 geboren, also gerade zwanzig Jahre alt!

Der gefährliche Weltskandal in der deutschen Justiz.

Aus Gera (Neuh) wird vom 24. November gemeldet: In der Druckerlei der „Weimarschen Volkszeitung“, die sich in Gera befindet, wurde gestern eine Hausdurchsuchung nach dem Manuskript eines Artikels: „Weltskandal in der deutschen Justiz“ vorgenommen. Der Artikel befahte sich mit dem Prozeß gegen den Dr. Bernsdorf in Jena wegen Verleumdung einer Anzahl Rechtsanwälte und hoher richterlicher Beamter im Großherzogtum Weimar. Es wird darin Bezug genommen auf die konfiszierte Broschüre Bernsdorfs und auf die auffällige Tatsache, daß die Prozeßverhandlungen immer wieder vertagt wurden.

Die Hausdurchsuchung erfolgte auf Antrag des Staatsanwalts in Weimar verlief aber natürlich erfolglos.

Erklärungen und kein Ende.

In der zweiten Kammer des sächsischen Landtags wurde der Erklärungsbeitrag am Donnerstag fortgesetzt. Unter höchstem Geächter und Pfiffenrufen der Konservativen verlas der Vorsitzende der nationalliberalen Fraktion, Abg. Schick, eine kurze Rundgebung, die besagte, daß durch die konservativen Er-

Närungen der von den Nationalliberalen festgestellte Zustand nur bestätigt worden sei, außerdem wurde die Bemerkung in der konservativen Erklärung, die Nationalliberalen wollten die öffentliche Aufmerksamkeit nur von den peinlichen Vorkommnissen ablenken, als eine unwürdige Unterstellung bezeichnet. Mit Hohnlachen und Lärm nahmen die Konservativen die Erklärung auf. Abg. Langhammer, der ebenfalls mit einer Erklärung anrückte, stellte im wesentlichen eine Abrechnung mit den Konservativen bei der Debatte über die Wahlrechtsreform in Aussicht, die Montag beginnen soll.

Schließlich wartete noch der freisinnige Günther mit einer Erklärung auf, die hauptsächlich den Zweck hatte, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß die paar Freisinnigen an der erweiterten Präsidialbildung teilgenommen und dort auch ihren von der Mehrheit etwas abweichenden Standpunkt vertreten hätten. Schließlich hielt es Abg. Günther noch für nötig, der Welt zu erzählen, wie er sich benommen haben würde, wenn ihm das Nachwort des Agrariers Schmidt in die Hände gefallen wäre. Er hätte das moralisch verwerfliche Schriftstück zwar dem Abg. Schmidt zurückgegeben, aber die schlimmsten Stellen daraus öffentlich gekennzeichnet, also wohl so ziemlich dasselbe getan wie die Abg. Langhammer und Adelhahn. Nicht ungeführt stellte der Abg. Günther am Schluß noch fest, daß die Konservativen in ihrer Erklärung über das Schmidt'sche Schriftstück, das ein politisches Schandmal sei, kein Wort des Bedauerns gefunden hätten. Die Konservativen lärmten wieder nach Noten und der Abg. Ulrich schien es für angebracht zu halten, etwas zur Verbesserung des Tones beizutragen, denn er rief dem Abg. Günther zu: Schandmal, wodurch er wohl ausdrücken wollte, daß Günther ein Schandmal habe.

In der Wahlrechtsdebatte wird der Spieß nun fortgesetzt werden. Vielleicht kommt dabei auch etwas Wahrheit über den Wahlrechtsfußhandel zutage.

Der Verfassungskampf.

Das Organ für Brotwucher, monarchisches Gefühl und hohe Fleischpreise ist neuerdings über die Anträge, mit der Ministerverantwortlichkeit endlich ernst zu machen, sehr erboht und es dekretiert bereits, daß diese Anträge, sollten sie auch im Reichstage die Mehrheit finden, vom Bundesrat unter keinen Umständen angenommen werden dürfen. Das wäre nun abzuwarten, und jedenfalls könnte der Reichstag auf die Annahme seiner Beschlüsse durch den Bundesrat noch immer eher warten als umgekehrt. Wenn schon durch den Widerstand des Bundesrates eine Zwangslage geschaffen würde, so wäre nicht der Reichstag in dieser Zwangslage, sondern die Regierung, die um eine Finanzreform bittet.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist natürlich auch von der Aussicht entzückt, daß die Regierung sich an der Beratung der Anträge nicht beteiligen wird. Auch hier möchten wir abwarten, ob die Regierung in der jetzigen Situation den Mut zu dieser Provokation finden wird. Vorläufig scheint sie noch unschlüssig zu sein, und auf die gestern mitgeteilte Franfare der „Köln. Ztg.“ folgt heute eine Chamade im „Volks-Anz.“ und der „Frankf. Ztg.“. Danach sei die Frage der Beteiligung der Regierung an der Debatte noch nicht entschieden. Man neige aber in gut unterrichteten Kreisen der Annahme zu, daß Fürst v. Bülow sich bei dieser Gelegenheit im Reichstage vertreten lassen dürfte. Er werde im Reichstage zu erkennen geben, daß die Frage der Ministerverantwortlichkeit eine ernste politische und staatsrechtliche Angelegenheit sei, über die man sachlich beraten könne, die übrigens den Bundesrat vor eine sehr ernste Entscheidung stelle, sobald sich herausstellt, daß die Mehrheit des Reichstages sich auf bestimmte Vorschläge einigt.

Man sieht, so leicht wird es diesmal Bülow nicht, das Junfergebot zu erfüllen. Dazu ist die Bewegung für die Verfassung und die Wackerweiterung des Reichstages im Volke denn doch zu stark. Im übrigen aber liegt die Entscheidung nicht bei dem Herrn Kanzler, sondern beim Reichstag. Er hat die Pflicht, seine Macht zu gebrauchen, um sich durch Abänderung seiner Geschäftsordnung Bewegungsfreiheit zu verschaffen und durch Annahme des sozialdemokratischen Verfassungsantrages auch in Deutschland das parlamentarische Regierungssystem zu erkämpfen. Daß die Junfer das absolutistische System vorziehen, braucht man nicht erst aus der „Dtsch. Tagesztg.“ zu erfahren. Aber erfahren muß man, ob sich auch jetzt noch die bürgerlichen Parteien des Reichstages unter das Joch der Ostelbier und ihrer Bureaucratie werden beugen lassen.

Die Balkanfrage.

An den österreichischen Börsen herrschte heute eine Panik, zu der ungünstige Gerüchte über die zunehmende Spannung in den Beziehungen zu der Türkei den Anlaß geben. In Budapest wurden von der Regierung die Gerüchte über die Mobilisierung eines oder mehrerer Armeekorps offiziell dementiert; ebenso in Wien, wo der Minister des Aeußeren durch den Vorkommnisse noch außerdem erklären ließ, er werde die Börsen verständigen lassen für den Fall, daß tatsächlich wichtige Ereignisse sich vollziehen sollten. In der Tat sind die Beziehungen zu der Türkei sehr schlecht. Der österreichische Botschafter wird, wenn seine Vorstellungen über die offizielle Unterstützung des Vorkommnisse durch die Porte wie bisher erfolglos bleiben, Konstantinopel verlassen. So lange aber zwischen der Türkei und Oesterreich keine Verständigung erzielt ist, bleibt auch die Beendigung der Krise in weiter Ferne, da die Türkei an England und die kleinen Balkanstaaten an Rußland eine starke Stütze gefunden haben. Die Antwort Rußlands auf das österreichische Konferenzprogramm geht von der Forderung, daß die Annexion Bosniens und die Kompensationsforderungen Serbiens und Montenegro auf der Konferenz diskutiert werden sollen, offenbar nicht ab und hält damit an Bedingungen fest, unter denen Oesterreich seine Teilnahme verweigert. Und so ist man vorläufig von dem Zustandekommen der Konferenz weiter entfernt als je.

Die Stellung Frankreichs.

Paris, 26. November. Deputiertenkammer. Deschanel berichtet über die Balkanereignisse. Frankreich, sagte er, habe eine vermittelnde Rolle gespielt, indem es einen Krieg verhindert und zwischen der Türkei, Bulgarien, Rußland, Oesterreich-Ungarn und England intervenierte. Die Umwälzung in der Türkei habe einen Wechsel ihrer inneren und äußeren Politik herbeigeführt. Frankreich werde das neue Regime stützen. Es sei erfreut über das Ende des jahrhundertlangen Druckes, der die Ursache der Unruhen und des Streites gewesen sei, müsse aber den vielen in der Türkei lebenden Franzosen eine volle und unparteiische Gerechtigkeit solange gewährleisten, bis sie ihrer sicher seien. (Beifall.)

Oesterreich.

Die neue Regierung.

Wien, 26. November. Das Abgeordnetenhaus ist heute wieder zusammengesetzt. Ministerpräsident Freiherr von Siewers stellte das neue Kabinett vor, dessen wichtigste Auf-

gabe, wie der Minister ausführte, es ist, ein regierungsfähiges Gebilde zu schaffen, welches nicht nur eine äußerliche Kooperation, sondern eine reale Grundlage für ein dauerndes Zusammenwirken der Parteien darstellen soll. Hierzu ist vor allem eine wohlwollende Neutralitätspolitik und die Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens notwendig und ferner eines Verlässigkeitszustandes in nationalen Fragen, damit die Gegensätze auf wirtschaftlichem Gebiete nicht das nationale Friedensziel fänden, und andererseits nationale Zusammenhänge die Erreichung von wirtschaftlichen und sozialen Zielen nicht behindern. Der Grundsatz der strengsten Geheulichkeit muß die oberste Richtschnur der Tätigkeit aller staatlichen Organe bilden. Der Ministerpräsident kündigte Entwürfe eines Sprachengesetzes sowie eines Gesetzes über Schaffung von Kreisregierungen in Böhmen an. Er appellierte auf das dringlichste an das Parlament, die verschiedenen Absichten, welche gerade in den letzten Beratungen zutage getreten sind, zu nützen, und die äußere Lage zu beachten, die daran gemahne, sich von den störenden Einflüssen der häuslichen Zwietracht zu befreien. (Zustimmung.) Geht die Regierung ihre schwierige Aufgabe, dann ist die Grundlage für den dauernden Bestand eines Konzentrationsministeriums der staatsverhaltenden Parteien gefunden, das den ersten Pflichten des Augenblicks sowie den großen Aufgaben der nächsten Zukunft gewachsen ist. Der Ministerpräsident hob die Notwendigkeit der Erledigung der Alters- und Invalidenversicherung, der Beendigung der Eisenbahnverkehrsaktion und der Sanierung der Landesfinanzen hervor. Er erklärte, die Regierung werde eine Politik der allgemeinen Wohlfahrt und des inneren Friedens treiben. Er erbat hierzu die Unterstützung des Hauses (Lebhafte Beifall.)

Ein Antrag auf Eröffnung der Debatte über die Erklärung der Regierung wurde abgelehnt und das Haus begann die Beratung eines Dringlichkeitsantrags betreffend das Budgetprovisorium.

Sozialdemokratische Anträge.

Wien, 26. November. Die Sozialdemokraten werden heute im Abgeordnetenhaus eine Interpellation einbringen, ob die Regierung bereit ist, einen ausführlichen Bericht über die europäische Lage vorzulegen. Sie werden von der gemeinsamen Regierung ferner die schnelle Kundmachung einer demokratischen auf der Grundlage der allgemeinen, gleichen Wahlrechts beruhenden Verfassung für Bosnien verlangen.

Die italienischen Abgeordneten werden eine Interpellation einbringen, in der sie die Freilassung der italienischen Studenten und die Lösung der italienischen Universitätsfrage verlangen.

Italien.

Die Kundgebungen gegen Oesterreich.

Rom, 26. November. Die gestrigen Kundgebungen arteten zu argen Erzessen aus, namentlich vor der österreichischen Botschaft, wo andauernde Schmährufe gegen Oesterreich ausgehoben wurden. Gegen die Fenster der Botschaft wurden allerlei Wurfgeschosse geschleudert, wobei die Tochter des Botschafters durch Glasplitter leicht verletzt wurde. Die Polizei ging energisch vor und verhaftete 27 Personen, unter denen sich mehrere Journalisten befanden.

Rom, 26. November. Ministerpräsident Giolitti hat den Polizeikommissar, welcher die Angriffe auf die österreichische Botschaft nicht verhindert hatte, seines Postens enthoben.

England.

Das Unterrichts-gesetz.

London, 26. November. Im Unterhaus begann heute die zweite Lesung des neuen Unterrichts-gesetzes. Im ganzen ist der Gesetzentwurf günstig aufgenommen worden.

Rußland.

Ein angebliches Attentat.

Petersburg, 26. November. Die „Kotwoje Wremja“ meldet aus Riga vom 20. November: Auf der Station Põnderz zwischen Dwinak und Njesshja wurde kurz vor dem Eintreffen eines besonders wichtigen Eisenbahnzuges ein verdächtiger mit einem Revolver bewaffneter Mann festgenommen, der sich der Verhaftung energisch widersetzte und dabei einen Polizeibeamten durch einen Revolvererschuß tödlich verwundete. Der Verhaftete nennt sich Awotin und ist lettischer Herkunft. Die „Kotwoje Wremja“ deutet an, daß es sich offenbar um den mißlungenen Versuch eines Attentats auf die Kaiserin-Witwe handle, die zu dieser Zeit aus Kopenhagen zur Beerdigung des Großfürsten Alexei Alexandrowitsch eintraf.

Eine neue Kiefenanleihe.

Petersburg, 26. November. Der Finanzminister brachte der Reichsduma einen Gesetzentwurf ein betr. die Aufnahme einer auswärtigen Anleihe im Betrage von 450 Millionen Rubel zur Deckung des Defizits des Reichsetats von 1909 und zur Konvertierung älterer Anleihen. Die Einzelheiten des Gesetzentwurfs, der in nicht öffentlicher Duma-sitzung verhandelt werden soll, werden geheim gehalten werden.

Persien.

Englische Erklärungen.

London, 26. November. Unterhaus. Der Minister des Aeußeren Sir Edward Grey erwiderte auf die Anfrage des Abgeordneten Dillon, ob er von dem Charakter der Persien zugesicherten Verfassung Kenntnis hätte, daß dies nicht der Fall sei. O'Grady (Arbeiterverspartei) fragte, ob die Schriftstücke über die Verfassungen, die dem Schah wegen der Verfassung gemacht worden seien, veröffentlicht werden würden. Der Minister antwortete, es seien von Zeit zu Zeit Vorstellungen gemacht worden und er könnte natürlich die Persien betreffenden Dokumente veröffentlichen, doch würde ihr Inhalt sehr ungünstig kommentare zu der Tätigkeit des Schahs und der Minister, sowie zur Haltung des Reichstags liefern. Er sei sicher, sie würden seiner Partei in Persien annehmlich sein und er glaube nicht, daß eine Veröffentlichung Persien dienlich sein würde. Auf weitere Anfragen sagte Sir Edward Grey, England und Rußland hätten sich zu gemeinsamen Vorkellungen beim Schah zusammengefunden, um ihn zu bewegen, sein Verprechen hinsichtlich der Einberufung des Parlaments auszuführen, doch sei er über die Klugheit dieses Schrittes im Zweifel gewesen, da es ein Abweichen vom strengen Buchstaben der Nichtintervention war, andererseits könnten die Unruhen in Persien bei längerer Dauer dadurch eine größere Gefahr hervorrufen, daß sie zur Intervention einer oder der anderen Macht führten.

Aus der Partei.

Gemeindevahlen.

Bei den Wahlen in Würzburg errang die Sozialdemokratie am Mittwoch zwei Mandate. Bei der letzten Wahl erhielt sie nur ein Mandat, und das nur mit Hilfe der Bürgerlichen. Im übrigen verteilten sich die 14 Mandate Würzburgs wie folgt: 4 Liberale, 6 Zentrum, 2 Bürgervereinigungen.

Die Gemeindevahl in Augsburg brachte am Mittwoch der Sozialdemokratie zwei Siege. Dem Zentrum fielen 6, den Liberalen 8 Mandate zu. Es gingen zum erstenmal Sozialdemokraten in das

Augsburger Rathaus ein. Gewählt sind die Genossen Kollwagen und Simon. Die Wahlbeteiligung betrug 95 Proz.

In Verder an der Havel wurden bei der Stadtverordnetenwahl am Donnerstag drei Sozialdemokraten gewählt.

In Solingen behaupteten unsere Genossen am Donnerstag in der dritten Abteilung ihre fünf Siege mit 2100 gegen 450 bürgerliche Stimmen.

In Kiel verstärkten unsere Genossen ihren schönen Erfolg noch um ein Beträchtliches: sie eroberten am Donnerstag, dem zweiten (und letzten) Tage der Kommunalwahlen, sämtliche drei zur Wahl stehenden Mandate! Pro Mandat wurden 6875 St. abgegeben. Unsere Kieler Genossen haben ein Mandat behauptet und fünf neu gewonnen, so daß ihre Stadtverordnetenfraktion nunmehr elf statt bisher 6 (unter 90) Stadtverordneten zählen wird!

Bei den Gemeindevahlen in Nürnberg, deren amtliches Ergebnis jetzt vorliegt, wurden folgende Sozialdemokraten gewählt: Geschäftsführer Dorn, Redakteur Gärtner, Maschinenarbeiter Rudolph, Arbeitersekretär Max Schneider, Gastwirt Biermann, Steinbauer Werfel, Mechaniker Haugenstein, Kaffeezer Sellwart, Einkassierer Trummert. Als Ersatzleute wurden die Genossen Parteisekretär Teu, Freiseur Metz, Gauselker Raat, Verbandsbeamter Herrmann, Geschäftsführer Jentz gewählt. Die Liberalen haben acht Siege, die Mittelständler einen Sieg, von der Zentrumsliste ist der Polizeikommissar Ferner gewählt, der kein Zentrumsmann ist, sondern vom Zentrum übernommen wurde, um die städtischen Beamten und Bediensteten zu fangen. Das interessanteste sind die Erhebungen auf der liberalen Liste. Man hatte zwei Arbeiter mit auf die Liste gesetzt und damit in Arbeiterkreisen Furcht verbreitet. Die sozialdemokratische Liste wurde von den Freisinnigen gefällig angegriffen, weil keine „wirklichen“ Arbeiter darauf ständen, sondern meistens Parteibeamte. Nun sind die Arbeiterkandidaten des Freisinn aber jämmerlich durchgefallen, weil sie durch Streichungen an die letzte Stelle gelangt sind.

Soziales.

Kosthandarbeiten.

Im Gemeinderat Mülhausen i. E. erklärte in einer mehrstündigen Nachsitzung, in welcher niemand an der Verschleppung der Kosthandarbeiten schuld sein wollte, der Beigeordnete für die städtischen Bauangelegenheiten, die Stadt könne jetzt für längere Zeit zu den in den letzten Tagen bereits eingestellten Kosthandarbeitern noch 250 Arbeitslose beschäftigen. Es wurde für alleinstehende Arbeiter ein Tageslohn von 2,00 M., für solche, die Angehörige zu unterstützen haben, ein Tageslohn von 3 M. festgesetzt. Die Kundgebungen der Arbeitslosen blieben also doch nicht ohne Wirkung. In derselben Sitzung beschloß der Gemeinderat, an Stelle der vierzehntägigen Lohnzahlung für alle städtischen Arbeiter die wöchentliche Lohnzahlung einzuführen.

Das Duisburger Stadtverordnetenkollegium bewilligte gestern 20 000 M. für Kosthandarbeiten. Die von der Stadt zu den Kosthandarbeiten eingestellten Arbeitslosen erhalten aber nur 2,25 M. pro Tag, soweit sie verheiratet sind. Die Unverheirateten bekommen gar nur 1,50 M. Der ortsübliche Tageslohn beträgt in Duisburg 3,25 M. Durch die schlechte Bezahlung nimmt die Beschäftigung der Arbeitslosen den Charakter von Almosen an und die Stadt, die Begebauarbeiten im Stadtwalde vornehmen läßt, hat billige Hände.

Sonntagsruhe für städtische Arbeiter.

Die Stadtverordnetenversammlung von Halle beschloß gestern gegen die Stimme der Sozialdemokraten die Ablehnung einer sonntäglichen Ruhepause von 26 Stunden für die städtischen Arbeiter.

Konsumvereine und Konzessionssteuer.

Nach dem preussischen Gesetz vom 23. April 1906 können die Kreisgenossen legen auf die Erlangung der Erlaubnis zum selbständigen Betriebe der Gast- und Schankwirtschaft oder des Wirtshausbetriebs mit Branntweinern. Viele Kreise haben von dieser Befugnis Gebrauch gemacht. Hinsichtlich des Kleinhandels mit Branntwein haben die Konsumvereine ein erhebliches Interesse daran, ob und inwiefern diese Steuer von ihnen erhoben werden kann. Die Frage war in einem Prozeß des Konsumvereins zu Breslau zu entscheiden. Dieser Verein hat eine große Anzahl Verkaufsstellen in Breslau und vier Verkaufsstellen im Landkreise Breslau. Als in zwei dieser Wirtshäuser die Vagerhalter wechselten, mußte die Konzession zum Kleinhandel mit Branntwein für sie, da diese Konzession gleich der Schankkonzession nur physischen Personen erteilt wird, von neuem nachgesucht werden. Sie wurde für den Direktor der Konsumgenossenschaft nachgesucht und diesem auch erteilt. Der Kreisaußschuß des Kreises Breslau zog nun den Konsumverein zur Konzessionssteuer heran, und zwar für jeden der beiden Fälle mit 700 M.

Der Konsumverein klagte gegen den Kreisaußschuß auf Freistellung von der Konzessionssteuer. — Der Bezirksaußschuß erkannte nach dementsprechend. Das Ober-Verwaltungsgericht bestätigte das Urteil dieser Tage mit folgender Begründung: Der Konsumverein könne schon deshalb nicht zur Konzessionssteuer herangezogen werden, weil nicht ihm, was ja unmöglich wäre, sondern dem Direktor die Konzession erteilt sei. Aber auch der Direktor (ober die Lagerhalter) als Konzessionsträger könnten nicht in Frage kommen als diejenigen, die zur Kreisgenossenschaftsteuer herangezogen werden könnten, denn der Direktor beziehungsweise die Lagerhalter seien ja keine Gewerbetreibende. Nun sei eingewendet worden, daß die Konzession unmittelbar zwar für den Direktor, in Wirklichkeit aber doch für den Konsumverein nachgesucht sei. Wollte man auch diesem Einwand folgen, dann müßte man doch zur Freistellung kommen. Denn es handele sich hier um schon bestehende Betriebsstätten des Konsumvereins, die von Anfang an seine Betriebsstätten gewesen seien. Es könne also nicht die Rede davon sein, daß der Konsumverein aus Anlaß des Wechsels zweier Lagerhalter „schon bestehende Betriebsstätten anderer übernommen“ habe.

Aus Industrie und Handel.

Berliner Brauereien.

Das Böhmische Brauhaus erzielte im letzten nur neun Monate umfassenden Geschäftsjahre einen Reingewinn von 1759147 Mark (im ganzen Vorjahre 2 575 231 M.). Es verbleibt ein Gewinn von 1484 M. Eine Dividende gelangt nicht zur Verteilung, während für das Vorjahr 5 Proz. ausgeschüttet wurden. Nach dem augenblicklich in Kraft befindlichen Gesetz zahlte die Gesellschaft insgesamt 338 125 M. Dividenden und nach dem neu vorgeschlagenen Gesetze der Regierung würde sie 795 250 M. zu zahlen haben.

In der Generalversammlung der Schültheiß' Brauerei bemerkte der Vorsitzende: Er sei es bisher bei der Schültheiß' Brauerei nicht gewohnt gewesen, ein gegenüber dem Vorjahre verfallenes Ergebnis den Aktionären vorlegen zu müssen. Aber dank der absichtlichen Wirtschaftspolitik und dank der Gesetzgebung, die das Brauergewerbe immer als die mischende Kunst ansetzt, sind wir nicht in der Lage, aber ein Geschäftsjahr mit aufstiegender Resultat berichten zu können. Eine Dividende von 14 Proz. gelangt sofort zur Auszahlung.

Elektra-Trennungsgesellschaft. Die Gründungsprotokolle dieser Gesellschaft, über welche bereits wiederholt berichtet worden ist, sind gestern vollzogen. Als Gründer fungierten die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Siemens u. Halske, Akt.-Ges., Siemens-Schuckertwerke G. m. b. H. und die Herren Geh. Raurat Dr. Rathenau und Geh. Regierungsrat Dr. W. v. Siemens. Das Aktienkapital beträgt 30 000 000 M.

Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft vorm. Schudert u. Co. in Nürnberg. Der Jahresabschluss ergibt für 1907/08 einen Bruttogewinn von 5 918 208 M. (im Vorjahre 5 830 232 M.), wozu 1 198 045 M. (im Vorjahre 963 716 M.) Gewinnvortrag kommen. Es verbleiben 3 860 598 M. (3 882 424 M.) Reingewinn. Nach Verteilung von 5 Proz. Dividende (wie im Vorjahre) werden 1 206 414 M. (1 198 045 M.) auf neue Rechnung vorgetragen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Hirsch-Dunderscher Schwindel.

Seitdem der bekannte Herr Erkelenz, der Vater Hirsch-Dunderscher Verratsstatistik, die Berliner Bewegung der Hirsche leitet, hat die Kampfweise moralisch nicht gewonnen. Aber sie erfreut sich der dankbaren Anerkennung der ausgesprochenen Arbeiterfeinde. Vorspanndienste leisten die Hirsche der Reaktion. Und der Wirkung ihrer Schwindeleien sind die Hirsche sich sicher bewußt; sie können so dumm und einfältig nicht sein, nicht zu wissen, daß sie Wasser auf die Mühlen der Scharfmacher liefern. Man muß also annehmen, daß das in bewußter Absicht geschieht. Das vervollständigt das Bild von den Gewerkschaften. Wie skrupellos von jener Seite gehet und geschwindelt wird, davon liefern Berichte in der „Volks-Zeitung“ vom 26. Oktober über eine in den „Brachtältern des Ostens“ abgehaltene Gewerbeberichts-Wählerversammlung neuen, unüberleglichen Beweis. Im Stille einer Mordgeschichte wird da unter der Stichmarke „Zu Gewalttätigkeiten“ behauptet, unter Führung der Genossen Sandtke, Maus und Wuschel sei die vom Hirsch-Dunderscher Gewerbeverein am 25. Oktober einberufene Versammlung gesprengt worden, und es sei zu Tätlichkeiten gegen die anwesenden Mitglieder des Gewerbevereins gekommen. Diese Behauptungen der „Volks-Zeitung“ entsprechen ebenso wenig der Wahrheit, wie die in dem Flugblatt des Gewerbevereins: „Eine nackte Zeichnung“ aufgestellten.

Wahrhaftig vielmehr, daß der Redner des Gewerbevereins, der bekannte Herr Gleichauf, in der unerhörtesten Weise die anwesenden Mitglieder der Sozialdemokratie sowie die bisherigen Beisitzer des Gewerbeberichts provozierte und beschimpfte. Die Ruhe, die von den Versammlungsbefuchern während der Rede des Herrn Gleichauf trotz seiner Provokationen bewahrt wurde, war geradezu bewundernswürdig. Nachdem Gleichauf durch sein Verhalten die Versammlung auf äußerste gereizt hatte, wurde aber auch noch die in den Einladungen versprochene freie Aussprache nicht gewährt. Nach Herrn Gleichauf sollte noch ein Herr Schumacher — schimpfen und dann die Versammlung nach Hause gehen. Solche verräterische Feigheit rief allerdings einen Sturm der Entrüstung hervor. Um einen ruhigen Verlauf der Versammlung zu ermöglichen, begaben sich die vorgenannten Genossen auf das Podium und versuchten die Einberufer der Versammlung zur Zurückhaltung ihres Versprechens der freien Aussprache zu bewegen. Das wurde von den Herren strikte abgelehnt! Bei dem Tumult, der jetzt ausbrach, taten sich die anwesenden Gewerbevereiner in einer Weise hervor, daß bei jedem objektiv urteilenden Zuschauer der Eindruck erweckt wurde: das ganze ist inszeniert, um wieder recht beweglich über den „Terrorismus“ der freien Gewerkschaften jammern zu können. Erkelenz-Taktik! Ferner wird in der „Volksztg.“ behauptet, es sei versucht worden, die anwesenden Gewerbevereiner mit Stühlen zu bearbeiten. Auch das ist freche Lüge und hat nur den Zweck, den Scharfmacherherrschaften in Bewegung zu setzen. Es soll sogar ein Gewerbevereiner nicht unerheblich verletzt worden sein. Jedenfalls hat man diesen Gewerbevereiner dem eisernen Bestand des „Regulators“ oder der Reichshagen-Overhandspresse entnommen. — Und das nennt sich immer noch Arbeiterorganisation!

Die ganze Notiz der „Volkszeitung“ ist weiter nichts, als ein dreister Schwindel, ein ecktes Charakteristikum der schoslen Kampfweise unserer Gegner. Die Urheber der Notiz werden das Gegenteil dessen ernten, was sie erwarten. Das Verhalten der Vertreter der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine läßt es angebracht erscheinen, zu empfehlen, den Versammlungen der Hirsche fern zu bleiben, denn es ist in keiner Weise eine freie Aussprache gewährleistet. Um lediglich das Beschimpfen der Gleichauf und Genossen anzuhören, das lohnt wahrlich nicht der Mühe.

Die Gewerbeberichts-Wahl macht es notwendig, daß die Genossen, welche am Sonntag zum Barbier gehen, dies schon am Vornittag tun, jedenfalls nicht erst kurz vor 2 Uhr, da es sonst inerten Mitgliedern erschwert, wenn nicht ganz unmöglich gemacht wird, rechtzeitig zur Wahl zu gehen. — Übrigens wäre sehr wünschenswert, wenn die Genossen diese Wahlung allgemein bezögten, damit unseren Mitgliedern die Arbeitszeit des Sonntags nicht unnützlich bis weit über 2 Uhr hinaus verlängert wird, was im Winter stets der Fall ist infolge des späten Kommens der Kundtschaft.

Verband der Freiergehilfen Deutschlands.
Zweigverein Berlin und Umgebung.

Deutsches Reich.

Streik auf Grube Saar und Rosel.

Ein Streik, den die Vertreter der Bergarbeiterverbände mit aller Gewalt verhindern wollten, ist durch das hochfahrende und herausfordernde Verhalten der Grubendirektion nun doch beschlossene Tatsache geworden. Als am Sonnabend die Belegschaft des Schachtes Marlenbach plötzlich die Anfahrt verweigerte, rieten die Vertreter der Verbände den Arbeitern, angesichts der Krisis Abstand von etwaigen Lohnforderungen zu nehmen und sich hauptsächlich auf die Forderung zu beschränken: Sicherheit des Betriebes, Beschaffung von Rettungsapparaten, Verbandszug usw., lauter Forderungen, die man in einem Rechtsstaat und unter geordneten Verhältnissen als selbstverständlichkeiten betrachtet, wofür im „Rechtsstaat“ Deutschland die Arbeiter erst wochenlang streiken müssen! Die Arbeiter, die nicht organisiert sind, erklärten sich sehr ungerne damit einverstanden, obgleich sie wünschten, daß auch die Lohnfrage als Gegenstand des Streiks gemacht werde, da die Kameraden sich eine noch weitere Lohnreduzierung nicht mehr gefallen lassen wollten. Der neue Direktor Vogelgang hat seine Aufgabe seit Monaten darin erblickt, die Löhne herunterzuziehen, wahrscheinlich weil er glaubte, mit dieser Arbeiterschaft Schindluder spielen zu können. Schätzlohnern ist der Lohn um 30—40 Pf. hauen vielfach bis eine Mark gekürzt worden. Dazu herrscht ein fast unglaublich willkürliches Strafsystem und eine Behandlung, die vielfach der Beschreibung spottet. So klagte eine Kameradschaft, daß ihr im vorigen Monat 48 Wagen direkt gestohlt hätten, und als sie sich beim Betriebsführer beschwerten, seien sie dazu noch mit 8 M. bestraft worden! Bei dem Streik im April wurde mitgeteilt, daß einer Kameradschaft in einem Monat 147 Wagen gemault, einer anderen 144, dazu noch hohe Strafen verhängt wurden! Das Küssen ist durch diesen Streik bestraft worden, aber dafür bestraft man die Kumpels um so höher wegen Fördern von unreinen Kohlen, so daß die Berg-Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin, Inseratenteil verantw.:

leute auch jetzt wieder die Forderung stellen wollten: Strafen wegen unreiner Forderung oder Mindermaß dürfen fünf Mark im Monat nicht übersteigen. Bei Ausbruch des Frühjahrstreiks spielte sehr viel mit, daß ein Beamter einen Arbeiter, der um Lohnvorschuß vorbrach, blutig schlug, daß er mehrere Tage zu Bett liegen mußte! Auch diesmal wurden Klagen von Mißhandlung vorgebracht und gewünscht, sie sollten als Streikforderungen mit aufgenommen werden. Trotz alledem riet der Vertreter des Verbandes davon ab, weil ein Teil der Klagen durch die Organisation auch ohne Streik bekämpft werden könne, die Zeit jetzt nicht angetan sei, Lohnforderungen zu stellen. Die Belegschaft war damit zufrieden; wenn nur die Betriebsfähigkeit erreicht würde, wollte sie wieder anfangen. Genügsamere Menschen wie diese Kerntzen der Armen, die von den Agenten des Herrn Stinnes aus allen Teilen Europas zusammengeleitet wurden, gibt es kaum noch. Untergebracht sind diese Lohnsklaven in großen Werkkolonien, in denen das grenzenlose Elend herrscht. Die Wohnungen machen von außen den Eindruck tieferer Mietkasernen, innen sind sie lath und leer. Oft findet man in einer solchen Wohnung außer der von der Zehnte gelieferten Kochmaschine nur ein schäbiges Bett als Haushaltsgegenstände. Kinder und Kostgänger schlafen auf dem Fußboden auf Lumpen. Als Tische dienen die Fensterbänke, als Stühle ein rohes Brett! Wer ein derartiges Elavenquartier durchwandert, kann sich ein Bild machen von dem — Segen kapitalistischer Wohlfahrt.

Die Organisationsvertreter sehen nichts unversucht, den Vergleuten zu ihrem Recht zu verhelfen. Sie teilten dem kaiserlichen Bergmeister in Saargemünd, Herrn v. Braunmühl, die ganze Sachlage und auch die Forderungen mit, ersuchten ihn, für die Sicherheit des Betriebes zu sorgen. Herr Braunmühl, anstatt sich mit den Arbeitern in Verbindung zu setzen, fuhr zur Direktion und attestierte dieser, daß die Betriebsfähigkeit nicht gefährdet sei. Die Direktion lehnte die von der streikenden Belegschaft gewählte Kommission ab, so daß die Belegschaft am Dienstag entscheiden mußte, ob sie bedingungslos wieder anfangen, oder ob sie streiken wollte. Eine von über tausend Vergleuten besuchte Versammlung in Merlenbach entschied sich einstimmig für den Streik, obgleich sie auf alle Folgen, Kontraktbruch, Abzug von sechs Schichten, keine Streikunterstützung, aufmerksam gemacht worden war. Die Vergleute sagten, wenn die Direktion und der kaiserliche Bergmeister offiziell „festgestellt“ hätten, daß es sich um „unbedeutende Grubenbrände“ handele, so sei bisher noch vor allen Katastrophen und auch nachher offiziell „festgestellt“ worden, daß keine Gefahr bestände. Auf Reden, auf Koffeln, auf Grünberg, Karolnenglück, Kaiserstuhl, Rantenholz und jetzt auf Radbod hätten die Vergleute wochenlang vorher das Unglück vorausgesagt, während die Bergbehörde „feststellte“, daß keinerlei Gefahr vorhanden sei. Sie wollten nicht erst warten, bis einige Hundert im Schacht verbrannt und zersämetert und als Leichenreste zu Tage gefördert würden. Der kaiserliche Bergmeister könnte die Grube nicht beschahren haben, denn anders sei sein Urteil nicht zu verstehen. Eine weitere Vermutung in Spittel, wo es sich um die Belegschaften der Schächte II und VI handelt, nahm denselben Verlauf. Vom Verband ist der Genosse Hansmann, bekannt als Mitglied der Siebenkommission eingetroffen, die die Führung des Streiks übernehmen wird.

Beamte der Grube gehen, mit Revolvern ausgerüstet, durch die Kolonie und suchen ostentativ Kravalle zu provozieren. Sie schießen abends und hegen dann die Gendarmen auf die besamten Kameraden, die sich dann eine Leibesvisitation gefallen lassen müssen. Des Morgens gehen die Beamten herdenweise nach dem Schachtfeld, um die von auswärts kommenden in ihre Mitte zu nehmen und nach dem Schacht zu führen. Am Dienstag fand sich 1 Streikbrecher ein, den mehr als 12 Beamte in ihre Mitte nahmen, dazu noch 4 Gendarmen, also 16—20 bewaffnete Mann, um einen Streikbrecher nach der Zehnte zu führen! Bleibt die Belegschaft standhaft, muß sie innerhalb acht Tagen ihren Kampf gewinnen, weil die Gebirgsverhältnisse ein längeres Stillstehen des Betriebes nicht vertragen können.

Eine Fahrarbeitsverhinderung ist in Nürnberg angedroht. Die Fabrikanten benötigen die Zeit der schlochten Konjunktur, um erhebliche Lohnreduktionen durchzuführen. In den Viktoriawerken wurde es den Arbeitern schließlich zu bunt, so daß sie in den Streik traten, der schon seit vielen Wochen andauert. Dieser Tage sahen sich auch die Arbeiter der Markwerke veranlaßt, die Arbeit niederzuliegen, weil ihre Versuche, wegen der ungenügenden Abzüge mit der Firma durch eine Kommission zu unterhandeln, mit weiteren Abzügen beantwortet wurden. Nun hat der Bayerische Industriellenverband das Ultimatum gestellt, daß auch die übrigen Werke am 26. November geschlossen werden, wenn in den Markwerken nicht zu diesem Termin die Arbeit zu den jetzigen Bedingungen wieder aufgenommen ist.

Der Kongreß der italienischen Postbeamten.

In der vorigen Woche hat in Florenz der zweite Kongreß des Verbandes der italienischen Postbeamten getagt. Zugewogen waren 115 Delegierte, die 12 816 Organisierte vertraten. Die Entnahmen des Verbandes aus Mitgliedsgebühren, die im Jahre 1905 29 729 Lire betragen, sind im Jahre 1907 auf 39 985 Lire gestiegen. Präsident des Verbandes ist seit seinem Versterben Genosse Filippo Turati, der dem Kongreß erklärte, die Wiederwahl nicht anzunehmen. Da aber die Verbandsmitglieder von dem Rücktritt Turatis nichts wissen wollten, dürfte er wohl die Präsidenschaft bis auf weiteres fortführen. Dem Kongreß hatten die Postbeamtenorganisationen Englands, Frankreichs und der Schweiz Begrüßungsdelegierte gesandt.

Die Diskussion und Beschlußfassungen bewegten sich natürlich vorwiegend auf dem Gebiete der Sachinteressen der Postbeamten. Es wurde ein Votum gegen die administrative Verinselung des Postwesens mit dem Telegraphen- und Telephondienst angenommen, weiter ein solches für die seit Jahren in Aussicht gestellte Verminderung der Telegraphengebühren, die heute für jedes Telegramm von höchstens 16 Worten 1 Lire betragen. Ueber die politische Aktion der Beamten im Postdienst wurde beschlossen, man solle im nächsten Wahlkampf die Kandidaten unterstützen, die sich verpflichtet, für die Forderungen der Beamtenschaft und namentlich gegen die Militäransgaben zu stimmen. Der Streik als Mittel zur Erlangung wirtschaftlicher Vorteile wurde abgelehnt, aber als ultima ratio zum Schutze der politischen Rechte der Beamtenschaft offen gehalten.

Der Kongreß hat in sofern ein interessantes und vielleicht folgenreicheres Nachspiel gehabt, als das Ministerium es für gut gefunden hat, einen der Kongreßisten, den Referenten Campanozzi auf dem Disziplinarwege des Dienstes zu entheben! Diese Maßregel, die in der Geschichte der italienischen Beamtenbewegung einzig dastehet, wird mit einer Bestimmung des neuen Gesetzes über die Rechtsstellung der Beamten motiviert. Campanozzi soll in seinem Referat Dienstgeheimnisse verraten haben. Nun hat aber Genosse Campanozzi lediglich hervorgehoben, wie ungünstig für den Staat der Vertrag mit der Firma Pirelli über die Instandhaltung der Telegraphenabel sei und daß dieser Vertrag von der Sachverständigenkommission zurückgewiesen wurde. Seit wann sind denn diese Dinge, die jeder mit diesem Sanktbesch Vertraute wissen kann und deren Kenntnis im öffentlichen Interesse liegt, ein Dienstgeheimnis? Bloß, weil dem Minister ihr Bekanntwerden nicht in den Kram paßt!

Es ist noch nicht bekannt, in welcher Form der Verband der Postbeamten gegen die Maßregelung Stellung nehmen wird.

Versammlungen.

Die Eisen-, Metall- und Revolververerber, die im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert sind, hielten am Sonntag in den Ruppert-Häusern eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab. Genosse Max Grünwald referierte über: „Wirtschaftliche Krisen und Gewerkschaften“. Der Vortrag gewährte sehr lehrreiche Einblicke in das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise, indem er in interessanter Weise die in ihr wirkenden ökonomischen Bewegungsgesetze darlegte. Durch gut verwandtes Zahlenmaterial verstärkte Redner den Eindruck bei der aufmerksamen Zuhörerschaft. Er zeigte, wie die wirtschaftlichen Krisen mit Notwendigkeit aus dem Wesen der kapitalistischen Produktion herauswachsen. Was können nun die Gewerkschaften, die sich die Arbeiter im bewußten Gegensatz zum Kapital geschaffen hätten, in der kritischen Periode tun? Je länger je mehr hätten ja die Gewerkschaften durch ihre Erziehung dem früheren Zustande ein Ende gemacht, daß in der kritischen Periode die Arbeiter, wie auf der Flucht, ihre Organisation verlieren. Die Arbeiter hätten erkennen gelernt, daß die Gewerkschaften in der Zeit der Krisis ihre Stärke seien. Nicht nur in materieller Beziehung. Gewiß sei die materielle Unterstützung durch die Gewerkschaften anerkenntenswert und notwendig. Daneben aber sei von noch höherer Bedeutung die moralische Unterstützung, die die Arbeiter in der kritischen Periode durch die Gewerkschaften erfahren, die Unterstützung ihres Denkens und ihres Fühlens. Die Gewerkschaften seien in dieser Zeit völlige Lebensanker für sie, daß sie nicht den Mut überhaupt verlieren, nicht in das Lumpenproletariat herabsinken. Gegen die Unterstützung der Arbeitslosen habe ja der Kapitalist nichts, aber dagegen habe er etwas, daß die Leute nach während der Krisis an ihre Gewerkschaften dächten, daß sie das Solidaritäts- und Kampfbewußtsein beibehielten. Deswegen gehe ja auch das Bestreben des Kapitalismus dahin, die Gewerkschaften in dieser Zeit zu schädigen. Die Gewerkschaften seien das beste Mittel, in der Krise dem Arbeiter sein Kräftebewußtsein zu erhalten, ihm moralisches Rückgrat zu bewahren, ihn vor der Verzweiflung des Elends zu schützen. Damit er in den Reihen der Kameraden stehen bleibt, das Elend gemeinsam mit ihnen leidet, aber auch weiß, daß er durch den Zusammenhalt und Zusammenhalt in der Organisation über das Elend hinwegkommt. Und zur Erleichterung hierbei, nicht als Selbstzweck, hätten die Gewerkschaften die Unterstützung gegen Arbeitslosigkeit eingeführt. In der Hinsicht hätte die Unterstützung ihre Bedeutung, nur dürfte sie nicht Selbstzweck werden. Diese Einrichtungen könnten immer nur Mittel sein, die Organisation kampfbereit zu erhalten. Eine Kampfbereitschaft müsse es bleiben. Da nur durch Überwindung des Kapitalismus der Arbeiter zum vollen Ertrag seiner Arbeit kommen könne, so müsse auch jeder Gewerkschafter sich der politischen sozialdemokratischen Organisation anschließen. Redner schloß mit der Aufforderung, den Verband zu stärken und zu immer höherer Leistungsfähigkeit emporzubringen. (Lebhafte Beifall.) — Nach kurzer Diskussion und einem Schlußwort des Referenten wählte die Versammlung zur Ergänzung der Agitationskommission die Mitglieder Brümmer und Jirpel. — Unter Brandenangelegenheiten wurden Verhältnisse und Vorkommnisse in der U. G. G. besprochen. Namentlich kritisierte man, wie das in der Brannentstraße eingeführte amerikanische System (schneller Lauf der Maschine und größerer „Vorschub“) dazu benutzt worden ist, mit der Lohnberechnung (Afford) immer mehr herabzugehen, so daß nicht mal mehr der übliche Durchschnittslohn von 90 Pf. pro Stunde erreicht werde, sondern der größte Teil der Kollegen nur 60 und 70 Pf. erziele. — In der Turbinenfabrik, wo schon fortwährend Abzüge erfolgt seien, habe man auch dies System einführen wollen. Damit verbunden sei das Bestreben, eine bestimmte Intensität der Arbeit, die das zulässige Maß überschreite, zu erzwingen. Darüber sei es schließlich zum Streik der Abteilung Fuhrmann gekommen. Die Angelegenheit sei ja beigelegt. Von den 435 Ausständigen sei aber erst ein Teil wieder im Betrieb; die andern, ungefähr die Hälfte, würden nach Bedarf wieder eingestellt. — Unter anderem wurde auch hervorgehoben, daß die U. G. G. bei ihrem großen Reingewinn es nicht nötig hätte, so sehr auf die Vermehrung des Reberveris bedacht zu sein. — Eine andere Brandenangelegenheit, die Verteilung von Afforddiensten bei Schichtwechsel betreffend, wurde wegen vorgerückter Zeit vertagt.

Der Zentralverband der Dachdecker hörte am Sonntag vormittag einen Vortrag von Buchs über die bevorstehenden Gewerbeberichts-Wahlen für Berlin. In der Diskussion stimmten die Redner der Meinung des Vortragenden, sich an den Wahlen eifrig zu beteiligen, bei. Einige Fragen wurden zufriedenstellend beantwortet. — Darauf erfolgte die Abrechnung vom Stiftungsfest, dessen Ueberseh durch den Streikfonds zufiel. Ein Antrag, daß die Arbeitslosen sich während der Wintermonate jeden sechsten Tag (anstatt wie bisher jeden dritten Tag) beim Arbeitsnachweis zur Kontrolle zu melden haben, wurde angenommen. Genel wurde als Mitglied zum Verbandsauschuß wiedergewählt; er hatte sich veranlaßt gesehen, sein Amt niederzuliegen; die Versammlung stellte ihm aber mit 40 gegen 27 Stimmen und mehreren Stimmenthaltungen ein Vertrauensvotum aus.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Unterhaltungen bei den Berliner Gaswerken.

Der Buchhalter Hauswirt von den Gaswerken hat Unterhaltungen verübt und ist flüchtig. Er hat die Bücher gefälscht und ist dann, als die Fälschungen aufgedeckt wurden, geflohen. Nach den bisherigen Feststellungen handelt es sich bei den Veruntreuungen nur um kleinere Beträge.

Hinrichten.

Hannover, 26. November. (W. T. B.) Infolge Kurzschlusses in der Hauptleitung der elektrischen Zentrale versagte heute abend gegen 5 1/2 Uhr plötzlich in allen Teilen der Stadt das elektrische Licht, wodurch die Hauptstraßen in Dunkelheit gehüllt wurden und im Geschäftsbetrieb eine empfindliche Störung eintrat. Eine größere Anzahl Kontore und größere Geschäfte sahen sich genötigt, vorzeitig zu schließen. Auch in den Cafés und Restaurants, die vom städtischen Elektrizitätswerk mit Licht versorgt werden, stockte der Betrieb. Das Hoftheater konnte seine Pforten nicht öffnen. Die Telefonzentrale war gleichfalls in Mitleidenschaft gezogen. Die nähere Ursache der Störung, die um 8 Uhr noch andauerte, konnte bis dahin nicht festgestellt werden.

Der Beileger.

Bonn, 26. November. (W. T. B.) Der „Kölnische Zeitung“ zufolge hat die Bonner Bank für Handel und Gewerbe den Konkurs angemeldet. Die für morgen in Aussicht genommene Gläubiger-versammlung wurde nicht statt.

Bonn, 26. November. (W. T. B.) Wie die „Kölnische Volkszeitung“ meldet, macht die Firma Kaiser u. Co., Rüssel- und Walzwerke zu Weidenau (Sieg) durch Anschlag bekannt, sie müsse ihren sämtlichen Arbeitern kündigen; das Werk solle gänzlich stillgelegt werden.

Die italienische Presse gegen die Studentenkravalle.

Rom, 26. November. (W. T. B.) Alle Blätter, einschließlich des sozialistischen „Quanti“, tadeln die Grundgedanken der Studenten vor den Volkshäusern scharf und fordern zur Achtung vor der Unverletzlichkeit der Volkshäusern auf.

Bermitt.

New York, 26. November. (W. T. B.) Von dem bei Sandy Hook gesunkenen Dampfer „Finance“ werden sechs Passagiere und zwei Mann der Besatzung als vermisst gemeldet.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Dierz 3 Postgassen u. Unterhaltungsabtl.

Reichstag.

169. Sitzung vom Donnerstag, den 26. November, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Sydow. Eingegangen ist der Entwurf des Arbeitskammergesetzes.

Die erste Lesung der „Reichsfinanzreform“

und der Steuerentwürfe wird fortgesetzt.

Abg. Sped (Z.): Noch nie hat eine Finanzreform in den weitesten Kreisen des Volkes größeren Unwillen erregt wie die vorliegende. (Sehr richtig!) Schon die Inzenerierung war sehr wenig glücklich. Jener wurde das Volk nur löfliche Weise mit den geplanten Steuern bekannt gemacht, und die Veröffentlichung selbst erfolgte dann in dem allerungünstigsten Moment: als die Aufhebung großer Wirtschaften in unserer äußeren und inneren Politik das Vertrauen in die Regierung erschütterte. (Sehr wahr! im Zentrum.) Herr Schrader meinte, die reichen Leute würden gern Steuern zahlen. Nun, die Automobilsteuer hat das Gegenteil bewiesen; ich erinnere daran, daß der kaiserliche Automobilklub Stellung gegen diese Steuer genommen hat und daß die Steuer dann auch heruntergezogen worden ist. (Hört! hört! im Zentrum.) Die Hinweise des Reichskanzlers auf das Ausland beweisen für unsere Verhältnisse nichts; nicht bei den Steuern soll man das Ausland zu Vergleichen heranziehen, sondern die parlamentarischen Einrichtungen des Auslandes sollte sich der Bundesrat zum Muster nehmen! (Lebhaftes Sehr richtig! im Zentrum und links.) Die linke Seite des Hauses will unsere Zollpolitik für die allgemeine Preissteigerung verantwortlich machen (Zustimmung links), aber die Preissteigerung ist auf der ganzen Welt vorhanden, sie ist eine Folge der allgemeinen Konjunktur. Unsere Industrie hat einen großen Aufschwung genommen gerade nach der Einführung unserer Schutzpolitik. (Zuruf links: Trug derselben!) Die Grundlage jeder gesunden Finanzreform muß die Frage des Bedarfs sein, die sehr genau zu prüfen ist.

Redner wendet sich des Weiteren gegen die Elektrizitäts- und Gassteuer. Alle Korporationen in Bayern haben gegen diese Steuer protestiert. Diese Steuer würde nach der Elektrifizierung der Bahnen nicht weniger als 37,5 Proz. des Reingewinns abfordern. Auch der Mittelstand wird durch diese Steuer erheblich geschädigt; denn gerade die Elektrizität ermöglicht dem kleinen Handwerker durch den Betrieb mit Kleinmotoren die Konkurrenz. — Gegenüber den Darlegungen des Reichskanzlers hätte der Vertreter der bayerischen Regierung ihren Standpunkt hier darlegen sollen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Zumal da dieser Standpunkt der des ganzen bayerischen Volkes ist. (Lebhaftes Zustimmung im Zentrum.) Beim Reichsvereinsgesetz ergriß er das Wort, ohne daß diese Uebereinstimmung mit der bayerischen Bevölkerung vorhanden war!

Redner beläuft sodann die Nachsteuer: Sie sei geeignet, gerade auf dem Lande die Familienmitglieder vom Witwer für das gemeinsame Vermögen abzuhalten und so überhaupt der Landarbeit und dem Lande zu entfremden. — Das Branntweinmonopol soll nur der erste Schritt zu weiteren Monopolen und damit zur Verstaatlichung der Produktion, zur sozialistischen Wirtschaft sein. Wir bekämpfen die Monopole nicht, wir empfehlen vielmehr eine Fabriksteuer oder Verbrauchsabgabe. Auch aus ethischen Gesichtspunkten verwerfen wir das Branntweinmonopol. Wir bekämpfen die Schnapspest und dürfen es nicht zulassen, daß es schließlich dahin kommt, daß das Reich aus fiskalischen Gesichtspunkten den Schnapsmonopol zu heben sucht. Dazu kommt, daß man für die notwendigen Entschädigungen 190 Millionen Mark aufwenden will in demselben Moment, wo man über unsere Anleihewirtschaft klagt.

Der Reichskanzler hat hier lebhaft auf Sparsamkeit gedrungen, er soll auch einen entsprechenden Erlaß an die einzelnen Ressorts gerichtet haben. Es wäre interessant zu wissen, was darin steht. Als der Reichskanzler schon am 25. Februar 1907 die Notwendigkeit des Sparsens betonte und sagte, auch durch Vereinfachung in der Armee könne gespart werden, erläuterte der Kriegsminister in der Budgetkommission das dahin: wenn die Reorganisation durchgeführt, die Festungen ausgebaut, die Reorganisation eingeführt sei, könne an Ersparnissen in der Armee gedacht werden! (Große Heiterkeit.) Es entspricht nicht dem Ernst,

den eine Einrichtung wie das Heer hat, wenn man die Uniform mit allerlei Färbung ausstattet. (Sehr richtig! im Zentrum.) Der mamonnische Zug unserer Zeit findet von oben seinen Widerstand, sondern weitgehende Förderung.

Herr Biemer hat hier von der verkehrten Polenpolitik Preußens gesprochen. Noch verkehrter ist sie, wenn sie auf das Reich übertragen wird. Aber gerade Herr Biemer hat mit seinen Freunden für den Sprachenparagrafen des Vereinsgesetzes und für die Ostmarkenzulage gestimmt! (Sehr richtig! im Zentrum.) Ebenso hat Herr Bayer früher die Polenpolitik bekämpft, aber dann doch für das Vereinsgesetz gestimmt. Ich fürchte, wenn das schwarze Gespenst wieder an die Wand gemalt wird zum Schaden politischer Kinder, wird so manches schöne Wort aus den letzten Tagen vergessen werden. (Sehr gut! im Zentrum.)

Zu den einzelnen Steuervorschlägen behält sich das Zentrum seine Stellung vor. (Zuruf links.) Für eine Reichsvermögenssteuer sind wir unter keinen Umständen zu haben. Derselbe Effekt kann durch eine Erhöhung der Matrilinearbeiträge erreicht werden, ohne daß in die Finanzhoheit der Einzelstaaten eingegriffen wird. — Herr Paasche hat an das nationale Empfinden des Zentrums appelliert. Vor Lische las man's anders. (Sehr gut! im Zentrum.) Da wurden wir von rechts und links als Vaterlandsfeindlich herabgesetzt. Man glaubte uns auszuhalten zu können aus der Seilegebungsmaschine. Heute aber sehen wir, daß man von rechts und von links das Zentrum einlädt, mitzuarbeiten an diesem schweren Werke. Wir machen uns über die Gründe, die zu diesem plötzlichen Wandel geführt haben, natürlich unsere eigenen Gedanken. (Sehr wahr! im Zentrum.) Jedenfalls werden Sie selbst nicht erwarten, daß wir nun Arm in Arm mit Ihnen trich und fröhlich auf die Steuerjagd gehen werden. (Heiterkeit und Sehr gut! im Zentrum.) Nach der scharfen Kritik, die die Steuervorlagen erfahren haben, ist auf Eubios-Akademie nicht zu rechnen. (Große Heiterkeit im Zentrum.) Wir beantragen, die gesamten Vorlagen einer Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Graf v. Schwerin-Löwis (kon.): Als gerechte Ergänzung der Branntwein-, Bier- und Weinsteuern verlangen meine Freunde auch eine Besteuerung der alkoholfreien Getränke! (Murren bei den Sozialdemokraten. Zuruf: Warum nicht auch eine Steuer auf Kaffeebohnen?) Der durch die Herabsetzung der Zudersteuer verursachte Ausfall wird schließlich durch veräußerten Konium wettgemacht werden. Ich wundere mich sehr, daß eine Anhebung, die Herabsetzung wieder fallen zu lassen, gerade von einer Seite ausgedrückt, welche sonst stets gegen eine Belastung von Volkswirtschaftsmitteln mit Jölen auftritt. (Sehr gut! rechts.) Der Hauptgrund unserer schlechten Finanzverhältnisse ist nicht unsere Wirtschaftspolitik, sondern unsere verkehrte Finanzpolitik, unsere Anleihenwirtschaft. Der höheren Heranziehung der Besitzenden werden wir nicht widersprechen, aber nur in der Form erhöhter Matrilinearbeiträge. Die Hauptfrage ist für uns eine ausgiebige Besteuerung des Luxusverbrauchs. (Sehr richtig! rechts.)

Nun noch ein erstes Wort. Sowohl in der freirechtigen Presse als auch von einigen Rednern im Hause, namentlich von den Herren Bayer und Schrader, ist die Absicht ausgesprochen worden, ihre Bewilligung von Steuern abhängig zu machen von der Gewährung konstitutioneller Garantien und der Erfüllung anderer parteipolitischer Wünsche, die mit der Finanzreform in gar keinem sachlichen Zusammenhang stehen. (Sehr richtig! rechts.) Ein solcher Standpunkt ist mir angefaßt der Bedeutung, welche das Zustandekommen oder Scheitern der Finanzreform für die ganze Zukunft des Reiches besitzt, geradezu unverständlich. (Bravo! rechts.) Von einem Scheitern der Finanzreform würden doch die verbündeten Regierungen, die Minister nicht den Schwaben haben, sie haben ihre Schuldigkeit getan und beziehen ihre Gehälter weiter. Aber das Reich würde in seiner Sicherheit und in seinem Ansehen und das Land in seiner wirtschaftlichen Wohlfahrt einen geradezu tödlichen Schlag erhalten. (Lebhaftes Zustimmung rechts.) Und worauf stützt sich diese ganze politische Kombination der Verkopplung von parteipolitischen Wünschen mit der Finanzreform? Doch ganz allein auf die Annahme, daß diesen großen Schaden für das Land die verbündeten Regierungen nicht so leicht auf sich nehmen würden als der Reichstag, daß ihr Verantwortlichkeitsgefühl größer wäre als das des Reichstages. Für mich und meine politischen Freunde weise ich diese Unterstellung mit aller Entschiedenheit zurück, und ich hoffe, daß der ganze Reichstag und namentlich die Parteien, die Anspruch darauf erheben, auf nationalem Boden zu stehen, im Interesse des Landes und im Interesse ihrer Parteien den gleichen Standpunkt einnehmen. In meiner Freude haben die Herren Müller-Weinungen und Kopisch in ihren Reden und Veröffent-

lichungen diesen „Kuhhandel“ oder diese „Erpressungs-politik“, wie sie Herr Kopisch noch richtiger bezeichnete, entschieden abgelehnt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber die Behauptungen, die wir hier von einigen anderen Herren gehört haben, nötigen mich doch, mit aller Bestimmtheit zu erklären, daß uns die Wiederaufnahme dieser Politik den Boden für eine sachliche Verhandlung über die Reichsfinanzreform vollkommen entziehen würde, daß wir es entschieden ablehnen müssen, auf dieser Waffe überhaupt eine Verhandlung mit den Herren zu suchen. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Wenn dann wirklich die Finanzreform scheitern sollte, so fällt die Verantwortung ganz allein auf jene Parteien, die die Finanzreform mit parteipolitischen Forderungen verknüpfen. Ich hoffe jedoch, daß wir zu einer Einigung kommen. Dazu gebührt auf allen Seiten viel guter Wille und Opferfreudigkeit. (Zuruf links: Auf beiden Seiten! Nachlass Steuer!) Ich lamm diese Opferfreudigkeit für mich und meine Freunde in sichere Aussicht stellen. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Weber (natl.): Auch die Ausführungen des Redners des Zentrums hatten einen Einschlag dahin, als ob das Zentrum seine Stellung zur Finanzreform abhängig mache von der Erfüllung von Wünschen, die damit nichts zu tun haben. Für meine Partei lehne ich ebenso wie der Vorredner ein derartiges Verhalten ab. (Bravo! rechts.) Herr Sped sprach von einem Liebeswerben um das Zentrum. Es handelt sich aber nur darum, das Zentrum aufzufordern, mitzuarbeiten an der Befestigung der Finanzreform, die durch sein eigenes Verhalten mit entstanden ist. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.)

Statt der Matrilinearbeiträge könnte man einen anderen beweglichen Faktor in unsere Finanzen einführen, nämlich durch eine Reichsvermögenssteuer. Die Einkommensteuer ist in den einzelnen Staaten bereits so ausgebaut, daß wir sie ihnen überlassen müssen. Herr Kollegen Geher bemerkte ich, daß Millionäre oft nicht nur 20 Proz., sondern sogar 25 Proz. ihres Einkommens als Steuern bezahlen. Auch zahlen die indirekten Steuern nicht nur die Arbeiter. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Die Arbeiter bemittelten!) Gewiß, aber das sind nicht nur Arbeiter. Deshalb verlangen wir ja auch eine Reichsvermögenssteuer, freilich nicht in unbegrenzter Höhe.

Was die einzelnen Steuern anlangt, so lehnen wir die Nachsteuer zugunsten einer Vermögenssteuer ab. Wenn wir mit der Witwen- und Waisenversicherung die Bedürftigkeit der Familien gerade beim Tode des Ernährers anerkennen, lände damit die Nachsteuer in Widerspruch. Auch ein Mann, der 20 000 bis 30 000 M. hinterläßt, läßt doch seine Familie nicht in glänzenden Verhältnissen. — Beim Branntweinmonopol handelt es sich darum, daß ein schon bestehendes Privatmonopol auf den Staat übergeht; aus praktischen Gründen akzeptieren wir diese Vorlage! Dagegen halten wir die Brauereiverordnung nicht für geeignet, den kleinen und mittleren Brauereien ihren Kampf mit den großen zu erleichtern. Auch der Wärendolensteuer, der vorgeschlagenen Tabaksteuer, können wir nicht zustimmen. Die Verhältnisse der Tabakindustrie sind bei uns eben ganz anders als in den Ländern, welche diese Steuer haben; bei uns sind weit mehr Personen in der Tabakindustrie beschäftigt. Mit der Inzenersteuer will ich mich nicht eingehend beschäftigen; sie erscheint uns in ihrem Aufbau so verfehlt, daß an eine annehmbare Umarbeitung in der Kommission kaum zu denken ist. Auch über die Weinsteuer will ich kurz hinweggehen. Einer Erhöhung der Schaumweinsteuer würden wir zustimmen. — Ganz unannehmbar ist aber für uns die vorgeschlagene Elektrizitätssteuer. Industrie und Gewerbe würden durch sie eine schwere Belastung erfahren. In der Kommission werden wir in eine ernste Prüfung der einzelnen Vorlagen eintreten. Wir haben den ersten Willen, an dem Zustandekommen gesunder Finanzverhältnisse mitzuarbeiten. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Sadekum (Soz.):

Graf Schwerin-Löwis lehnte jede Verbindung der Steuervorlagen mit der Gewährung konstitutioneller Garantien, die er als lediglich parteipolitische Wünsche hinstellte, ab, und als Diktator im Block diktierte er den Herren von den vereinigten freirechtigen Parteien, daß sie diese parteipolitischen Wünsche aufgeben müßten, widrigenfalls — die Steuervorlagen von einem anderen Block gemacht würden! (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Nun, ich habe den großen Vorzug, nicht zum Block zu gehören (Heiterkeit), ich brauche also auch den Willen des Herrn v. Schwerin-Löwis nicht zu folgen, wie der Herr Vorredner von der nationalliberalen Partei, der alles, was konstitutionelle Garantien betraf, lang- und klanglos

Kleines feuilleton.

Wie man Bilder fälscht. In München wird ein umfangreicher Prozeß verhandelt, in dem die Praktiken moderner Fälscher ans Licht kommen. Man ist erstaunt, wie leicht Händler und die Käufer getäuscht werden. Aber man erinnert sich auch, daß die Fälschungen von jeher zur Kunst gehörten, wie der Schatten zum Licht. Aber diesen Miesensumpf und diesen gewerdmäßigen Charakter haben die Fälschungen doch erst mit dem Hochkommen der Bourgeoisie angenommen. Erst der Kapitalismus machte alles zur Ware und schuf andererseits eine große Klasse von Menschen, die alle Schätze der Welt, auch die seltensten Kunstschätze aller Zeiten zu sammeln die Mittel und das meist nur von niedrigen Preisen und Luxusbedürfnissen genährte Streben hatten. Ganz davon zu schweigen, daß die Kapitalanlage in Kunstwerken oft zugleich eine rein spekulative ist. Werke, die nur einmal vorhanden sind und den Kulturbesitz der Völker bilden sollten, die sie geschaffen haben, sind heute täglich in Gefahr, von irgend einem Kapitalproy irgendwohin verschleppt zu werden, wo sie nur seine Intimen zu Gesicht bekommen. Aber, o Ironie, die Kunst rächt sich an diesen Mäcenen, indem sie ihre Eier und ihren Unverstand mit Fälschungen beschwindelt.

Die Methoden der Fälscher, die heute ganz modern, arbeitsteilig und engros arbeiten, sind raffiniert und ihre Resultate oft verblüffend. Es ist nicht immer leicht, gemeine Fälschung von tüchtiger Restauration zu trennen. Schiedt erhaltene Gemälde immer in hochgradiger Weise wiederhergestellt, sie können aber auch durch strapellofes Uebermalen zu ganz neuen Bildern gemacht werden, die man dann gewöhnlich unter einem hochberühmten Namen in den Handel bringt. Manche Maler sind besonders Lieblinge der Fälscherkunst, so Dürer, so Claude Lorraine, dessen Ruhm und leicht nachzunehmende Manier schon zu seinen Lebzeiten ganze Fälscherbanden anwähnten. Er suchte sich dagegen zu wehren, indem er in seinem „Buch der Wahrheit“ (jeht im Besitz des Herzogs von Devonshire) eine genaue Skizze aller seiner Schöpfungen mit Angabe der Besitzer und ihrer Wohnorte eintrug. Doch haben sich die Fälscher nicht abhalten lassen, nach Claudes Bildern und Skizzen tapfer weiterzuarbeiten. So erzählt Graf Schack, wie er durch seine Aufträge einen jungen deutschen Maler in Rom gerettet habe, den sein Hahndrucker zur Herstellung von falschen Claudes und Stubsdaels mihdrandete. Von einer großen Werkstatt, in der wertvolle alte Bilder durch Uebermalen zu Meisterwerken gestempelt wurden, erzählt Julius Schnorr von Carolsfeld in einem Briefe vom Jahre 1818 aus Florenz. Unter den modernen Meistern sind besonders Corot, Meissonier, Lenbach der Vorliebe von Fälschern anheimgefallen; doch schreit der Betrug vor keinen Namen zurück, der hoch im Preise und hoch im Ruhme steht, wie auch diesmal wieder die plumpen Kopien Bödins und Menzels beweisen. Es hat sich in diesem nun schon so lange getriebenen Gewerbe eine direkte Geheimkunst herausgebildet, die mit tausend Mitteln und An-

leitungen dem Betrüger hilft. Das wichtigste ist natürlich, dem Produkt ein altherwürdiges Aussehen zu geben. Zu diesem Zwecke empfahl man früh das „Einräuchern“ der Gemälde. Kommt das Bild aus der warmen Ofenröhre, wo es auch noch die schönsten Risse und Sprünge bekommt, so wird es mit einem Abdruck von Milch, Rische, Ruch, Sähholzextrakt bestrichen und durch geschicktes Anbringen von Schmutz, Schimmel- und Fliegenfäden „verschönt“. Besonders Schwierigkeiten macht die Herstellung von künstlichem Wurmstich in Holz. Alter Wurmstich läßt sich so schwer hervorbringen, daß der geschickte Fälscher lieber darauf verzichtet und sich ein echtes altes Malereiwerk mit gutem richtigen Wurmstich zu verschaffen sucht. Eine andere schlimme Sorge für den Fälscher ist eine gute Kopie jener Sprungbildung, die sich auf allen echten alten Bildern findet. Während man bei alten Meistern genau auch alte Leinwand verwendet und sich so einen echten Malgrund sichert, benutzen bei modernen Meistern die Fälscher nicht selten unvollendete Studien und Skizzen, die schließlich zu Ende gemacht und dann als fertige Meisterwerke des Künstlers verkauft werden. Viele Kenntnisse und Sorgsamkeit erfordert die Anbringung eines korrekten Signatures (Künstlernamens). Daraus charakteristisches Monogramm wurde von einem geschickten Nachahmer so täuschend auf einem Bild des dornenkrönten Christus angebracht, daß die Arbeit lange Zeit als eigenhändiges Werk Dürers galt. Wie dieses Gemälde, so kamen im Anfang des siebzehnten Jahrhunderts noch zahlreiche andere Pseudo-Dürerische Gemälde in Handel, und eine ganze Reihe von Künstlern schienen sich mit diesem einträglichen Geschäft befaßt zu haben. Am besten lassen sich Signaturen herstellen, indem aus den Monogrammen auf weniger wertvollen alten Bildern durch möglichst geringfügige Änderungen bedeutendere Künstlernamen gemacht werden. Aus einem „Cuhlenborch“ läßt sich leicht ein wertvolleres „Boelenborch“ machen. Natürlich muß das schlechte Bild dann stark übermalen werden. In den großen Fälscherwerkstätten, die ganze Schiffsladungen „echter alter Meister“ nach Amerika verkaufen, gibt man sich freilich nicht mit so subtilen Praktiken und Kniffen ab. Da wird fabrikmäßig und engros gearbeitet. Ein Maler macht nur Köpfe nach Rubens, ein anderer nur Hände nach Dyd, ein dritter nur silbergraue Corots usw. Das Bild wandert vom „Geschäftsspezialisten“ zum „Kleiderverfertiger“, vom „Signetler“ zu dem Manne, der die Patina des Alters hervorbringt, und so entsteht gar schnell und funktelnagelneu der „alte Meister“.

Das Verlangen der Affensprache. Aus New York wird berichtet: Der durch seine Versuche, die Sprache der Affen zu erfordern, bekannt gewordene Professor Garner, der seit Monaten im französischen Kongopgebiet seine Experimente mit den Affen fortsetzt, hat jetzt Nachrichten nach America gegeben. Er teilt mit, daß er nunmehr ausreichende Beweise für die Existenz einer Sprache unter den Affen gefunden habe. Sieben Affenworter will er bereits entdeckt haben. Für Mangel oder Hunger sagen die Affen: Ohai, die Frage: Wo bist du? heißt Durh, für hier dient das Wort Cuh, für Vorrichtung oder Achtung Ah-hu, zur Rührung zum Klugung das Wort Ah-hu-hou, als Wink zum schließlichen Flucht der Auf Ah-ou-hou und

als Wink zum Aufhören, zum Lauschen der Laut Cuh-h. Die Affensprache ist sehr konzentriert und nach Professor Garners Meinung erlegen diese kurzen Ausdrücke ganze Sätze. So heißt zum Beispiel Durh: Hallo da, mein Freund, wo steckst du denn? und wenn darauf die melodische Antwort Cuh-h ertönt, so bedeutet das: hier bin ich unter der Palme, ganz nahe“, worauf dann unfehlbar das Ohai folgt, das da heißt: Schön, warte einen Augenblick, ich komme zu dir.“

„Ich habe es gelernt“, so schreibt der Amerikaner, „diese Laute gut genug nachzunahmen, um mich mit meinen geschwätzten Affen zu unterhalten, und ich erkenne sie auch wieder, wenn ich sie im Walde von den wilden Affen höre.“ (Mit Hilfe dieses Vokabulariums haben mehrere der prominentesten Reporter vom „Lok-Anz.“ sofort mit den prominentesten Berliner Affen ein Interview angestellt. Hzi Bambula gab zu verstehen, daß sie einen anderen Dialekt bevorzuge und daß es sich offenbar um eine Art Affensperanto handele, das in ihrer Heimat noch nicht eingeführt sei. Wisse dagegen erwies sich als gute Kennerin der Garnerischen Sprache. Sie drückte ihre Freude aus, endlich ihren Dank abstellen zu können, besonders für die regelmäßige Zulassung der „Woche“, die sie mit großem Interesse verfolgte. Sie hofft indes, daß die kürzlich vom „Lok-Anz.“ verbreitete Entdeckung der „Gedankenphotographie“ den Verkehr zwischen Affen und Menschen noch wesentlich mehr erleichtern werde als die für moderne Bedürfnisse etwas arme Affensprache. Prof. Garner wurden die schönen Erfolge drahtlos vermittelt.)

Notizen.

— Wann soll das Theater beginnen? Diese Frage wird in Berlin jetzt vielfach erörtert. Es ist die Verlegung des Theaterbeginns auf 1/2 Uhr vorgeschlagen worden, um den Schichten, die den Nachmittags-Ladenaktus erzielt haben, Gelegenheit zum Theaterbesuch zu geben. Die Schillertheater werden über die Zweckmäßigkeit der Verlegung ihre Besucher abstimmen lassen. (Aber gerade die am späteren Beginn Interessierten, die jetzt vielleicht nicht ins Theater kommen, werden so nicht zu Worte kommen.)

— Offentliche „Schönheits-Abende“ werden für die nächste Zeit wieder angehalten. Zu den Abgeordnetenkreisen soll ein Umsonst der Meinungen, die durch übertriebene Nachrichten einer Korrespondenz irreführt waren, eingetreten sein. Auch die Polizei soll keine besonderen Schwierigkeiten mehr an den Tag legen.

Der parlamentarische Abend scheint danach gelassen zu haben. Vielesicht lassen sich solche Abende auch für andere Zwecke nutzbar machen. — Abendmuseen. Eine bemerkenswerte Neuerung hat der Pariser Gemeinderat beschlossen. Die im Petit Palais untergebrachte städtische Kunstsammlung soll in Zukunft auch am Abend zugänglich sein. Ueber die angelegtesten Kunstwerke werden gemeinverständliche Vorträge gehalten werden. Wenn sich der Versuch bewährt, wird dieser Plan zu einer umfassenden Einführung in die Kunstgeschichte, mit Zulassung von Abgüssen, Photographien usw. erweitert werden.

herunterfallen ließ, nachdem Herr v. Schwerin-Böwig ihn darauf aufmerksam gemacht hatte, daß das nicht opportun sei. (Lachen bei den Red.) Er hat es ja selbst im Anfang seiner Rede gesagt. Die sogenannten „ersten Worte“ des Grafen Schwerin sind für mich ein besonderer Anlaß, nun gerade diesen Zusammenhang ausdrücklich zu betonen. Aber nicht allein diese Worte, sondern auch andere Ereignisse, die in den letzten Tagen zu unserer Kenntnis gekommen sind, einmal die offizielle Mitteilung der „Königlichen Ztg.“, daß die verbündeten Regierungen sich ungefähr auf denselben Standpunkt stellen würden wie Graf Schwerin, dann auch Vorgänge in der auswärtigen Politik — ich erinnere an das Auftreten des Lord Roberts im englischen Oberhaus, das in Zusammenhang mit dieser Vorlage nicht nur gebracht werden kann, sondern muß.

Solange

das heutige System des persönlichen Regiments,

das unsere Finanzmiserie verschuldet hat (Lachen rechts), bestehen bleibt, ist eine Steuererhöhung in irgend einer Form für die Volksvertretung völlig indiskutabel, weil wir mit absoluter Sicherheit voraussehen können, daß alles, was wir hier beschließen, nutzlos ist. Als vor wenigen Tagen mein Freund Gener. Jhnen sagte, daß wir ja, wenn so erhebliche Geldmittel bewilligt werden, in ganz kurzer Zeit schon eine neue Militärvorlage haben würden, bestritten das gerade die Herren von der Rechten mit auf-fallender Geschäftigkeit. Würden Sie das heute auch noch bestreiten? Glauben Sie nicht, daß die eben erwähnten Vorgänge Anlaß geben werden, eine neue Verstärkung unserer Rüstungen zu Wasser und zu Lande herbeizuführen? In dem Augenblick, wo die verbündeten Regierungen mit der höchsten Steuerforderung, die jemals einem Parlament eines modernen Staates vorgelegt worden ist, vor uns treten, genügt es für uns nicht allein zu rechnen, da heißt es vor allem einmal erst:

abrechnen!

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler glaubte freilich, es genüge zur Begründung der Forderung einer halben Milliarde neuer Steuern, wenn er auf die gespannte internationale Lage hinweise. Das kam uns noch nicht genügen, wir müssen auf die Ursachen dieser Spannung zurückgehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dann finden wir, daß die jetzige finanzielle Lage mit unserer unheilvollen auswärtigen und inneren Politik unter dem jetzigen Regime zusammenhängt. Ein berühmter französischer Politiker hat einmal gesagt: „Gibt mir gute Finanzen, ich werde Euch eine gute Politik machen.“ Niemals hat ein Staatsmann bessere Finanzen beim Beginn seiner Amtstätigkeit vorgefunden als Fürst Bismarck. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) „Wir schimmern im Gold!“ hieß es damals. Aber Fürst Bismarck begann sein Amt damit, daß er Abbitte leisten mußte für einen verfassungswidrigen Akt seines Vorgängers, an dem er selbst hervorragend beteiligt gewesen war. Das ist der Anfang unserer Finanzkatastrophe. Seit jenem Chinafeldzug ist die Reihe der Fehlschläge unserer auswärtigen Politik niemals abgerissen, und auf jeden Fehlschlag war die Antwort: Neue Schiffe, neue Rüstungen, neue Ausgaben, neuer Glanz und neuer Prunk und neue Lasten für das Volk! (Sehr richtig! b. d. Soz.) Jede Bewilligung neuer Mittel würde geradezu eine Billigung dieser Politik bedeuten. Die beständigen Eingriffe des — sagen wir einmal — sehr beweglichen Faktors der auswärtigen Politik (Heiterkeit.) in die äusseren Angelegenheiten unseres Reiches und fremder Völker zwangen die fremden Völker tatsächlich zu einer Selbstversicherung gegen uns. Wir waren — und ich spreche da wohl nicht allein für meine Fraktion — subjektiv feilschhaft davon überzeugt, daß das Bestehen einer „deutschen Gefahr“ zu bestreiten sei, weil wir gewiß wußten, daß die große Masse unseres Volkes auch nicht das mindeste kriegerische Gelüste hegte. Aber zu unserem Entsetzen mußten wir ja sehen, daß diese deutsche Gefahr, die wir ableugnen konnten, in der Tat bestanden hat und daß mit Flug und Recht andere Mächte auf sie hinwiesen und sich dagegen rühten. Denn da der Reichskanzler als der verantwortliche Träger der deutschen Reichspolitik in den ganzen Jahren

die erschaunlichen Handlungen des Monarchen

ohne Widerspruch geschahen ließ, obwohl er sie kannte... (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Diese Fragen sind vor wenigen Tagen hier außerordentlich ausführlich erörtert worden und gehören auch nicht zur Finanzpolitik. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte Sie daher, sie möglichst kurz zu behandeln und nur im Zusammenhang mit der Finanzreform.

Abg. Sadekm (fortfahrend): Keine kurzen Ausführungen dienen dem Nachweis, daß dieser Zusammenhang vorhanden ist, ich kann sie übrigens auch erheblich abkürzen. Obgleich also der Reichskanzler über alle diese Vorgänge unterrichtet war, sagte und tat er niemals etwas dagegen. Das hat die auswärtigen Regierungen veranlaßt, sich zusammenzuschließen und ihre Rüstungen zu stärken. Es hieße an der Entmündelung der Menschheit und der Menschlichkeit verzweifeln, wenn wir diesen Zustand so weiter gehen lassen würden, wenn wir, wie unter einem blinden Fatum, diese sinnlose Rüstungswirtschaft weiter treiben und hier nicht auf die Ursachen zurückgehen sollten. Es ist in den englischen Debatten hervorgetreten, daß der einmütigen Friedens- Erklärung des deutschen Reichstages bei der letzten Gelegenheit die Engländer von ihrem Standpunkt aus die Bemerkung entgegen- setzen mußten: „Ja, was nützt uns das alles? Der deutsche Reichstag ist friedlich gesinnt, die offizielle deutsche Regierung vielleicht auch noch, und doch sind wir nicht vor Ueber- raschungen sicher. Darum sage ich, der einzige Weg, zu einer Verminderung der Rüstungen zu kommen, zugleich der einzige Weg, um Ordnung und Stetigkeit in unser Finanzwesen zu bringen, ist die

Schaffung konstitutioneller Garantien!

(Zehnfache Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) So ist die Reform unserer Finanzen mit einer Reform der Verfassung auf das innigste verbunden. In der Vorlage der verbündeten Regierungen findet sich ja auch staatsrechtlich eine Verfassungsänderung, nämlich nicht unter Berufung auf bestimmte Artikel der Verfassung, aber unter dem Vorbehalt des Reichstages so außerordentlich beschließen will wie diese Vorlage, der ändert die Verfassung (Zustimmung bei den Sozialdemokraten), und wenn die eine Seite das tun will, brauchen wir auf der anderen Seite uns auch keinen Zwang aufzuerlegen, sondern können tun, was das ganze Volk geradezu von uns verlangt. (Zehnfache Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Unser Volk würde nicht verstehen, wenn das Parlament diese erste Gelegenheit, Nachdruck hinter seine Forderungen nach konstitutionellen Garantien zu legen, ungenutzt vorbeigehen lassen würde. Die Annahme der Regierungsvorlage in der vorliegenden Form würde eine vollständige Kräfteverteilung nach sich ziehen und den Reichstag zu einem Disziplinierklub herabwürdigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Natürlich haben die verbündeten Regierungen allen Anlaß, so zu tun, als ob diese Vorlage nur finanztechnische und keine allgemeine politische Bedeutung habe. Indessen stehen die drei Herren, welche die Vorlage hier vertreten haben, auf-fallend höher da. Wo sind denn die Minister der Einzelstaaten? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die älteren Mitglieder des Hauses werden sich erinnern, daß ein solcher Zustand wie bei der Vertretung dieser Vorlage noch vor wenigen Jahren ganz undenkbar gewesen wäre. Bei Vorlagen von viel geringerer Bedeutung gaben die Vertreter der Einzelstaaten Aus-lunft über die Stellung ihrer Regierungen. Schon bei der Debatte über das Kaiserinterview hätte ich die Minister der Einzelstaaten geru hier gesehen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), daß sie aber auch jetzt fehlen, läßt auf Absicht schließen; sie, die gewohnt sind, unter dem Feuer eines konstitutionellen Systems zu stehen, wissen sehr gut, wie sie unter dem gegenwärtigen System geschützt haben. Die mit des Stühnens ist aber vorbei, wie rufen ihnen zu, ob sie gewillt sind, die Verantwortung für die

bisherigen Zustände und die sich ergebenden finanziellen Konsequenzen zu tragen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine Annahme der Vorlage in ihrer jetzigen Form würde, das sagte ich schon, einfach einer Abdankung des Reichstages gleichkommen. Dieser Beschränkung des Bewilligungsrechts würden andere Beschränkungen folgen, Abgeordnete aber, die dem zustimmen, würden nach einer ungeschriebenen Bestimmung unserer Verfassung aus-geschaltet werden, das heißt: sie könnten sich pensionieren lassen. (Große Heiterkeit.) Ich verstehe vollkommen, wenn die Vertreter der Regierung den allgemein-politischen Charakter dieser Vorlage zu verschleiern suchen und es so darstellen, als ob es sich bloß um eine finanztechnische Vorlage handelte. Dann muß aber hier eine rationelle Arbeitsteilung eintreten, und was die Regierung nicht tut, müssen wir um so deutlicher tun. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn wir nun auch sagen: erst konstitutionelle Garantien, dann Steuererhöhungen, so wollen wir uns bedewegen doch nicht der Kritik der einzelnen Vorlagen entziehen. Da muß ich mich nun in der Schätzung des Bedarfs Herrn Spahn und Herrn Bayer anschließen. Die Schätzung von 500 Millionen ist eine ungeheure Ueber-treibung. Der Schatzkammer weiß ebenso gut wie jeder im Hause, daß auch bei dem bestehenden System ohne weiteres 100 Millionen Mark beim Heerwesen gespart werden können, ohne daß die Schlagfertigkeit von Heer und Marine beeinträchtigt würde. Derselbe Ueber-treibung finden wir bei der Darstellung der Leistungsfähigkeit. Die Tatsache des austretenden Wirtschaftsliebens wird von niemand ge-leugnet. Ich könnte, um ein klassisches Wort zu gebrauchen, von einer heraufschwebenden Steigerung des Reichtums reden. Die Frage ist nur, ob sie gleichmäßig verteilt und auch bei den Rinderbemittelten zu finden ist. (Sehr wahr! b. d. Sozialdemokr.) Der Herr Reichskanzler konstatiert sie aus der Zunahme des Selbst-konsums! (Heiterkeit.) Der Reichsschatzsekretär in seiner Denkschrift gar aus dem Zunehmen im Konsum von Apfelsinen! (Große Heiterkeit.) Unser preussischer Finanzminister: aus den Leistungen der Arbeiter für Gewerkschaft und Partei. Daraus will er die Be-rechtigung dieser neuen indirekten Steuern von sechs Mark pro Kopf ableiten. Da sie heute schon 22 bis 24 Mark pro Kopf aus-machen, so beträgt das für eine Familie bereits über 100 Mark! Die neue Steigerung würde bei einer fünfköpfigen Familie 20 Mark hinzufügen, das heißt also eine Steigerung von 25 Prozent, und dazu kommen noch die direkten Steuern... Freilich sagt man, auch die Arbeitslöhne seien gestiegen. Der Finanz-minister Abelnabben z. B. behauptet, der Arbeitslohn sei in der Zeit von 1893 bis 1908 durchschnittlich von 631 auf 694 M., also um 87 Proz. gestiegen. Es kommt aber nicht auf die relative, sondern auf die absolute Steigerung an. Eine Lohnsteigerung von 2 auf 3 M. ist auch eine solche von 50 Proz., und niemand wird behaupten, daß der Arbeiter, der sie bekommen hat, kein Hungerleider ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei einer fünf-köpfigen Familie bedeutet der Lohn von 897 M. noch nicht 190 M. auf den Kopf. Glauben Sie, daß davon heute noch jemand leben kann? Und dabei haben die meisten Arbeiter noch viel weniger; denn es ist ja bloß das Durchschnitts-einkommen. Der Minister v. Abelnabben berief sich auch auf meinen Freund Calwer, der ebenfalls die Steigerung der Arbeits-löhne festgestellt habe. Daß sie festgestellt hat, bestreitet niemand, aber Calwer hat immer und immer wiederholt, daß er diese Zu-sammenstellung gemacht hat, um die Energie der Kämpfer zu stärken, die sich nicht fatalistisch in ihre Lage fänden, sondern daraus den Mut zum weiteren Kampf schöpfen sollten. Niemand weiß besser als er, daß diese relative Besserung der Lage der Arbeiter in Deutsch-land nur durch die gewerkschaftliche Organisation geschaffen ist. (Zehnfache Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Minister meinte, eine Arbeiterschaft, welche soviel für die Gewerkschaften leiste, könne leicht auch die 6 M. indirekte Steuer aufbringen. Sie, meine Herren (nach rechts) spendeten ihm Weisheit, während ich hoffe, Sie hätten bei solcher Beweiskraft vor Ver- legenheit mit roten Köpfen dagefallen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.) Der Minister vergaß, daß die indirekten Steuern nicht bloß von dem Familienvater aufgebracht werden müssen, sondern von allen Mitgliedern des Hauses, während die Beiträge für die Gewerkschaften und die Partei von dem Familien-vater allein bezahlt werden. — Es ist also von vornherein schon unzulässig — um keinen anderen Ausdruck zu gebrauchen und um die subjektive Ehrlichkeit des Ministers nicht anzuzweifeln (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten) —, diese Beiträge mit den indirekten Steuern in Verbindung zu bringen. Mindestens hätte der Minister doch die Steuerleistung der Familie damit vergleichen müssen.

Genau haben unsere Gewerkschaften große Einnahmen und ein großes Vermögen, leider ein noch viel zu kleines meiner Meinung nach. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber was leisten sie auch dafür! Im Jahre 1907 hatten die 61 Zentralverbände mit rund 1 Million und 600 000 Mitgliedern ein Vermögen von 33 Millionen und eine Einnahme von 55 Millionen. Hierin waren sie aber verpflichtet zu bezahlen an Maßregelungs- unterstützung eine Million (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), an Reiseunterstützung 900 000 M., an Arbeitslosenunterstützung 8 1/2 Millionen (Zehnfache Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), an Krankenunterstützung 3 1/2 Millionen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), an Beihilfen in Rot und Sterbefällen 1 Million und 100 000 Mark, und für Streiks mußten sie ausgeben nicht weniger als 13 Millionen Mark. (Zehnfache Hört! hört! auf allen Seiten des Hauses, das sich rechts zu wehren kaum auswählt.) Sie scheinen über die Bedeutung dieses Volkes sich sehr im Unklaren zu befinden. Wenn Sie sich mit der Geschichte der deutschen Arbeiterschaft etwas eingehender befaßt hätten, so würden Sie, auf welchem Standpunkt Sie auch politisch stehen, als unbestreitbare Wahrheit annehmen, daß die Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft ausschließlich das Verdienst der Arbeit ihrer Gewerkschaften und ihrer politischen Partei ist. (Zehnfache Zustimmung b. d. Soz., Widerspruch rechts.) Das hat Ihnen ja auch schon der alte Bismarck gesagt. Wenn Sie uns nicht glauben wollen, so glauben Sie dem. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Diese Streikunterstützung ist notwendig gewesen, um das Lebensniveau der Arbeiterschaft aufrecht zu erhalten. Es zeugt von dem hohen Idealismus der Arbeiterschaft, daß sie es auf sich genommen hat, auch das Los der Unorganisierten zu ver-bessern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Lohnerhöhung von 27 Prozent bezieht sich übrigens auch auf einen Zeitraum von 15 Jahren. Aber kurz vor den letzten Parlamentsdebatten be-fand sich eine der kräftigsten Gewerkschaftsorganisationen, die der Buchdrucker in der Lage, einen neuen Tarif auf zehn Jahre ab-zuschließen. Um eine Grundfrage dafür zu gewinnen, verschaffte sie sich eine amtliche Aufstellung über die Lebensmittelpreise in 500 Orten, großen und kleinen. Da ergab sich eine Steigerung der Lebensmittelpreise von 25 bis 30 Prozent. Den Buchdruckern gelang es trotzdem nur, obwohl sie eine der besten Organisationen haben, eine Lohnerhöhung von 10 Proz. zu erhalten (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), sie bekamen also nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung ihrer Lage, und wöhlten wären sie erst gekommen, wenn sie die gewerkschaftliche Organisation nicht gehabt hätten? Ohne die gewerkschaftliche Organisation wäre die ganze bürgerliche Gesellschaft ja längst zusammengebrochen! (Lachen rechts.) Glauben Sie dem, daß Sie mit Ihrer unzureichenden Armenpflege den Schaden der Arbeitslosigkeit wirksam entgegenzutreten konnten, wenn nicht die Gewerkschaften die größten Lasten der Arbeitslosigkeit auf sich nähmen? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ganz undenk-bar wäre es, die Arbeitslosen in den Kommunen zu erhalten, wenn sie sich nicht selbst verschickerten. Aber der preussische Staat ist freilich (nach rechts) ebenso weit davon entfernt, diese gegenstreiche Tätigkeit der Gewerkschaften anzuerkennen wie Sie!

Ob der Herr Minister mit Durchschnittsberechnungen kommt, sollte er eine genaue Lohnstatistik über die Arbeitslöhne der einzelnen Kategorien von Arbeitern vorlegen, z. B. darüber, wie die Löhne in den saarabischen Kohlengruben gestiegen sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wer aus den hohen Gewerkschaftsbeiträgen den Schatz ziehen will, es gebe den Arbeitern gut, der kommt mir ebenso vor wie jemand, der sagt: Herru X muß es doch sehr gut

geben, er hat 800 M. für Arzt und Apotheker ausgegeben! (Große Heiterkeit.) Wer behauptet, die deutsche Arbeiterschaft befände sich in glänziger oder auch nur in befriedigender Lage, der hat keine Ahnung von den Zuständen. Denken Sie nur an die Wohnungsnot, denken Sie daran, daß Zehntausende von Familien in Berlin in einem einzigen Raum wohnen (Zuruf rechts: Sie sollen aufs Land gehen!), daß Hunderte von Familien mit einem ungeheuren Raum sich begnügen müssen. Denken Sie an die Sänglingssterblichkeit, daran, wie wenig Arbeiter Altersrente be-ziehen, denken Sie an den Mißgang der Militärtauglichkeit, dann können Sie unmöglich behaupten, das deutsche Volk sei fraglos so leistungsfähig, daß es ohne weiteres diese neuen Steuern auf sich nehmen kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch dem Mittelstand geht es nicht besser, das wissen wir sehr wohl. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler sagt freilich, man brauche bloß zu sparen! Dieses Sparprogramm ver-dankt er wohl einem Defekt in seinem Wädhmann. (Heiterkeit.) Es fehlt dort das Beständige Bitat:

„Ein Geizhals und ein fettes Schwein kann nur im Tode nützlich sein.“

(Große Heiterkeit.)

Der Abg. Schröder wies darauf hin, daß die Franzosen gegen uns in großer Ueberlegenheit sind. Sie haben einen Präsidenten — mag er nun Müller oder Schulze heißen — er kostet jährlich 1 Million Franken. Wir aber haben eine erhebliche Anzahl von Fürsten, deren Willkür so viel ausmacht, daß wir davon 1000 Millionen Mark Schulden verginsen könnten! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Frankreich hat es übrigens auch dem preussischen Herrn Finanz-minister angetan. Er wies darauf hin, daß ein Mann der sozial-demokratischen Partei betont habe, wie außerordentlich hart Frankreich mit indirekten Steuern belastet ist. Damit wollte er beweisen, daß wir jetzt völlig erschossen sind und gar nichts mehr sagen können. Er hat dabei an eine Aeußerung Schuppels angeknüpft. Als darauf Juruse von unserer Seite kamen, sagte der Finanzminister: „Sie sehen, wie loyal jene Seite ist, selbst gegenüber Männern von der eigenen Partei, welche die Tat-sachen so angeben, wie sie sind.“ Der Herr Finanzminister weiß sehr gut, daß ich es an Loyalität für Schuppel sicher nicht fehlen lassen werde, aber ich muß sagen, die Verhältnisse liegen keineswegs so, wie sie Schuppel dargestellt hat. Schuppel hat bei seinem bedauerlicherweise sehr oberflächlichen Vergleich folgendes außer acht gelassen. Wir haben in Deutschland und in Frankreich eine vollständig verschiedene Lebensart. Die Zahl der Familien-glieder ist eine ganz andere, die Franzosen haben einen enormen fremden Zustrom in ihrem Lande, der uns fehlt, usw. Wenn der deutsche Familienvater für 6 Köpfe die indirekte Steuer aufbringen muß, so zählt der französische nur für vier. Sie werden nicht bestreiten, daß das ein enormer Unterschied ist. Der Familien-vater in Frankreich hat auch für seine Wohnung viel geringere Aufwendungen zu machen als der deutsche. Die Franzosen sind ein spargierendes Volk, das daher nicht immer neue Wohnungen baut, und die Preise der Wohnungen sind deshalb erstaunlich viel niedriger als in Deutschland. (Abg. Dr. Krennd-rust: Die Wohnungspreise in Frankreich sind höher als in Deutschland.) Sie, Herr Dr. Krennd-rust, können vielleicht zwei Bourgeoiswohnungen in Paris (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) und wollen mir nun erzählen, daß die Wohnungen in Frankreich teurer sind als die in Deutschland. Was die Belastung der Arbeiter durch die Wohnungsmiete anlangt, so will ich, um nur ein Beispiel herauszugreifen, Ihnen

die Steigerung der Wohnungsmieten in den Jahren 1903 bis 1905 in der Umgebung von Berlin

mitteilen. So sind die Wohnungspreise für eine Wohnung, bestehend aus Stube, Kammer und Küche, gestiegen in Köpenick um 12 Proz., in Friedenau um 27 Proz., Pankow um 25 Proz., Weiskensee 39 Proz.! Dort wohnen sicherlich keine Unternehmern, sondern nur Arbeiter. Auch in den kleinen Städten und auf dem Lande sind die Preise der Wohnungen erheblich gestiegen. (Zehnfache Widerspruch rechts.) Lesen Sie den letzten Bericht des großherzoglich-hessischen Zentral-wohnungsinpektors, und die hiesigen Verhältnisse sind nicht so ab-sonderlich, daß sie nicht auch für unsere Gegend gelten, abgesehen vielleicht von Ostelbien. Daraus ergibt sich, daß die Wohnungsmieten heute einen immer größeren Teil des Arbeitereinkommens verschlingen.

In seiner Empfehlung der Sparpolitik kam der Reichs-kanzler auch auf die Gemeinden und ihre angeblich maßlosen Anleihen zu sprechen. Heute, in dieser Zeit der Arbeitslosigkeit, den Gemeinden Sparpolitik empfehlen, heißt den Arbeits-losen statt Brot Steine geben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und ihnen generell Sparpolitik empfehlen, heißt gerade das lebensvollste Stück deutscher politischer Gestaltung, das Gemeinbewesen, völlig in seiner Bedeutung verkümmern. Daran zweifelt niemand, daß die Gemeinden sich in schlechter finanzieller Lage befinden, aber der Grund liegt wesentlich darin, daß die ge-rechteste aller Steuern von ihnen noch gar nicht eingeführt worden ist, nämlich die Begabung des Wertzuwachses von Grund und Boden für die Zwecke der Allgemeinheit. Das wäre gewiß längst ge-fahren, wenn nicht die Hausbesitzer in den Gemeindeverwaltung- den Wehrheit hätten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Hätten wir in den Gemeinden ein freies Wahlrecht, würde man ihnen das Maß von Autonomie geben, das sie heute vielleicht in Preußen bei Siedlungsordnungsverbänden, nicht aber in Wirk-lichkeit besitzen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), dann könnten wir von jeder Rücksichtnahme auf die Gemeinden bei unserer Finanzpolitik absehen. Dort läuft das ganze Problem in letzter Linie auf genau dasselbe heraus wie im Reiche, nämlich auf Vermehrung der Selbstverwaltung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn auch die Leistungsfähigkeit des Volkes noch viel größer wäre, so müßten wir die vorgeschlagenen Steuern doch ablehnen aus Gründen, die in diesen Steuern selbst liegen.

Ich beginne mit der Biersteuer.

In der Begründung dieser Steuer und auch in den Aus-führungen des Grafen Schwerin wird immer von dem Bier als einem Genussmittel, das für den Lebensunterhalt nicht unbedingt notwendig sei, gesprochen. Dabei macht man gar keinen Unterschied zwischen der physiologischen Notwendigkeit und der sozialen Notwendigkeit eines Genussmittels. Physiologisch ist der Bier-genuss allerdings nicht notwendig, wahrscheinlich nicht ein-mal empfehlenswert. Aber etwas ganz anderes ist es mit der sozialen Notwendigkeit. Dieses liegt in unseren politischen Zuständen begründet. Es ist heute unmöglich in Deutschland, daß sich politisches Leben entfaltet, ohne daß dabei alkoholische Getränke genossen werden. (Widerstand rechts.) Ihre Heiterkeit würde mir berechtigt sein, wenn ich vom Alkohol-genuss im Uebermaß gesprochen hätte, wenn ich nur an das Wahrscheinliche gedacht hätte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Zuruf rechts: Parteibildner!) Sie wissen, daß das Versammlungs-wesen aufgebaut ist auf der Vermischung von Sälen und daß diese Säle heute in Deutschland nicht zugänglich sind ohne Alkoholgenuss. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In Frankreich allerdings stellt man den politischen Parteien öffentliche Säle zur Ver-fügung, in denen kein Alkoholgenuss notwendig ist, bei uns aber zwingt die Rückständigkeit der herrschenden Klassen das politische Leben in die Kneipen. Verlegen Sie sich nur in die Lage eines Arbeiters der Textilindustrie, der tagaus, tagein dieselbe eintönige, geisttönde Arbeit vollziehen muß, dessen Familie vielleicht in einem einzigen Wohnraume hausen muß. Daß der den Zwang in sich fühlt, Alkohol zu genießen, ist nicht nur selbstverständlich, sondern auch — Ihr Schatz! Wenn die Leute den Alkohol nicht mehr hätten, würden sie sich ganz anders gegen Ihre Herrschaft aufstellen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Tatsache, daß in allen Kulturländern durchschnittlich ziemlich gleich viel Alkohol genossen wird, sollte doch warnen, von einer Ueber-leistungsfähigkeit des Alkohols zu sprechen. Wenn Sie aber dem Arbeiter das Bier unmäßig verteuern, muß er wieder zum

Schnaps greifen. (Jurist bei den Sozialdemokraten: Das wollen die ja!) Der Schnaps aber wäre für den Arbeiter nicht nur gefährlich, er müßte gerettet auf ihn wirken. Doch der Uebergang zum Schnaps scheint den Herren von der Rechten ja außerordentlich am Herzen zu liegen. (Widerspruch rechts.) Wie anders könnte man sonst zu dem Vorschlag der Besteuerung der alkoholfreien Getränke kommen (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), damit sie noch teurer werden, als sie leider schon ohnedies sind. Wollen Sie etwa auch das wichtigste alkoholfreie Getränk, das Wasser, versteuern? Ausgenommen hat es Graf Schwerin-Löwig nicht, und nach Ihrer Bestimmung könnte man es fast annehmen.

Bei der **Branntweinsteuer**

müß ich den Vorwurf des Reichsfinanzsekretärs zurückweisen, daß es Schuld des Reichstags sei, daß der Gesetzentwurf gegen die Abschaffung der Malzsteuer nicht verabschiedet worden ist. Nicht die Schuld des Reichstags, sondern die Schuld der Rechten war es. (Sehr wahr! links.) Sogar schriftlich haben die Abgeordneten der Linken den Vorsitzenden der Kommission, den Abg. Nöcker, aufgefordert, eine Sitzung der Kommission einzuberufen und das Gesetz zur Verabschiedung zu bringen. Er ist nicht darauf eingegangen — ich glaube nicht, daß er daran gedacht hat, daß die Verabschiedung des Gesetzes etwa das Einkommen der Branntweinfabrikanten mindern würde! (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Fürst Haffelndorff hat behauptet, die Branntweinfabrikation sei eine Lebensfrage für den Osten. Das ist sie nicht, sie ist nur eine Lebensfrage für eine bestimmte Kategorie der Bevölkerung des Ostens. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind nicht dazu da, die Eigentumsformen an Grund und Boden in Ostpreußen zu sichern und den dortigen Grundbesitzern das ganze Volk tributpflichtig zu machen. Sie sind jederzeit bereit, die Lebensverhältnisse Tausender von Tabakarbeitern und Brauereiarbeitern umzufürzen und mit einem einzigen Federstrich die Leute praktisch zum Hungertode zu verurteilen, und wir sollten auf die Branntweinfabrikanten in Ostpreußen solche Rücksicht nehmen? Die Lebensfrage war unhaltbar geworden, diese Verschwendung der Volksgelder, diese

Bergerung von 47 bis 60 Millionen im Jahre

wäre sowieso durch einfache Aufhebung der Liebesgaben bald beseitigt worden. Da kam den Branntweinfabrikanten der Monopolgedanke wie ein Geschenk des Himmels: er soll die Liebesgaben in die preußisch-deutsche Tätigkeit weiter befördern. Wer aber der Fortdauer der Liebesgaben zustimmt, verflucht sich an der freibildlichen Entwicklung Deutschlands. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Deshalb und weil diese Monopolvorlage einer rationellen Branntweinbesteuerung den Weg versperrt, lehnen wir das Branntweinmonopol ab. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Auch gegen **die Nachlasssteuer**

haben wir Bedenken, nicht etwa, weil wir die Aufhebung der Familienlebens davon befürchten, die ja auch in England nicht eingetretten ist, sondern weil die Vorlage technisch nicht gut ausgearbeitet und eine Reihe von Bestimmungen rein willkürlichen Charakter tragen. Die Verfügungen des nichtlebenden Erben durch die Erbschaftsteuer lassen sich sehr wohl umgehen, wenn die Progression der Besteuerung nach der Höhe des Vermögens und der Entfernung des Verwandtschaftsgrades ordentlich angebahnt wird. Hier kann man eher als bei jeder anderen Steuer auf die Erfahrungen des Auslandes Bezug nehmen. Wir sind gern bereit, auf die Interessen der kleinen süddeutschen Bauern, von denen Herr Sped sprach, jede Rücksicht zu nehmen, aber wir verlangen eine wirksame Erbschaftsbesteuerung, die diesen Namen verdient und weit über die geringen Beträge der Vorlage hinausgeht.

Die Gas- und Elektrizitätssteuer

ist von dem Vertreter der nationalliberalen Partei nur sehr oberflächlich behandelt worden. Nehmen Sie diese Steuern nur ruhig an, Sie werden Ihre blauen Wunder erleben! Glauben Sie doch nicht, daß eine Steuer, die so empfindlich wie diese vor allem den Mittelstand trifft, jemals vergeblich würde! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Vor allem aber müßte ich den Abgeordneten aus Süddeutschland sehen, der für diese Vorlage seine Stimme abgeben könnte. Die Regierungen und Vollvertreter aus Süddeutschland, die das täten, könnten sich für den Rest ihres Lebens am äußersten Ende Ostpreußens eine Hütte, vielleicht einen der berühmtesten „Schulpaläste“ ausbauen und darin trauernd darüber nachdenken, wie das Volk die Annahme einer Steuer rächt, die es als eine unredliche Benachteiligung eines Teiles des Reiches ansieht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wir sind nicht gegen neue Steuern, wir wissen genau, daß große Finanzorganisationen nicht ohne erhebliche Mittel Wirkungen erzielen können. Wir haben der Regierung sogar stets neue Steuern angeboten: Vermögens- und Einkommenssteuer. Aber da kommt die Jurist vor den direkten Steuern, die doch auch im Reich kommen werden. (Widerspruch rechts.) Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese Steuern werden kommen, weil Sie (nach rechts) Ihren egoistischen Standpunkt überreden, und um so rascher, je mehr Sie ihn überreden. Wenn Graf Schwerin-Löwig gewagt hat zu sagen, daß nur, soweit die indirekten Steuern nicht ausreichen sollten, auch der Rest für einen Bruchteil des Bedarfs herangezogen werden müsse, so ist das ein Ueberdrehen des Egoismus, die diesem selbst das Grab geben müß. (Abg. Graf Schwerin-Löwig ruft: Reichsverfassung!) Die Reichsverfassung hat nie ein Wort gegen die direkten Steuern gesagt; sie stellt ausdrücklich die Steuerhoheit des Reiches fest und gestattet ihm jederzeit direkte Steuern einzuführen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber die Jurist vor den direkten Reichsteuern treibt die sonderbarsten Wüten. Der Abg. Raab

ist sogar zu den pseudosozialistischen Vorschlägen der Verstaatlichung von Kohle und Kali gekommen, nur damit er um die direkten Steuern herumkäme. Wir haben es nicht nötig, solche Vorschläge zu machen. Wir werden bei der weiteren Verhandlung dieser Finanzvorlage unsere Schuldigkeit tun, die wir darin sehen, entgegen dem Standpunkt der Herren von der Rechten unser Volk vor einer neuen Massenbelastung durch indirekte Steuern zu schützen und den Weg für konstitutionelle Garantien und direkte Reichsteuern zu bahnen. In diesem Ziel sehen wir unsere Aufgabe und wir werden auf dem besten Wege sein, dieses Ziel zu erreichen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben:

Ich habe mich nicht gegen die Vandalensteuer ausgesprochen, sondern gegen das amerikanische System. Was die Elektrizitätssteuer anlangt, so müssen wir vorsichtig sein, um hier nicht wieder den richtigen Zeitpunkt zu verpassen, wie seinerzeit bei dem vom Fürsten Bismarck vorgelegten Tabakmonopol. — Der wirtschaftliche Aufschwung der Arbeiter wird durch die großen Ausgaben, die für die Gewerkschaften aufgebracht werden, unwiderleglich bewiesen. Die Einnahmen der freien Gewerkschaften für 1907 betragen 58 Millionen (Hört! hört! rechts), sie sind seit 17 Jahren um das Fünffache gestiegen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Arbeitslosenunterstützung!) Im übrigen sind die Gewerkschafts- und Parteibeiträge Zwangsbeiträge, während bei den indirekten Steuern jeder durch

Verminderung des Konsums

es in der Hand hat, seine Belastung zu vermindern! Hier ist also, wie Bismarck sagte, jeder sein eigener Steuerbefreier. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Auch bleiben die indirekten Steuern nur teilweise auf den Arbeiter haften, sie werden zum anderen Teil in den Löhnen auf die Arbeitgeber abgewälzt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich kann Ihnen dafür einen großen Heiligen der Sozialdemokratie anführen (Heiterkeit rechts): Engels: „An den Steuern sind die Arbeiter nur sehr wenig interessiert. Das, was der Arbeiter an Steuern zahlt, geht in den Produktionskosten ein, muß also vom Unternehmer mit vergütet werden.“ (Hört! hört! rechts.)

Wenn Herr Südekum von der sozialen Notwendigkeit des Bierkonsums sprach, so meine ich doch, daß es eine viel größere soziale, politische und moralische Notwendigkeit ist, daß die Arbeiter für die eminenten Bedürfnisse des Reiches auch interessiert einen Obolus entrichten. — Herr Südekum fragte nach den Löhnen der staatlichen Betriebe. Diese sind von 188 Millionen 1895 auf 328 Millionen 1907 gestiegen oder pro Kopf der Arbeiter von 2,80 M. auf 3,18 M. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Jammer! Jammer!) Das Generalrezept des Herrn Südekum war dann wieder: man solle alle Ausgaben durch direkte Steuern decken. Auch hier kann ich mich darauf berufen, daß Engels gesagt hat: „Keine Regierung kann so etwas unternehmen, außer einer sozialistischen.“ Und Karl Kautsky hat darüber gesagt: „Wenn wir zur Durchführung dieser Absicht heute die Kraft erhalten würden, so würden wir doch dabei auf große Schwierigkeiten stoßen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß je höher die Steuern sind, desto größer auch die Verführung zur Steuerbefreiung ist. Auch könnte es durch Abwanderung der großen Vermögen dazu kommen, daß der Staat eine Vermögenssteuer, aber ohne Vermögen hat. Ueber ein gewisses Maß kann man also da heute nicht hinaus.“ (Hört! hört! rechts.) Dr. Südekum sprach von der „Deutschen Gefahr“. Es gibt nur eine deutsche Gefahr (laute Zurufe bei den Sozialdemokraten: Preußen! Anarchie und Dummheit), nämlich, daß den deutschen Arbeitern ihr Vaterland verleidet wird. Glücklicherweise hat die Sozialdemokratie nicht das Recht, im Namen aller deutschen Arbeiter zu sprechen. (Lauter Bravo! bei den bürgerlichen Parteien, namentlich rechts.) Es gibt noch genug deutsche Arbeiter, die sich ihr schönes Vaterland nicht verleideln lassen. (Stürmischer Beifall rechts.) Zurufe bei den Sozialdemokraten: Hurra! Hurra! Große Heiterkeit. Anrufe im ganzen Hause.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Freitag, 1 Uhr vertagt.

Schluß 7 Uhr.

Parlamentarisches.

In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses, in der es bisher sehr friedlich zugegangen ist, herrscht seit Donnerstag eine gewisse Kampfesstimmung. Die Konservativen sind darüber verärgert, daß die Nationalliberalen die gehobenen Stellen in der Verwaltung abgelehnt haben, die Nationalliberalen wieder ärgern sich darüber, daß die Konservativen bei verschiedenen ihrer Anträge Einnahmehaltung geübt haben. Die Folge dieses gespannten Verhältnisses ist, daß die für eine Reihe höherer Beamten beantragten Gehaltsaufbesserungen keine Mehrheit fanden, wenigstens nicht in der ersten Lesung. Bis zur zweiten Lesung wird schon eine Verständigung zustande kommen.

Die ersten, die der Verftimmung zum Opfer fielen, waren die Oberpräsidenten, die jetzt 7500 bis 9300 M. Gehalt beziehen und nach der Regierungsvorlage bis auf 11000 M. aufsteigen sollten. Trotz der eindringlichen Bitten des Ministers des Innern, der darüber klagte, daß heute vielfach nicht die tüchtigsten, sondern die reichsten Beamten in die gehobenen Stellen einrücken, und der seinem Bedauern darüber Ausdruck gab, daß alle Augenblicke tüchtige Verwaltungsbeamte zur Privatindustrie übergehen, wo sie besser bezahlt werden, wurde die Regierungsvorlage mit 14 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Selbst Herr v. Rheinbaben gelang es nicht, die Nationalliberalen für seine Vorlage zu gewinnen.

Um die „Parität“ zu wahren, stimmten nun die Konservativen gegen die von den Nationalliberalen beantragte Aufbesserung der Senatpräsidenten bei den Oberlandesgerichten, der Oberstaatsanwälte, der Landgerichtspräsidenten, der Amtsgerichts-

präsidenten beim Amtsgericht Berlin-Mitte und des ersten Staatsanwalts beim Landgericht I in Berlin. — Auch die armen Ministerialdirektoren, der Präsident der Hauptverwaltung der Staatskassen, der Präsident der Justizprüfungscommission und der — Oberlandstaatsminister müssen unter dem Vordringnis leiden: sie sollen nach wie vor „nur“ 15000 M. bekommen, während die Regierung ein Gehalt von 14000 bis 17000 M. gefordert hatte. Einzig und allein der Präsident der Staatsverwaltung fand Gnade vor den Augen der Mehrheit: sein Gehalt wurde von 15000 M. auf 17000 M. noch sechs Jahren, seine nichtpensionsfähige Stellenzulage von 3000 M. auf 4000 M. aufgebessert. —

Die Debatte wandte sich sodann zu den Gehältern der nicht voll besoldeten Kreis- und Gerichtsärzte, die 1800 M. bis 3000 M., im Durchschnitt 2700 M. und Stellenzulagen von durchschnittlich 450 M. erhalten sollen. Unter dem Widerspruch der Regierung ging die Kommission darüber hinaus und beschloß einstimmig, das Gehalt auf 2400 M. bis 4200 M., im Durchschnitt 3300 M., zu bemessen.

Den Schluß der Sitzung bildete eine Besprechung der Gehaltsverhältnisse der Universitätsprofessoren. Die außerordentlichen Professoren in den Provinzen beziehen zurzeit im Durchschnitt 2750 M.; ihr Gehalt soll auf 3250 M. erhöht werden. Die außerordentlichen Professoren in Berlin haben jetzt 3250 M., sie sollen in Zukunft 3750 M. beziehen. Die Gehälter der ordentlichen Professoren (in den Provinzen durchschnittlich 5500 M., in Berlin durchschnittlich 6500 M.) sollen so bleiben wie bisher. Außerdem soll für alle ordentlichen Professoren der ihnen garantierte Betrag der Mindesteinnahme aus Nebenbezügen von 800 M. auf 1000 M. erhöht werden. Ein Antrag des Zentrums, der Freisinnigen, Nationalliberalen und Freikonservativen will das Gehalt für alle außerordentlichen Professoren auf 2400 M. bis 4800 M., für alle ordentlichen Professoren auf 4800 M. bis 7200 M. bemessen. Außerdem sollen sie ihre Kollegienhonorare bis zu 4500 M. ganz beziehen und von dem darüber hinausgehenden Betrag die Hälfte bekommen. Zu einer Abstimmung über den Antrag, den die Regierung entschieden bekämpfte, kam es noch nicht.

Die „Lehrerbeförderungskommission“ des preussischen Abgeordnetenhauses (11. Kommission) erledigte am Mittwoch den Rest des § 4 und den § 11. In der Beratung am Donnerstag erfuhr der § 12 eine redaktionelle Änderung. In lebhaften Auseinandersetzungen führte § 16, der die Mitschuldigung der Lehrpersonen regelt. Das Zentrum forderte in einer Resolution, es sollten über Größe und Ausstattung der Dienstwohnungen Vorschriften erlassen werden. Von den Freisinnigen wurde beantragt:

Als Mitschuldigung für Lehrer ist eine Geldsumme zu gewähren, die eine ausreichende Entschädigung für die nicht gewährte Dienstwohnung darstellt und die in jedem einzelnen Falle mindestens dem Betrage des Wohnungsgeldschufes für mittlere Beamte der betreffenden Dienstklasse gleichkommen muß.

Die Regierung erklärte, daß es ihr darauf ankomme, auch auf dem Gebiete des Wohnungsgeldes Ruhe zu haben, deswegen soll dem Provinzialrat angeschlossen werden, von vornherein feste Sätze zu schaffen. Ferner erklärte sie sich gegen die Bestrebungen, die Lehrer auf Umwegen in die Klasse der Subalternbeamten zu bringen, wie es ein Antrag Cassel-Doff anstrebe. Von den Freisinnigen wurden lebhaftest Klagen über den Zustand der Dienstwohnungen geführt; es sei keinem jungen Lehrer möglich, sich zu verheiraten, selbst wenn er angestellt sei; denn meist bestrehe die Wohnung nur aus einer Stube ohne Küche; wolle er diese nicht beziehen, so erhalte er auch kein Wohnungsgeld! Konservativen und Regierung verteidigten den jetzigen Zustand. Der Regierungsvertreter führte aus, daß, wenn den Wünschen Rechnung getragen werden solle, mindestens 30000 Schulhäuser umgebaut werden müßten! (Und da wundert man sich noch über die Landflucht der Lehrer!) Es könne doch nicht verlangt werden, so wurde noch von konservativer Seite ausgeführt, einem, der heiraten wolle, eine Dienstwohnung zu schaffen. — Sämtliche freisinnigen Anträge wurden abgelehnt bis auf einen, der in der Fassung, wie sich nachher herausstellte, falsch war. . . .

Zu den §§ 17, 18, 19 lagen keine Anträge vor. Sie wurden ebenso wie der § 16 nach der Regierungsvorlage angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag.

Amliche Korrekturen. Nach unserem Bericht über die Reichstags-Sitzung vom letzten Montag („Vorwärts“ Nr. 375) hat der Finanzminister Herr v. Rheinbaben sich auf einen Artikel berufen, der in den „Sozialistischen Monatsheften“ stand und von Galtner verfaßt sein sollte. Im amtlichen Stenogramm jener Sitzung (Seite 5055 B) hat Herr v. Rheinbaben stillschweigend auf Galtner Schiipel gemacht und so seinen Vorwurf vom Montag korrigiert. Das ändert nichts an der Tatsache, daß er tatsächlich „Galtner“ gesagt hat. Wir hätten diesen Vorwurf der Rheinbabenischen Rede auf seine Richtigkeit nachgeprüft, wenn zu vermuten gewesen wäre, daß der Finanzminister sich so mächtig präpariert, daß ihm „Jrrtum“ trotz der lebhaften Zwischenrufe an jener Stelle nicht zum Bewußtsein kommen müßte.

Drucksachen.

Aus dem Reichstag. (Nr. 1048.) Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des Schutzgebietes Kaukasus für das Rechnungsjahr 1907.

Eingegangene Druckschriften.

Paul Wahn. Aus der Pampaiani. Sein Leben und seine Werke. Preis 8 M. — César Galtner. Zwischenfälle. Erinnerungen, Briefe, Reden, von Feilchen und Vertagen. Dies und das. Eingeleitet. Preis geb. 3 M., geb. 4 M. — Richard Fuchsler. Startenberg. Roman. Preis 3 M. Verlag: Egon Neigel u. Co., Berlin W., Pfister 16. Die Telegraphen- und Fernsprechtechnik von G. Brück. 285 Bb. Aus Natur und Volkswelt. Geb. 1 M., geb. 1,25 M. Verlag: S. O. Teubner in Leipzig.

Warenhaus

Gustav Blumenfeld & Co.

Berliner Str. 47-48

Rixdorf

Berliner Str. 47-48

Eröffnung Sonnabend, den 28. November 1908 **Eröffnung**

Wir heben besonders hervor: unsere auf das beste und reichhaltigste eingerichtete

Lebensmittel-Abteilung

ferner unsere

Spielwaren-Ausstellung

Rabattmarken

des Rixdorfer Rabatt-Spar-Vereins und des Eigenen Rabatt-Sparsystems

Partorrie:

Kurz-, Weiß-, Wollwaren
Spitzen, Bänder, Wäsche
Schürzen, Korsetts
Herren - Artikel
Bijouterie, Süßwaren
Telketagen, Strümpfe
Handschuhe, Schuhwaren
Seilen und Parfümerie

I. Etage:

Kleiderstoffe, Futterstoffe
Baumwollwaren, Leinen
Sammet und Seide
Möbelstoffe, Teppiche
Gardinen, Tischzeuge
Taschentücher
Damen-Konfektion
Kinder-Konfektion
Damen-Putz
Hüte und Mützen

II. Etage:

Wirtschafts-Artikel
Glas, Porzellan, Steingut
Emaille, Korbwaren
Galanteriewaren
Schreib- und Lederwaren
Holzgalanterie

III. Etage:

Lebensmittel

IV. Etage:

Spielwaren - Ausstellung

An die Arbeiter Groß-Berlins!

Die Gewerbetagswahl für Arbeitnehmer findet am Sonntag, den 29. November 1908, von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags statt. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, sich an der Wahl zu beteiligen. Auch die auswärtig wohnenden, aber in Berlin arbeitenden Genossen haben das Recht und die Pflicht, ihr Wahlrecht in Berlin in dem Bezirk, in welchem sie arbeiten, auszuüben.

Die Liste Nr. I

Liste der freien Gewerkschaften, ist die einzig richtige Liste, die jeder Partei- und Gewerkschaftsmitglied zu wählen hat. Um jede Wahlfälschung zu verhindern, werden die Stimmzettelverteiler der Liste I eine rote Schleife mit einer I versehen als Abzeichen tragen.

Stadtverordneten-Versammlung.

34. Sitzung vom Donnerstag, den 26. November, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Michaelis eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Aus der Ausschussberatung über den Antrag Barth (A. L.) wegen Bewilligung einer Remuneration für die Feuerwehrmännschaften aus Anlaß der Dachstuhlbrände ist folgender einstimmig angenommener Ausschussantrag hervorgegangen:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, dem Polizeipräsidenten aus bereiten Mitteln der Stadthauptkasse 42 000 M. zur Verfügung zu stellen, um den in Folge der zahlreichen Dachstuhlbrände in ungewöhnlicher Weise angelegten Chargierten und Mannschaften der Berliner Feuerwehr eine Remuneration mit der Maßnahme zu gewähren, daß den Feuerwehrmännern nicht unter 40 M. bewilligt werden sollen.

Gleichzeitig ersucht die Versammlung den Magistrat, dem Offizierskorps der Berliner Feuerwehr Dank und Anerkennung für ihre Tätigkeit auszusprechen.

Ohne Debatte erhebt die Versammlung den Antrag zum Beschluß:

Den Vorentwurf für den Neubau eines Familienwohnhauses für sieben Familien bei der Zentrale in Dux beizubehalten.

Stadtv. Liebherr (Fr. Fr.) als viel zu teuer und empfiehlt Ausschussberatung.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

Das Schulgeld für die Schüler an den städtischen Vorkursbildungsanstalten und Vorkursbildungsschulen für Jünglinge und Mädchen soll vom 1. Oktober 1908 ab nach erhöhten Sätzen erhoben werden. Im Durchschnitt ist der Satz von 1 M. pro Wochenstunde an den Anstalten auf 1,25 M. erhöht worden, an den Schulen für Jünglinge desgleichen; die bisher schuldlosen Fächer Deutsch, Rechnen, elementares Zeichnen, Schönschreiben, Algebra, Geometrie, Trigonometrie, Physik, Chemie, Elektrotechnik, einfache Buchführung, Geschichte und Geographie sollen pro Wochenstunde im Halbjahr mit 2 Pf. herangezogen werden. In den Vorkursbildungsschulen wird der Semesterbeitrag für die allgemeinen Fächer von 3 M. auf 4 M. erhöht; für Geschichte und Geographie werden von jetzt ab pro Wochenstunde im Halbjahr 50 Pf. für Stenographie und Maschinenschriften je 2 M., für Englisch, Französisch, Buchführung, kaufmännische Korrespondenz, Schemieren, Platten und Kochen, Wahrungsmittellehre je 1 M. verlangt. Ruc Singen und Turnen bleiben schuldlos.

Stadtv. Bruns (Soz.): Wir beantragen Ausschussberatung, weil wir die Vorlage für nicht genügend begründet ansehen. Der bei der letzten Etatsberatung ganz nebenher gefasste Beschluß war durchaus nicht von so weittragender Bedeutung als jetzt die Vorlage. Zu einer Zeit, wo die arbeitenden Kreise der Bevölkerung an den bestehenden Zuständen sehr schwer zu tragen haben, ist es sehr fraglich, ob auch nur eine Erhöhung von 25 Proz. so leicht hingenommen werden kann. Man hat die „Interessenten“ gehört, aber ein ausführliches Protokoll darüber existiert nicht; wir erfahren nur, es ist über die Frage, ob die Erhöhung unbedingt notwendig sei, verhandelt worden. Ich wiederhole den Antrag, die Vorlage einem Ausschuss zu überweisen.

Stadtv. Dr. Freund (Soz.-fortschritt.): Auch ich muß die Begründung der Vorlage für sehr mangelhaft erklären. Aus dem mitgeteilten Protokoll ersehen wir, daß einige der sachverständigen Leiter unserer Vorkursbildungsschulen Bedenken gegen die Erhöhung erhoben haben, aber nicht, welcher Art diese Bedenken waren. Prima vista teile ich die Bedenken des Verrechners gegen diese Erhöhung; so unbedeutend sie ist, belastet sie den einzelnen, besonders wenn mehrere Kinder vorhanden sind, nicht ganz unerheblich. Ich höre sogar, daß das erhöhte Schulgeld schon seit dem 1. Oktober eingeführt ist, ohne daß ein Rückgang an Schülern eingetreten ist. War es berechtigt, diese Erhöhung so a priori einzuführen?

Stadtv. Sonnenfeld (A. L.): Daß wir bei der Etatsberatung eine Erhöhung des Schulgeldes bewilligt hätten, trifft nicht zu; es war damals in einer Anmerkung zu diesem Spezialetat nur die Rede von einer „anderweitigen Festsetzung“. Das konnte ebenfals eine Erhöhung sein. Der Etat nahm eine Erhöhung der Schulgeldentnahmen von 8900 M. an; die jetzige Vorlage veranschlagt das Mehr auf 40 000 M. Die Erhöhung ist keineswegs unerheblich, wenn man mit relativen Zahlen rechnet; außerdem werden auch die 25 Prozent an manchen Stellen überschritten. Die Einnahmen aus den Fortbildungsschulen für Jünglinge sind 1904/06 zurückgegangen; der Augenblick ist also für eine Erhöhung so ungünstig wie möglich gewährt. Daß für daselbe Maß von den Mädchen viel mehr Schulgeld verlangt wird als von den Jünglingen, ist eine ganz auffällige Unstimmigkeit. Der Zustand der Mädchen zu diesen Anstalten führt sich darauf zurück, daß die Stadt noch keine obligatorischen Schulen für Mädchen eingerichtet hat; die Stadt sollte es also den Mädchen nicht erschweren, diese Anstalten zu besuchen.

Stadtschulrat Michaelis: Die Vorlage ist sehr gründlich vorbereitet worden. Bezüglich der Mädchen haben wir eine Reihe von Sätzen ermäßigt. Im Ausschuss werden auch die andern Streitpunkte hergeleitet werden. Im Oktober ist keine Verminderung, sondern eine Vermehrung der Frequenz trotz der Erhöhung eingetreten. Die 10 Prozent Freistellen werden nicht im entferntesten ausgenutzt. Ueberflüssiges ist aus der bisherigen Organisation beseitigt worden.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

Die freie Fraktion hat durch den Stadtv. Dr. Gelpke den Antrag eingebracht: Den Magistrat zu ersuchen, in den städtischen Krankenhäusern und Irrenanstalten oder im Anschluß an diese Anstalten Einrichtungen zu treffen, durch welche Kranken gegen Zahlung erhöhter, etwa die Selbstkosten deckender Rückkosten Pflege und Behandlung in besonderen Abteilungen gewährt wird.

Der Antragsteller führt aus: Bei der Etatsberatung regte der Kommerzienrat an, in den Krankenhäusern mit dem Einlassensystem aufzuräumen. Meine Fraktion hat den Gedanken aufgegriffen. In der Krankenhausdeputation hat man die Sache auch weiter verfolgt, aber bis jetzt keine bestimmten Anträge formuliert. Daher kommen wir jetzt mit unserem Antrage. Bei den Krankenhäusern

notstandsdebatten wurde wiederholt vom Oberbürgermeister betont, daß eine Verpflichtung der Kommunen für sie nur als Ortsarmenverband besteht. Ich halte diese Ansicht für richtig. Wir haben jetzt für die Krankenhäuser über 50 Millionen aufgewendet; 5100 Betten stehen zur Verfügung. Ueber das momentane Bedürfnis gehen wir damit weit hinaus; es wird im laufenden Etat nur mit einer Belegung von 4000 Betten gerechnet. Der Prozentsatz derjenigen Kranken, für die die Krankenkassen eintreten, ist viel höher als der der Ortsarmen. Bei den alten Krankenhäusern kann unter 4-5 M. pro Bett und Tag nicht gewirtschaftet werden; beim Virchowkrankenhaus ist der Satz viel höher; unter 8 M. wird dort bei voller Belegung nicht auszukommen sein. Erhalten lassen wir uns nur 2,50 M.; wir machen also allen Kranken ein bares Geschenk von über 2 M., eventuell von weit über 3 M. Die Krankenhäuser erfordern denn auch 3/4 Millionen Zuschuß. Die Irrenanstalten erheben ziemlich durchwegs sehr hohe Sätze; unser Antrag richtet aber seine Spitze durchaus nicht gegen sie, denn wir verkenne nicht, daß sie sehr teuer wirtschaften müssen. Unser Antrag soll für diejenigen Bürger, Beamten, Lehrer, Kaufleute usw. eintreten, die diese teuren Anstalten nicht benutzen können und aus Gründen, die man würdigen kann, die allgemeinen Krankenhäuser nicht benutzen wollen. Für diese große Klasse der Kranken des Mittelstandes ist städtischerseits nichts geschehen; in staatlichen Kliniken und in der Charité hat man dagegen Betten zweiter und dritter Klasse; ebenso in den anderen großen Krankenhäusern und Hospitälern. Die Sätze in diesen Krankenhäusern sind sehr verschieden; sie schwanken zwischen 5 und 7 bzw. zwischen 9 und 14 M., wobei oft die ärztliche Behandlung nicht einbezogen ist. Das Mistrauen der ärztlichen Kreise gegen unsern Antrag ist unberechtigt; in der Tagespresse haben wir desto größere Sympathien gefunden. Zurzeit ist eine große Anzahl Betten frei; es wird möglich sein, beim Virchowkrankenhaus einige Pavillons für Kranke zweiter und erster Klasse einzurichten, desgleichen in Roabit und am Urban. Für die städtischen Irrenanstalten haben wir auch bereits 25 Millionen ausgegeben, und 5 1/2 Millionen müssen jährlich aus allgemeinen Mitteln für sie aufgebracht werden. Bei der vierten Irrenanstalt Dux lassen sich leicht die gewünschten Einrichtungen treffen, da die Anstalt noch im Bau begriffen ist. Auch die neue Charité nimmt Kranke gegen 10 M. tägliche Vergütung auf. Ich bitte um wohlwollende Behandlung unseres Wunsches in einem Ausschuss.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Wir haben für den Antrag nur ein glattes „Nein“ übrig. (Lärme.) Der Antragsteller geht davon aus, daß in unseren Krankenhäusern, insbesondere in letzter Zeit, von einer Ueberfüllung nicht die Rede sein kann. Durch die logikmässigen und freundschaftlichen Presse ist allerdings eine ähnliche Notiz gegangen; der „Volksanzeiger“ enthält eine Vermerkung, die ihm wahrscheinlich vom Magistratsbüro zugegangen ist, wonach in den Krankenhäusern zurzeit viel Platz sei. Demgegenüber ist amtlich festgestellt, daß im ersten Quartal dieses Jahres

494 Kranke abgewiesen

wurden mußten, darunter 128 Gesichtskranke und außerdem zahlreiche, die in einen Isolierpavillon hineingebört; im zweiten Quartal wurden 216 abgewiesen. Auch der geistige Vater des Antrages, der Kommerzienrat, hat ja anerkannt, daß wir immer noch mit einer Krankenhausnot zu kämpfen haben. Noch in der letzten Woche sind zahlreiche Kranke abgelehnt worden, und im kommenden Winter werden wir, auch wenn keine Epidemie eintritt, mit dem chronischen Krankenhausnotstand weiter zu kämpfen haben. Da gehört doch wirklich ein gewisser Mut dazu, einen Teil der Betten für Kranke erster und zweiter Klasse in Anspruch zu nehmen. Wir haben diesen Mut nicht. Wir befürchten allerdings, daß der Antrag im Kreise des Magistrats sehr großes Wohlwollen gefunden hat, denn sonst wäre das Aufsteigen des Kommerzienrats nicht zu erklären. Der Kollege Kommissar appellierte damals gar an uns mit dem Argument, daß wir doch dafür einzutreten müßten, daß die Angehörigen des Mittelstandes ein Krankenhäuserlager nach ihrem Wunsche beziehen könnten. Wir haben nie verlangt, daß die Angehörigen des Mittelstandes, auch die Gebildeten, sich nicht dort behandeln lassen sollen; aber die Sache liegt anders, die Angehörigen des Mittelstandes wollen eine Extrawohnung geboten haben. Wir halten es für einen bedauerlichen Rückschritt, wenn dieses Klassenproblem in unseren Krankenhäusern eingeführt werden sollte. Wir glauben, der mindest zahlenden Klasse der Bevölkerung würde das Wenige, was jetzt jedem zuteil wird, nachher, wenn erst mehrere Klassen eingeführt sind, auch nicht mehr bewilligt werden. Wir wissen aus dem Munde unserer Patienten, was es heißt, als Kranke dritter Klasse behandelt zu werden. Wenn Ihnen die Sätze zu hoch sind, schaffen Sie kleinere, aber für alle Kranke, nicht nur für die Angehörigen des Mittelstandes; treten Sie mit dafür ein, daß die vielfachen Mängel, die unseren Krankenhäusern noch anhaften, beseitigt werden. Wir glauben, daß bezüglich der Krankenhäuser daselbst gilt wie bezüglich aller öffentlichen Einrichtungen; das allgemeine Verständnis für diese Einrichtungen wird erst dadurch gesteigert, wenn man selbst unter diesen Mängeln zu leiden hat, dann wird es vielleicht besser werden. Aus demselben Gesichtspunkt fordern wir ja die Einheitschule. Es ist ein unverständliches Ruhmesblatt unserer Krankenhäuser, daß es da nur eine Klasse gibt; wir kennen keine Lungenentzündung und keinen Typhus erster und zweiter Klasse. Jeder Kranke hat zu verlangen, daß er so schnell und so gründlich wie möglich gesund gemacht wird. Der Antragsteller meint, wir machten eigentlich jedem Kranken ein bares Geschenk. Ich bin dieser Auffassung stets entgegengetreten; wo kämen wir da mit unserer Sozialpolitik hin? Noch hinter Abdara und Schöppenstedt! Den Krankentassen ist es durch den Magistrat verboten, eigene Krankenhäuser zu errichten; Sie müssen also doch den Krankentassen noch dankbar sein für den Zuschuß, den sie zahlen, sonst würde der städtische Rosenpunkt noch größer sein. Die 60 Proz. Kassennmitglieder bekommen kein Geschenk von der Stadt, sondern nehmen nur in Anspruch, was ihnen von Rechtswegen gebührt. Wenn der Antrag Gesetz werden sollte, dann müssen sehr kostspielige Um- und Neubauten stattfinden. Im Virchowkrankenhaus haben wir Einzelzimmer, darauf kommt es ja hinaus, das verlangen die Herrschaften des Mittelstandes. Diese Einzelzimmer werden aber jetzt schon in Anspruch genommen von solchen Kranken, deren Zustand eine gewisse Isolierung erfordert. Das würde in Zukunft wegfallen müssen. Und diese Patienten des Mittelstandes verlangen für die 6 M. nicht bloß ein Einzelzimmer, sondern auch mehr Komfort, bessere Verpflegung und ärztliche Behandlung. Die Vergütung machen ja heute für diese Patienten besondere Liquidationen; sie machen Gebrauch davon auf Grund eines Beschlusses des letzten Verzeites. Hält man für möglich, daß diese Patienten 7 M. pro Tag zahlen können? Ich halte es für ausgeschlossen. Solche Mittelstandspolitik können wir nicht treiben.

Wird irgend jemand von diesen Herren von einer schweren Krankheit heimgesucht, so bitte ich ihn, in einem unserer städtischen Krankenhäuser sein Krankenlager zu beziehen, dann werden auch die letzten Mängel allmählich noch beseitigt werden, die diesen Häusern noch anhaften. Das Geld für die losspieligen besonderen Anlagen aber würde vergeudet sein. (Beifall bei den Soz.)

Stadtrat Weigert: Die Angelegenheit hat auch den Magistrat beschäftigt. Es ist zur Sprache gekommen, daß in unseren Krankenhäusern nicht wenig Personen Aufnahme finden, für die sie nicht berechnet sind, Personen besserer, gebildeter Stände, Militärs, Beamte, Gelehrte, Kaufleute, die zu dem allgemeinen Satz von 2,50 M. aufzunehmen, keine Veranlassung ist. Während sie einen größeren Beitrag zahlen könnten; und dann würde auf die Notwendigkeit verwiesen, die Krankenhäuser dem sogenannten Mittelstand zu eröffnen, weil die hohen Krankenkosten zum Beispiel in einer Beamtenfamilie das finanzielle Gleichgewicht häufig für immer stört (Zustimmung). Die Zahlung, die zu verlangen ist, müßte nach Meinung des Magistrats, mindestens den Selbstkosten gleichkommen. Noch anfangs der 70er Jahre war in dem ersten großen Krankenhaus Friedrichshain nur ein kleiner Teil für zahlende Kranke reserviert. Das hat sich seitdem sehr geändert; die Zahl der Kassentranten geht heute in einigen Krankenhäusern bis zu 50 Prozent und mehr. Die Preise haben sich in den 35 Jahren auch sehr geändert, die hygienischen und wissenschaftlichen Anforderungen sind anders geworden. Die Frage ist eine brennende, aber auch schwer wiegende, die nicht leichten Sinnes entschieden werden kann. Der Magistrat hat neuerdings wieder beraten, einen Beschluß aber noch nicht gefaßt; er hält die Sache erster Erwägung wert, beruht aber die Schwierigkeiten nicht, die ihr entgegenstehen. Wir werden uns zu fragen haben, ob wir bemittelte Kranke gegen die Selbstkosten aufnehmen sollen unter der Bedingung, sich den gewöhnlichen Einrichtungen zu fügen, oder bemittelte Kranke in Einzelzimmern gegen höhere Sätze aufnehmen. In einem Ausschuss läßt sich diese wichtige und dringende Frage ja weiter erörtern.

Stadtv. Runge (A. L.): Wir stehen dem Antrage sympathisch gegenüber. Kollege Wehl muß doch aus seiner früheren Mitgliedschaft in der Krankenhauskommission wissen, daß wirklich schwer Kranke nicht abgewiesen werden; das haben die dirigierenden Ärzte stets erklärt. (Zuruf: „Statistik!“) Gesichtskranke können wir in so großen Maßstäben nicht aufnehmen. (Zuruf: „Schwerkranken!“) Auch wir wollen nicht, daß es Kranke erster und zweiter Klasse gibt; wir wollen den Kranken nur in einem Kreis bringen, wo er sich auch trotz der Krankheit wohl fühlt, wo er sich nicht heruntergedrückt fühlt durch eine ihm nicht angenehme äußere Umgebung.

Stadtv. Prof. Landau (A. L.): Prinzipiell würde ich dem Antrag keinen Widerstand leisten, wenn nachgewiesen werden könnte, daß unsere Krankenhäuser das Gewünschte zu leisten vermögen. Die große Ziffer der Abweisungen lehrt, daß bis heute unsere Krankenhäuser nicht imstande sind, der gegenwärtigen Not abzuhelfen, geschweige denn, eine neue Kubrik aufzunehmen. Trotz der vorgenommenen und beabsichtigten Erweiterungen gewisser Arten von Kranken ist noch keine genügende Abhilfe geschaffen. Würde sich im Ausschuss ergeben, daß wir unsere Krankenhäuser nach der Richtung ummodellieren müssen, daß wir große Räume in kleine verwandeln, dann werden sich auch die Räume finden, in welche Verfertigte hineinkommen können, und dann erst werden wir auch die Frage erörtern können, ob wir den Preis differenzieren können oder nicht.

Stadtv. Dr. Nathan (Soz.-fortschritt.) erkennt an, daß es schwer sei für einen gebildeten Menschen, im Falle der Erkrankung sich mit einer Umgebung abzufinden, die einer anderen sozialen Schicht entstammt; aber welchen deprimierenden Eindruck mache es andererseits, wenn einem Unbemittelten auch im Krankenhause die Tatsache fühlbar gemacht werde, daß er zeitlich ein armer Teufel sei! (Sehr richtig!) Das demokratische Empfinden unserer Zeit sei so stark entwickelt, daß sich ein Sturm in der Bevölkerung erheben würde (Allgemeines Oh) — Es ist gut, daß Sie jetzt schon widersprechen, Sie würden es später nicht können —, wenn man für die reichen Bauernsöhne beim Militär besondere Stuben einrichtete! Es sei nicht zu erwarten, daß der Freisinn das billigen würde. (Zuruf von den Soz.: Ist ihm doch zuzutrauen!) Dies Vertrauen setze er noch in den Freisinn. Im ganzen spricht er sich gegen diesen Antrag wegen seines plutokratischen Charakters aus.

Stadtv. Dr. Langerhand (A. L.): Die Zahl derer, die die Durchführung des Antrages wünschen, ist recht groß; dazu gehören z. B. auch die Bergnützungsgesellschaften, die hierher kommen und krank werden. Die folgenden Ausführungen des Redners sind auf der Tribüne im Zusammenhang nicht zu verstehen; er scheint der Unklarheit schneller Durchführung der Maßregel unter einigen Vorbehalten das Wort zu reden.

Stadtv. Rosenow (A. L.): Aus den Mitteilungen des Stadtrats ergibt sich, wie schwer die Durchführung der Forderung ist. Wir halten die Sache der Erwägung für wert, stimmen deshalb für Ausschussberatung. Die Zahl der Abweisungen, die wegen Platzmangels von der Zentrale erfolgen, sollte doch authentisch mitgeteilt werden.

Stadtv. Dr. Jabel (Soz.): Der Antrag soll auch auf die Irrenanstalten ausgedehnt werden. In einer Konferenz haben sich die Direktoren der Irrenanstalten zu meiner großen Freude gegen den Vorschlag erklärt. Nach 2000 irre Kranke sind da, die wir nicht in städtische Anstalten aufnehmen können, sondern privaten Anstalten überweisen müssen, und es wäre eine verkehrte Welt, wenn dafür andere Kranke aufgenommen werden dürften. Der Plan der Ausdehnung auf die Irrenanstalten muß also abgelehnt werden; von uns allen wird keiner erleben, daß die Stadt ihren Verpflichtungen voll nachkommen sein wird gegen die, die aufzunehmen sie verpflichtet ist. Noch ein Wort zu dem bösen Punkt der Honorierung der Vergütung. Der Vergütung hat den Vergütung verboten, umsonst ihre Dienste zahlenden Kranken zur Verfügung zu stellen. Prof. Landau hat es als selbstverständlich hingestellt, daß bei solchen Kranken die Vergütung liquidiert, und das Gemurmel in der Versammlung, welches dieser Vermerkung folgte, bewies doch wohl, daß dieser Punkt den Freunden des Antrages recht unangenehm ist. Und er ist auch recht unangenehm. Entweder die Herren dürfen nicht liquidieren, dann haben sie den ganzen Vergütungsgegenstand; oder man gestattet ihnen, zu liquidieren, dann schaffen Sie einen Kassenfonds gegenüber in unseren Krankenhäusern, einen Interessengegenstand, der über kurz oder lang zu einem Konflikt führen muß. Diese Erwägung sollte Sie von vornherein veranlassen, den Antrag abzulehnen.

Betrügerei und Schiebung.

Wegen Betruges und strafbarem Eigennutz stand gestern der Kaufmann Ernst Wessel vor der zehnten Strafkammer des Landgerichts I. Der schon wegen Betruges und Heberelei erheblich vorbestrafte Angeklagte kaufte, nachdem er kurz vorher aus dem Gefängnis entlassen war, von einem Arbeiter Wöhler das von diesem in der Hermsdorfer Straße 9 betriebene Kolonialwarengeschäft für den Preis von 225 M., worauf er nur 100 M. anzahlte, den Rest aber, der später nicht einzutreiben war, schuldig blieb. Er ließ sich dann Postkarten drucken, die auf der Vorderseite den Ausdrück trugen: „E. Wessel, Berlin N., Hermsdorfer Straße 9, Kolonialwaren, Butter, und Fleischwaren, Spirituosen, und Weinhandlung, Fabrikation von Eier-Rognat.“ Auf einer solchen Karte forderte er einen Futterhändler G. in Ostpreußen zur Lieferung von Futter auf und stellte ihm in Aussicht, daß er „bei Zufriedenstellung größerer Abnehmer sein würde“. Es kam dann auch eine Geschäftsverbindung zustande. Der Angeklagte bezeichnete auf seiner Karte das Geschäft Hermsdorfer Straße 9 als „Hauptgeschäft“, sich selbst aber als „Vertreter auswärtiger Häuser“ und rief dadurch den Anschein hervor, daß der Lieferant es mit einem größeren, leistungs-fähigen und kreditwürdigen Hause zu tun habe. Es wurden zu-nächst täglich zwei Kollis und dann wöchentlich ein Zentner Futter geliefert und wöchentliche Zahlung verabredet. Als die erste Zahlung nicht ineingehalten wurde, beauftragte Herr G. seinen in Berlin wohnenden Bruder, sich nach der Bonität des Geschäftes Hermsdorfer Straße 9 zu erkundigen. Diesem widerfuhr das sonstige Mißgeschick, daß er sich nach einem ganz anderen Geschäft erkundigte und über dieses sehr gute Auskunft erhielt, die er dem Bruder in Ostpreußen mitteilte. Daraufhin erfolgten dann noch weitere Futterlieferungen, bis Herr G. von seinem Bruder die Nach-richt erhielt, daß er sich geirrt habe. G. jedierte dann seine Forde-rung in Höhe von 345 M. an den Bruder, dieser klagte sie auch mit Erfolg gegen den Angeklagten ein, die Schuldtitel konnten aber nicht zur Vollstreckung gebracht werden, da der Angeklagte in-zwischen dafür gesorgt hatte, daß sein Geschäft durch „Kauf“ in den Besitz eines Bekannten übergegangen war. — Staatsanwalt Jonas hielt beratende Beschlüsse gegen kaufmännische Treu und Glauben für äußerst strafwürdig und beantragte mit Rücksicht auf die Vorstrafen des Angeklagten ein Jahr und drei Monate Zuchthaus und 300 M. Geldstrafe. Das Gericht verurteilte den An-geklagten zu neun Monaten Gefängnis unter Anrechnung von drei Wochen Untersuchungshaft.

Das Hausrecht der Versammlungsveranstalter.

Einem neuen Hereinfall erlebten der Fabrikdirektor Rufel und vier kaufmännische und technische Angestellte der Aktien-Spinnerei Oelenau im Erzgebirge, die wegen gemeinschaftlichen Hausfriedens-bruchs vom Schöffengericht Ehrenfriedersdorf zu je acht Tagen Gefängnis — das ist die Mindeststrafe — verurteilt wurden. Sie waren ohne Recht in eine für die Arbeiterschaft der Firma ein-berufene Fabrikbesprechung gekommen und hatten der Aufforderung des Veranstalters, des Geschäftsführers des Legilarbeiterverbandes, Genossen Wolfram, das Lokal zu verlassen, nicht Folge geleistet, auch dann nicht, nachdem sie auf den Hausfriedensbruch-Paragrafen aufmerksam gemacht worden waren. B. Kellie Strafantrag gegen die neugierigen Herren. Das Resultat war das oben mitgeteilte Urteil.

Das Landgericht Chemnitz als Berufungskammer verwarf die gegen das Urteil eingelegte Berufung. Bei der Urteilsverfändigung behauerte es, daß es nach dem Gesetz nicht in der Lage war, auf Geldstrafe zu erkennen, da der Fall außerordentlich milde gelegen habe. — Wenn Arbeiter wegen noch milder liegender Fälle verurteilt wurden, hat man von solchem Bedauern noch nichts gehört.

Unanwendbare Polizeiverordnung.

Eine Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten zu Marienwerder bedroht die Hebeammen mit Strafe, welche die Vorschriften des Hebeammenlehrbuchs und der ihm beigegebenen Instruktion nicht beachten. Dagegen sollte sich die Hebeamme Bahl in Königsberg verhalten haben, indem sie beim Fehlen wesentlicher Teile der Nachgeburt zu einer Entbindung den Arzt nicht hinzuzog. Das Kammergericht als Revisionsinstanz sprach jedoch in Uebereinstimmung mit älteren Urteilen die Angeklagte dieser Tage frei. Die Polizeiverordnung sei nicht anwendbar, weil sie lediglich auf das Hebeammenlehrbuch und die Instruktion verweist. Solcher Hin-weis auf ein Buch, das im Buchhandel erschienen sei, genügt nicht. Sollte das Lehrbuch und die Instruktion zu einem Teil der Polizei-verordnung werden, dann hätte es in gleicher Weise publiziert werden müssen. Da dies nicht geschehen sei, so wäre die fragliche Polizeiverordnung ungültig.

Ordnungshüthen.

I. In Reusbad, Oberhessen, hatte sich der Stadtfeuer-sekretär Sperling vor der Strafkammer zu verantworten, weil er sich der Urkundenfälschung, Untreue und Unterschlagung von 15 000 Mark schuldig gemacht hatte. Er erhielt zwei Jahre Gefängnis. Sperling war eine besonders eifrige Ordnungshüthe und spielte in allen patriotischen und Klubbvereinen eine große Rolle. Be-sonders die Schützengilde wird ihn noch lange im Gedächtnis be-halten; denn diese ist von seinen Betrügereien am stärksten be-

troffen. Die Untersuchung hat 1 1/2 Jahre gedauert. Sperling ist übrigens auch guter Katholik und Gesellenvereiner.

2. Vor der Bentheimer Strafkammer stand der 66 Jahre alte Rechnungsrat Deutschel, der als Vertreter des Zentralbureaus der Hattowitzer Eisenbahndirektion 6806 M. unterschlagen hatte. Das Urteil lautete auf acht Monate Gefängnis unter Anrechnung von sieben Monaten Untersuchungshaft.

3. Der Schuhmachermeister Hofmeister in Gramschütz wurde von der Glogauer Strafkammer zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt, weil er sich an seiner neun-jährigen Tochter mehrere Male unzüchtig vergangen hat. Der Wüstling ist bereits mit fünf Jahren Zuchthaus vorbestraft.

Gastpflicht der Eisenbahn für einen Unfall beim Verlassen eines haltenden Zuges.

Der Kaufmann A. von Köln war auf dem Westbahnhofe zu Köln beim Absteigen von der Plattform eines der älteren Bauart angehörigen Wagens dritter Klasse auf dem Bahnsteig zu Fall ge-kommen und hatte sich dabei eine Verletzung am Arme und einen Schlüsselbeinbruch zugezogen. Er hatte infolge dessen mit Erfolg Schadensersatzansprüche bestehend in einer jährlichen Rente von 1000 Mark gegen den Eisenbahnklub geltend gemacht.

Das Landgericht Köln hatte erst die Klage abgewiesen, dem-gegenüber aber das Oberlandesgericht Köln den Anspruch des Klägers dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt.

Gegen das Urteil des Oberlandesgerichts hatte der beklagte Eisenbahnklub Revision beim Reichsgericht eingelegt. Der siebenste Zivilsenat des höchsten Gerichts bestätigte daraufhin das Urteil des Oberlandesgerichts. Es liegen die Entscheidungsgründe dar, daß das Berufungsgericht ohne Rechtsirrtum einen Vertriebs-unfall gemäß § 1 des Haftpflichtgesetzes angenommen habe. Was die Benutzung der Wagen alter Konstruktion betreffe, so könne daraus freilich dem Pächter kein Vorwurf gemacht werden. Denn aus der Beweisaufnahme erhele nichts weiter, als daß ein Heuge von der Treppe eines Wagens, seines Erinnerns älterer Bauart, einmal herabgerückt sei, ohne sich zu verletzen, und daß ein anderer Heuge beim Verlassen des Wagens seine Jagdgeräte auf die Platt-form niedergelegt habe und rückwärts abgestiegen sei. Angesichts der Tatsache, daß aber viele Tausende von Reisenden aussteigen, ohne Schaden zu nehmen, reichen diese Ausführungen nicht aus, um eine Kennzeichnung der Wagen als verkehrsfähig zu rech-tfertigen. Dagegen sei ein Mitschulden des Klägers zu dem Betriebsunfall mit Recht verneint worden. Was das Aussteigen des Klägers nach vorwärts betreffe, so könne ihm dieses nicht als Verschulden angerechnet werden weil das Absteigen nach vorwärts allgemein üblich sei. Es könne höchsten Sache der persönlichen An-lage sein, ob sich ein Absteigen bei dem Klager ein Verschulden nicht angenommen werden, wenn er ohne Gepäck von der Plattform eines Eisenbahnwagens nach vorwärts abgestiegen sei.

Aus der Frauenbewegung.

Für die Gleichberechtigung der Frauen.

Die Jahresversammlung der b a d i s c h e n A n w a l t s k a m m e r legte einen Antrag des Vorstandes ab, welcher eine Subvention von 100 M. für den Verein der badischen Anwältsgehilfen zwecks Unterstützung hilfsbedürftiger Mitglieder verlangte. Interessant ist die Begründung dieser Ausdeutung. Es wird dem Verein zum Vorwurf gemacht, daß er weibliche Gehilfen grundsätzlich nicht aufnimmt. — Vielleicht erklären sich die Anwälte bereit, durch Er-höhung des in Aussicht gestellten Beitrages ihrem Wunsche größeren Nachdruck zu verleihen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Dienstag, den 1. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandanten-straße 72. Vortrag: Die Vorläufer des modernen Sozialismus und die Frauen. Gäste willkommen.

Lesende.

Steglich. Wegen öffentlicher Versammlung nächster Lesabend am 30. November bei Wahrensdorf, Schloßstr. 117.

Eingegangene Druckschriften.

Wissenschaft und Bildung. Bd. 2. Praktische Erziehung. Von Dr. A. Vahl. — Bd. 33. Das klassische Weimar. Von J. Uenhardt. — Bd. 34. Nationalistische Geistes der Erde und ihre Erscheinungen. Von Prof. Dr. J. Haas. — Bd. 56. Der Mittelstand und seine wirtschaftliche Lage. Von Emil Dr. J. Bernick. Einzelband geb. 1 M., geb. 1,25 M. Verlag: Knecht u. Neuber in Leipzig. — Maximal Geiger-Geschichten. Novellen und Skizzen von Paul Steining. Brosch. 3,50 M., geb. 4,50 M. Verlag: Chr. F. Vieweg in Groß-Hertersdorf, Ringstr. 47a. Schädlinge Verteilung und die Anschuldgungsschrift der preussischen Regierung. 180 M. Buchverlag der „Dile“, Berlin-Schöneberg. Verordnungen eines amerikanischen Kontinentals. Von G. Lombard. 137 Seiten. Verlag: C. Wigand, Leipzig-Deulin. Heinrich Altenslein: Der schwarze Kavaller — Olympia. Zwei Dramen. Verlag von Eugen Fleischel u. Co., Berlin W. Preis 3 M. Kunst und Künstler. Zeit 2. Monatsheft für bildende Kunst und Kunstgeschichte. Einzelheft 2,50 M. Verlag: R. Gollner, Berlin W. Winter in Bohren. Von Dr. A. Dehauer. 2 B. Verlag: Verein zur Förderung des Fremdenverkehrs in München.

Stadtb. Cassel (H. L.): Reiner von und will, daß durch Aus-führung des Gedanken des Antrags es für die übrigen Kranken an Raum gebrechen soll. In bezug auf irre Kranke ist der Antrag nicht so dringlich. Aber deshalb können wir sehr wohl den anderen Kategorien zu Hilfe kommen, die ja übrigens eine Wohlthat von der Stadt nicht verlangen, sondern die Selbstkosten zu erlegen bereit sind. Die Regelung der Honorarfrage wird noch genau Prüfung erfordern.

Stadtb. Dr. Weyl (Soz.): Die Leerung des Krankenhauses in der Gütlichstraße soll allerdings erfolgen, aber deshalb, weil es für Kranke überhaupt ganz ungeeignet ist. Schon gegenwärtig be-trägt der Durchschnittspreis der städtischen Aufwendungen 6 M., nach Durchführung der verlangten Verbesserungen steigt der Satz auf mindestens 7 M. Den können große Klassen von Angehörigen des Mittelstandes nicht aufbringen. (Widerpruch.) Herr Cassel übertrifft auch, daß unsere Bevölkerung jährlich um 50 000 Seelen wächst. Die von mir gegebenen Zahlen betreffen tatsächlich Schwerkranke.

Stadtb. Dr. Nathan tritt den Ausführungen des Stadtverord-neten Cassel entgegen.

Der Antrag wird einem Ausschuss von 15 Mitgliedern über-wiesen.

Die Schulbaracken in der Bremer Straße, die so-lange für das Friedrichswerdersche Gymnasium benutzt wurden, sollen der Pflichtfortbildungsschule des Bezirks über-wiesen werden.

Stadtb. Bergmann (Soz.): Ich habe nicht die Absicht, gegen die Vorlage zu sprechen, da wir für die dortige Fortbildungsschule ab-solut Räume gebrauchen. Wir geben aber unsere Zustimmung zu der Vorlage nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß auch diese Schulbaracken nur ein Notbehelf sind, daß wir sie nur der Not gehorchend und nicht etwa als dauernde Einrichtung in Be-wahrung nehmen wollen.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

Für die durch das Grubenunglück auf Zeche Radbod betroffenen Bergmannsfamilien will der Magistrat 10 000 M. bewilligen, um die erste dringende Not lindern zu helfen.

Vorsteher Mischelet: Das entsetzliche Unglück auf der Grube Radbod hat nach der Zeit stattgefunden, wo wir zum letzten Male hier tagten. Wir haben deshalb heute erst Gelegenheit nehmen können, unserer Teilnahme an dem Schicksal der Opfer der Kata-strophe und an dem Schicksal der Hinterbliebenen Ausdruck zu geben. Wenn wir diesen Unglücklichen unsere herzlichste und innigste Teilnahme aussprechen, so sollten wir es doch nicht dabei bewenden lassen. Bei der Größe des Unglücks sollten wir auch unserer Meinung dahin Ausdruck geben, daß bei dieser Gelegenheit auch auf ernste Untersuchung der Veranlassung des Unglücks ge-dungen wird und, wenn möglich, gesetzliche Maßnahmen getroffen werden, um der Wiederkehr solchen Unglücks vorzubeugen oder doch dessen Folgen soweit als möglich zu mildern. Der Herr Staats-minister hat ja bereits in der Volksvertretung ein dahingehendes Versprechen abgegeben. Wir können wohl vertrauen, daß er es auch einlösen wird. (Beifall.)

Stadtb. Singer (Soz.): Ich hatte nicht die Absicht, das entsetz-liche Unglück selbst hier zum Gegenstand einer Diskussion zu machen. Nachdem aber der Vorsteher der allgemeinen Trauer Aus-druck gegeben und hinzugefügt hat, daß durch die Erklärungen des preussischen Ministers die Juvendität gegeben sei, es werde alles geschehen, um derartige Vorkommnisse von nun an unmöglich zu machen, muß ich aussprechen, daß ich dieses Vertrauen nach den bisherigen Verhandlungen durchaus nicht haben kann. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß, wenn nicht die Parlamente, Abgeordnetenhaus und Reichstag, mit allem Nachdruck nicht nur das Vertrauen besserer Untersuchung, sondern auch gesetzlicher Vorbeugungsmaßnahmen zum Ausdruck bringen, sich solche Unglücksfälle, die nicht nur als Elementar-ereignisse, sondern als solche anzufragen sind, die sehr gut vermieden werden konnten, sich wiederholen werden. Nach den vor-liegenden Erfahrungen kann ich nicht zugeben, daß von diesem Saale aus einem Minister ein Vertrauensvotum gegeben wird, der wie die Regierung infolge einer ungeheuren Menge von Unterschlagungsünden auf diesem Gebiet alles andere, nur kein Vertrauensvotum verdient! Meine Freunde haben die Vorlage mit tiefem Bedauern entgegengenommen, sie aber doch begrüßt. Vor allem hat es einen sympathischen Eindruck gemacht, daß der Berliner Magistrat der erste war unter den Städten, der durch einen solchen Beschluß die allgemeine tatkraftige Teilnahme zum Ausdruck brachte. Zu unserer Freude konnten wir konstatieren, daß der Magistrat auch schnell arbeiten kann (Sehr gut!); während das Unglück am 10. November passierte, hat der Magistrat bereits am 13. seinen Beschluß gefaßt. Wir stimmen gern für die Vorlage und hoffen, daß im Magistrat auch in anderen wichtigen Angelegenheiten stets im ähnlichen Tempo gearbeitet werden möge. (Beifall.)

Überbürgermeister Kiefner teilt mit, daß bereits zwei Dank-schreiben aus Hamm eingegangen sind; er verliest die in warmen Worten gehaltene Juchfrist des Oberbürgermeisters von Hamm.

Stadtb. Goldschmidt (H. L.) spricht ebenfalls mit bedauernden Worten für die Opfer in Radbod seine Zustimmung zu der Vorlage aus und fügt hinzu, er müsse dem Stadtb. Singer darin bei-pflichten, daß von dem preussischen Minister zur Abweh-rung solcher Katastrophen nicht viel zu erhoffen sei, weil dieser viel zu sehr unter dem Einfluß der Berg-herrenkreise stehe, die doch in letzter Linie dafür ver-antwortlich zu machen seien.

Die Spende wird einstimmig beschlossen.

Schluß 3/8 Uhr.

Theater. Freitag, 27. November. Anfang 7 1/2 Uhr. Königlich Preussisches Opernhaus. Carmen. Königlich Schauspielhaus. Auf Schloß. Die Revolution in Kriminell. Kammerstücke. Der Krug am Scheidewege. Anfang 8 Uhr. Neues Schauspielhaus. Faust. I. Teil. Romische Oper. Josa. Freitag, 28. November. Anfang 8 Uhr. Neues Operntheater. G. G. Berliner. Der Wellenfresser. Neues Baccarat. Neues Moral. Neues Kammerstück um Amelle. Neues Hohen Spiel. Schiller (Kammertheater). Der schwarze Kavaller. Schiller Charlottenburg. Der Familienrat. Friedrich-Wilhelmstäd. Schau-spielhaus. Freitag, den 27. November. Anfang 8 Uhr. Neues Operntheater. G. G. Berliner. Der Wellenfresser. Neues Baccarat. Neues Moral. Neues Kammerstück um Amelle. Neues Hohen Spiel. Schiller (Kammertheater). Der schwarze Kavaller. Schiller Charlottenburg. Der Familienrat. Friedrich-Wilhelmstäd. Schau-spielhaus. Freitag, den 27. November. Anfang 8 Uhr. Neues Operntheater. G. G. Berliner. Der Wellenfresser. Neues Baccarat. Neues Moral. Neues Kammerstück um Amelle. Neues Hohen Spiel. Schiller (Kammertheater). Der schwarze Kavaller. Schiller Charlottenburg. Der Familienrat. Friedrich-Wilhelmstäd. Schau-spielhaus.

Neues Operntheater. Die Dollarprinzessin. Berliner Operntheater SW. Anfang 8 1/2 Uhr. Gaiety-Theater. Demimonde. Anfang 8 1/2 Uhr. Bürgerl. Schauspielhaus. Minna von Barnhelm. Anfang 8 1/2 Uhr. Gebrüder Hermann. Die beiden Händel. Vorher: Intern. Künstler-Teil. Parodie. Die Zauberkiste. 2x3=7. Berlin Heil. Kopf. Anf. 8 1/2 Uhr. Apollo. Eine lustige Spreewald-fahrt. Spezialitäten. Metropole. Donnerwetter — tadellos. Wintergarten. Spezialitäten. Foyage. Spezialitäten. Casino. Die Diamant. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Polka. Spezialitäten. Golic-Gabriel. Die Draufgänger. Die lästige Witwe. Sinfon. Bedens. Glatte Symp. athen. Spezialitäten. Carl Oberland. Spezialitäten. Maria. Tanztruppe 48/49. Abends 8 Uhr: Jerusalem. Sternwarte. Anhaltstr. 67/68. Neues Operntheater. G. G. Berliner. Der Wellenfresser. Neues Baccarat. Neues Moral. Neues Kammerstück um Amelle. Neues Hohen Spiel. Schiller (Kammertheater). Der schwarze Kavaller. Schiller Charlottenburg. Der Familienrat. Friedrich-Wilhelmstäd. Schau-spielhaus. Freitag, den 27. November. Anfang 8 Uhr. Neues Operntheater. G. G. Berliner. Der Wellenfresser. Neues Baccarat. Neues Moral. Neues Kammerstück um Amelle. Neues Hohen Spiel. Schiller (Kammertheater). Der schwarze Kavaller. Schiller Charlottenburg. Der Familienrat. Friedrich-Wilhelmstäd. Schau-spielhaus.

Kleines Theater. Anfang 8 Uhr. Moral. Comedien: Moral. Berliner Theater. Abends 8 Uhr: Der Veilchenfresser. Morgen: Harodas und Marianne. Friedrich-Wilhelmstädtsches Schauspielhaus. Freitag, den 27. Nov., Anf. 8 Uhr: Irmingard. Drama in 4 Akten v. Herbert v. Berger. Sonnabend nachm. 4 Uhr: Max und Moritz. 8 Uhr: Irmingard. Hebbel-Theater. Königsplatz Str. 57/58. Anf. 8 Uhr. Hohes Spiel. Neues Operntheater. Schiffbauerdamm 25. a. d. Lullensstr. Abends 8 Uhr: Die Dollarprinzessin. Operette in 3 Akten von Leo Fall. DERNARD ROSE THEATER. Gr. Frankfurter Str. 132. Abends 8 1/2 Uhr: Wohlthat der Menschheit. Schauspiel in 3 Akten v. F. Willipl. 2. Wochentagspreis.

Schiller-Theater. O. (Wallner-Theater.) Freitag, abends 8 Uhr: Der schwarze Kavaller. Ein deutsches Spiel in 3 Akten von Heinrich Altenslein. Sonnabend, abends 8 Uhr: Der schwarze Kavaller. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der rote Leutnant. Sonntag, abends 8 Uhr: Der Familientag. Residenz-Theater. — Direction: Richard Alexander. — Abends 8 Uhr: „Kümmere Dich um Amelle.“ Schwank in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau. Sonntag, 29. Nov., nachm. 3 Uhr: Gaden Sie nichts zu vergessen? Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Madame Flirt. Bürgerliches Schauspielhaus. Kottbuser-Platz 7-9. Zum erstmalig: Minna von Barnhelm. Lustspiel in 3 Akten von Lessing. Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntag nachm. 3 Uhr 3. ersten-mal: Der Glückner von Notre-Dame. Abends 8 Uhr: Ausgewiesen.

Schiller-Theater Charlottenburg. Freitag, abends 8 Uhr: Der Familientag. Lustspiel in 3 Akten v. Gustav Radcliff. Sonnabend, nachm. 3 Uhr: Die Jungfrau v. Orleans. Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Zwillingsschwester. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Götze von Berlichingen. Sonntag, abends 8 Uhr: Der schwarze Kavaller. Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 9 Uhr: Jerusalem. Metropol-Theater. Täglich 8 Uhr: Donnerwetter — tadellos! Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz. Sonntag, 29. November, nachm. 3 Uhr: Durchlaucht Radieschen. Gastspiel-Theater. Köpenicker Straße 68. 8 1/2 Uhr: Gastspiel Hedwig Langs. Demimonde. Morgen: Demimonde. Sonntag 3 1/2 Uhr: Ein toller Einfall.

Luisen-Theater. Premiere: Villa Benkendorf. Sonnabend 4 Uhr: Gr. Kinderwerk. Die Königstüber. Abends: Die Ehe. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Aus-gestiegen. Abends: Die Ehe. Montag: Stolz der Stadt. Rixdorfer Theater. Bergstraße 147. Freitag, den 27. November 1908: 3. Gastspiel des Neuen Berliner Operntheaters: Die Dollarprinzessin. Operette in 3 Akten von Leo Fall. Anfang 8 Uhr. Sonntag, 29. November: Wallen-reind Tod. Anfang 7 1/2 Uhr. W. Noacks Theater. Direction: Rob. Dill. Oranienstr. 10. Zum letztenmal: Die Hauslerche oder: Die Ehe eines armen Pfäfers. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Sonnabend, 28. Nov. Operette. Premiere: Ein feste Burg ist unser Gott. Berliner Ulk-Trio. Felix Sobocor. Stralauerstr. 1.

Zur Gewerbegerichtswahl!

Am heutigen Tage findet in Berlin die Wahl der Arbeitgeber-Beisitzer zum Gewerbegericht in den Stunden von 3 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends statt.

Zum ersten Male wird für diese Körperschaft nach dem Proportionalwahlssystem gewählt, jede einzelne Stimme fällt dabei ins Gewicht und darf kein Parteigenosse, welcher in die Liste eingetragen ist, der Wahl fernbleiben. Die Wahl ist eine geheime. Als Legitimation dient vor allem die vom Magistrat erhaltene Karte, mangels derselben Militärpapiere oder Steuerquittung. Wir erwarten, daß alle Genossen, denen es die Zeit erlaubt, sich in den angegebenen Parteibureaus den Wahlzetteln von 1/2 3 Uhr nachmittags an zur Verfügung stellen und gewohnte Wahlhilfe leisten, namentlich ergeht dieser Ruf speziell an alle Parteimitglieder, welche sich wirtschaftlicher Selbstständigkeit erfreuen.

Die Wahllokale resp. Parteibureaus befinden sich an folgenden Stellen:

Bezirk	Wahllokal	Parteibureau
1:	Turnhalle Gemeindefchule, Garnisonkirche 2,	Boß, Klosterstr. 101.
2:	Wiederwallstr. 6/7,	Grinn, Spreckl. 8.
3:	Wilhelmstr. 117,	Wittelsstr. 117.
4:	Genthiner Str. 4,	Dräha, Kurfürstenstr. 26.
5:	Steinmeyerstr. 79,	Hein, Zeltower Str. 35.
6:	Tempelhofer Ufer 20,	Thiede, Hagelberger Str. 23.
7:	Hagelberger Str. 34,	Rädiger, Wilmstr. 4.
8:	Wilmstr. 10,	Frische, Wartheplatz 5.
9:	Bergmannstr. 28/29,	Reim, Urbanstr. 29.
10:	Dieffenbachstr. 60/61,	Voigt, Rannstr. 67.
11:	Realschule, Mariannenstr. 48,	Partenfuß, Reichenberger Str. 47.
12:	Gemeindefchule, Reichenberger Str. 44/45,	Wassler, Laufziger Platz 1.
13:	Baldemarstr. 77,	Hoffmann, Oppelner Str. 47.
14:	Köpenicker Str. 2,	Schulze, Forster Str. 17.
15:	Forster Str. 15,	Buchholz, Alexandrinerstr. 114.
16:	Wasserlocherstr. 31,	Witte, Dresdenstr. 105.
17:	Victoria-Schule, Prinzenstr. 51,	Rubaszewski, Stallschreiberstr. 55.
18:	Gemeindefchule, Stallschreiberstr. 54,	Moschinsky, Michaelstr. 19.
19:	Schmidstr. 38,	Welfisch, Markstr. 47.
20:	Markstr. 49,	Richt, Köpenicker Str. 13.
21:	Köpenicker Str. 84,	Blasing, Balladenstr. 23.
22:	Strandberger Str. 9,	Jahn, Müderdorfer Str. 11.
23:	Müderdorfer Str. 4/5,	Greive, Romintener Str. 2.
24:	Remeler Str. 24/25,	Wittschus, Petersburger Str. 4a.
25:	Petersburger Str. 4,	Beyerhördt, Göttinger Str. 9.
26:	Ostboerstr. 19,	Reber, Georgenkirchstr. 67.
27:	Georgenkirchstr. 2,	Sengespeil, Reibestr. 39.
28:	Reibestr. 31/32,	Wirth, Auguststr. 51.
29:	Gipsstr. 29a,	Schwend, Chariner Str. 7.
30:	Köpenicker Str. 12,	Radwilk, Rheinsberger Str. 66.
31:	Realschule, Choriner Str. 74,	Roskat, Schönhauser Allee 21.
32:	Gemeindefchule, Ruppiner Str. 48,	Goese, Senefelderstr. 3.
33:	Schönhauser Allee 106a,	Meißner, Buchholzer Str. 5.
34:	Senefelderstr. 6/7,	Hoffmann, Swinemünder Str. 47.
35:	Greifenbagerstr. 78/82,	Korff, Elisabethkirchstr. 18.
36:	Futbuler Str. 23,	Seeliger, Watzstr. 17.
37:	Elisabethkirchstr. 19/20,	Wagner, Kesselstr. 42.
38:	Watzstr. 18,	Raczorowski, Havelstr. 6.
39:	Kesselstr. 3/4,	Baschen, Chariststr. 3/4.
40:	Havelstr. 12,	Cäsar, Alt-Moabit 23.
41:	Albrechtstr. 20,	Nichter, Wicelstr. 24.
42:	Alt-Moabit 23,	Schulz, Bremer Str. 62.
43:	Siemensstr. 20,	Mottner, Müllerstr. 162a.
44:	Bremer Str. 13/17,	Bühner, Müllerstr. 130.
45:	Stephanstr. 3,	Stripp, Prinzen-Allee 17.
46:	Müllerstr. 159/160,	
47:	48,	
48:	Prinzen-Allee 8,	

Welche Straßenzüge zu jedem Bezirk gehören, ist aus dem Wahltableau zu ersehen, das gestern dem „Vorwärts“ beilag. — Für Arbeitgeber- und Arbeitnehmerwahlen (letztere finden am Sonntag statt) sind die gleichen Lokale bestimmt.

Die Liste der freien Arbeitgeber trägt die Bezeichnung

Liste II.

Sie beginnt mit dem Namen Oskar Jensch und schließt mit Leonhard Zucht und ist durch den Magistrat veröffentlicht. Stimmzettel werden auch noch vor den Wahllokalen verteilt!

Parteigenossen! Wir appellieren an Euren gewohnten Eifer, an die Opferwilligkeit und das Pflichtgefühl, das die Sozialdemokraten Berlins stets betätigt haben. An die Arbeit, auf zur Wahl, zur Wahlhilfe, zum Kampf, zum Sieg. Soziale Ideen und Prinzipien sollen auch Richtschnur für das Berliner Gewerbegericht werden.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend Der Zentralvorstand.

Der schlafende Herr Erkelenz und sein Organ, die „Volkszeitung“.

Ein Führer der Hirsch-Dunderschen, Herr Erkelenz, steht sich veranlagt, in der gestrigen „Volkszeitung“ auf die den Gewerbetreibenden auf ihr Flugblatt gewordene Absicht zu erwidern. In der Einleitung seines mit der Überschrift „Der schlafende Gewerbetreibende“ versehenen Artikels weist er darauf hin, daß in Düsseldorf ein Beisitzer der freien Gewerkschaften während der Gerichtsitzung eingeschlafen sei, um daraufhin 210 Berliner Arbeitgeber der Schlafsucht bezichtigt zu werden. Dieser Hinweis auf den schlafenden Düsseldorf-Gewerbetreibenden hat zwar mit der Tätigkeit der Berliner Gewerbegerichtsbeisitzer nicht das mindeste zu tun, aber er ist kennzeichnend für die Kampfweise der Hirsch-Dunderschen, insbesondere ihres Führers Erkelenz. Es ist tatsächlich in Düsseldorf einmal ein solcher Fall vorgekommen, und zwar vor 10 Jahren. Damals nahm ein Arbeitgeber an der Sitzung des Gewerbegerichts teil, der einen Tag und eine Nacht vorher hatte ununterbrochen arbeiten müssen. Dieser so abgemattete Mann war infolge der über 24 Stunden währenden Arbeitszeit so ermüdet, daß er tatsächlich einschlieft. Das ist damals und auch später wiederholt in der Presse festgeschrieben worden, auch Herr Erkelenz weiß das. Das sieht aber den angeblichen Arbeiterführer nicht an, öffentlich davon Gebrauch zu machen. Es ist eine unglückliche Kampfweise, einen derartigen Vorfall nach 10 Jahren auszuschnüffeln und einem Arbeiter, der eine mehr als 24stündige Arbeitszeit hinter sich hat, den Vorwurf der Pflichtvernachlässigung zu machen, wenn er in einem solchen Falle sich von der Müdigkeit überwältigen läßt.

Und ein solcher Vorwurf liegt in dem Hinweis des Herrn Erkelenz. Das Verfahren des Herrn Erkelenz ist um so unerhörter, wenn man weiß, daß der so übermüdete Arbeiter dem Vorsitzenden des Gerichts vor der Sitzung mitgeteilt hatte, er sei nicht in der Lage, an dem betreffenden Tage der Sitzung beizuwohnen, daß ihm aber seine erbetene Dispensierung nicht gestattet werden konnte. Wenn jemand den Vorwurf verdient, wirklich geschlafen zu haben, so Herr Erkelenz, wenn er in der gestrigen Nummer der „Volks-Ztg.“ von einem im September 1908 abgeschlossenen Jahresbericht des Gewerbegerichts schreibt: „Der letzte erschienene Jahresbericht des Gewerbegerichts berichtet die Tätigkeit des Jahres 1907 mit dem Titel Etatsjahr 1907 und schließt mit dem 31. März 1908 ab.“

Langsam kommen unsere Gegner dahinter, daß sie sich verhalten haben, denn nun schreiben sie nur noch von einer dreimonatlichen Nahe ihres Antrages.

Wie sieht die Sache in Wahrheit?

Am 18. Februar dieses Jahres wurde der Antrag der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine, betreffend Abänderung des örtlichen Tagelohnes behandelt, und die Arbeitgeber stimmten einstimmig für Annahme des Antrages. Also das Gegenteil von dem, was in dem Flugblatt der Hirsch-Dunderschen gesagt wurde.

Die Arbeitgeber erklärten, nicht dafür stimmen zu können, trotzdem sie die Schutzherren der Hirsch-Dunderschen sind, sondern erst Erhebungen vornehmen zu wollen.

Also von der Behandlung des Antrages bis Jahreschluss des Berichtes sind fünf Wochen verstrichen; wie kann man da von Ver nachlässigung reden!

Wenn wirklich davon geredet werden könnte, wen trafe dann die Schuld? Doch nur die Arbeitgeber, die Schutzpatrone der Hirsche, und niemals die Arbeiterbeisitzer!

Man fragt die „Volkszeitung“ in ihrer Berichtigung: „Warum sagt uns Herr Körten nicht, wann der Antrag erledigt wurde?“ Körten ist doch nicht der Sekretär der Hirsch-Dunderschen, der ihre Arbeiten zu machen hat!

Das Gutachten ist abgegeben, und zwar stimmten die Arbeitgeber wieder einstimmig, wie beim ersten Male, für den Antrag der Hirsch-Dunderschen in seiner Fassung, die Arbeitgeber und der Vorsitzende stimmten für einen um durchschnittlich 40 Pf. geringer festzusetzenden Tagelohn.

Auch die Angabe über die noch ruhenden 7 Anträge ist und bleibt falsch.

Wenn man über solche Dinge schreiben will, muß man doch etwas verstehen. Warum hat man sich denn nicht im Gewerbegericht erkundigt, wie es um die sogenannten ruhenden Anträge steht?

Da hätte man erfahren können, daß die Anträge in der Hauptsache erledigt sind, zwei, von denen einer einer Unterkommission überwiesen ist, noch ihrer Erledigung harren.

Greift man auf das Jahr 1907 zurück, da hatten laut „Volkszeitung“ Bericht die Arbeitgeberbeisitzer allerdings beschlossen, keinen Antrag zur Verhandlung zuzulassen, ehe nicht der Antrag, die Aufrechnung betreffend, debattiert sei. Will man also monieren, so müßten sich diese Monitoren gegen die Arbeitgeberbeisitzer richten.

Aber man scheint selbst im gegnerischen Lager langsam einzusehen, daß es nicht an den Arbeitgeberbeisitzern liegt, wenn nicht alles im Gewerbegericht so ist, wie es sein müßte.

Man sagt zu seiner Entschuldigung, die „Dreslauer Volkszeitung“ hiele stets über die Hirsch-Dunderschen Beisitzer im Gewerbegericht zu Breslau her, wenn ein Urteil gefällt werde, das ihr nicht gefiele, und deshalb müsse man hier daselbe tun.

Wir wissen nicht, ob das wahr ist, sind aber der Meinung, daß die dortigen Arbeitgeberbeisitzer allein nicht für solche Urteile verantwortlich gemacht werden können; denn das liegt, wie schon betont, an der Art der Abstimmung, bei der der Vorsitzende entscheidet. Sollte es sich aber um eine Verletzung der Sozial- und Arbeiterschutzes seitens der Arbeitgeberbeisitzer handeln, so hätte die „Dreslauer Volkszeitung“ nur ihre Pflicht getan. Was bleibt also von der Behauptung übrig? Nichts!

Sagen Sie, Herr Erkelenz, doch selber in der „Volkszeitung“, die Dreslauer Arbeitgeberbeisitzer haben es natürlich ebenso wenig in der Hand wie die Berliner, die Urteile allein nach ihrem Gutdünken zu gestalten. Das gleiche trifft auch auf Berlin zu; auch die hiesigen Beisitzer können die Anträge nicht nach ihrem Gutdünken zur Verhandlung bringen.

Das weiß die Gesellschaft auch. Sie weiß ferner, daß, wenn es ihnen auf Grund des Verhältniswahlsystems gelingt, einige Beisitzer in das Gewerbegericht hineinzubringen, diese den Zustand eher verschlechtern, als verbessern. Aber negieren ist leichter als besser machen. Darum feste drauf los geschrieben; nachher werden wir uns schon herausreden! Das ist ihre Parole! Ist es doch vor der Wahl!

Die Arbeiterschaft Berlins wird diesen Klopffechtern am Sonntag zeigen, wo sie hingehören!

Ins alte Eisen mit Ihrer Harmonie zwischen Kapital und Arbeit!

Das Schiffsunglück bei Malta.

Ueber das bereits in unserer gestrigen Nummer gemeldete Schiffsunglück liegen jetzt genauere Meldungen vor. Danach ist der größte Teil der Passagiere und Mannschaften des in Brand geratenen Dampfers „Sardinia“ umgekommen. Ein Telegramm aus Malta besagt: Um 8 Uhr abends strandete der noch brennende Dampfer „Sardinia“. Wisher sind 27 Leichen geborgen, 53 Ueberlebende wurden ins Krankenhaus gebracht, wo ihnen Schiffs-, Militär- und Zivilärzte und die Gessellschaft Beistand leisten. Das ganze Personal des Maschinenraumes ist umgekommen mit Ausnahme von 5 Heizern, die nicht im Dienste waren. Die Pinassen und Schlepper der britischen Flotte beteiligten sich an der Rettung derjenigen, die ins Meer sprangen. Ganz nahe heranzukommen war infolge der stürmischen See und der niederstürzenden Espieren nicht möglich. Die Araber weigerten sich, über Bord zu springen, obwohl dies die einzige Möglichkeit einer Rettung war. Raphtha war auf dem Schiff nicht verladen.

Eine Meldung aus London besagt: Das Feuer auf der „Sardinia“ brach unter einer großen Rappholadung im vorderen Teil des Schiffes aus, kurz nachdem es den Hafen verlassen hatte. Ungeheure Rauchwolken hüllten den Dampfer vollständig ein. Die Mehrzahl der Passagiere bestand aus maurischen Pilgern. Die bis jetzt aufgefundenen Leichen tragen furchtbare Brandwunden sowie Spuren des entsetzlichen Kampfes, der offenbar infolge der Panik unter den Rouren ausbrach. Die europäischen Passagiere und die Mannschaft benahmen sich mit bewundernswürdiger Festsetgegenwart und verteilten Rettungsgürtel an die vom Schreck überwältigten Passagiere. Kapitän Lazzolo weigerte sich, seinen Posten zu verlassen. Als der Dampfsteuerapparat vom Feuer zertrümmert wurde, ging er zum Handfeuerapparat auf dem Hinterdeck und bemühte sich selbst auf das äußerste, die „Sardinia“ ans Land zu bringen, was ihm schließlich mit Hilfe seiner Offiziere gelang. Die Militärbehörden entsandten schnell Rettungsabteilungen und Ambulanzen; im Hafen liegende Kriegsschiffe halfen nach Kräften beim Rettungswerk. Die Pilger waren in Tanger und Algier an Bord gegangen, um nach Alexandria zu reisen. Die Ursache des Feuerausbruchs ist noch unbekannt; man glaubt an eine Esplosion, da auch Schießpulver beim Rapptha verbrannt war. Das brennende Schiff wurde vom Hafeneingang ferngehalten, da man Gefahr für das dortige Pulvermagazin fürchtete. Vermißt werden 5 europäische Passagiere, 18 Mann von der Besatzung und 100 Araber. Es sind bereits über 50 Leichen geborgen, darunter die des Kapitäns Lazzolo, der das Schiff seit acht Jahren geführt hat.

Szenen beim Untergang der „Sardinia“.

Hierüber wird später aus London berichtet: Als die Rappthalinmassen an Bord des Dampfers explodierten, verfluchten die Araber, die Europäer von den Rettungsbooten zurückzubringen und sich selber in Sicherheit zu bringen. Bei diesem Kampf ums Leben spielten sich schreckliche Szenen ab. Troddem einzigen neun Europäer, einundzwanzig Mann der Besatzung und vierzig Araber dem Tode. Der Kapitän hielt bis zum letzten Augenblicke auf der Kommandobrücke aus und ging mit seinem Schiffe unter. Das Rettungswerk der Rappthaler Passagierschiffen wurde dadurch wesentlich erschwert, daß von dem Dampfer eine außerordentliche Blut ausströmte und die Rettungsmannschaften in die Gefahr des Ertrinkens gerieten.

Partei-Angelegenheiten.

Mit-Glied. Der Wahlverein veranstaltet am morgigen Sonntag, abends 8 Uhr, im Lokal von Knochen, Rudower Str. 53, sein Winterfest. Durch die Mitwirkung von Mitgliedern des Neuen Kontinentalorchester und der Komiker-Ensemblegesellschaft Glöckler ist für Unterhaltung gesorgt. Eintritt 25 Pf. Nach dem Konzert Tanz.

Mittenswalde. Am Sonntag, den 29. November, nachmittags 8 Uhr, findet im Lokal des Herrn Gastwirt B. Kranich eine öffentliche Versammlung statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete Genosse Fritz Zubeil über: „Das persönliche Regime“ referieren wird. Männer und Frauen, erscheint in Massen!
Der Einberufener.

Schenkendorf bei Königs-Wusterhausen. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet Sonnabend, den 28. November, abends 8 Uhr, im Lokal von Otto Paetsch statt. Der Vorstand.

Nieder-Schönhausen. Am Sonntag, den 28. November, abends 8 1/2 Uhr, findet in „Neu-Karlshof“, Beuth-Edle Charlottenstraße, ein Lichtbildervortrag über: „Im Reiche der schwarzen Diamanten“ statt. Eintritt 20 Pf. Nach dem Vortrage großer Ball.
Der Vorstand.

Mühlentafel (Bezirk Nieder-Schönhausen). Sonntag, 29. November, nachmittags 4 Uhr, findet im Gasthof zur Sonne (Inhaber A. Wärsch) die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht der Gemeindevorsteher. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Im Paradies des Gummihüppelmannes.

Ueber das Obdach der Stadt Berlin, das dem Kommando des Stadtrats Fischel unterstellt ist, hat der freimüthige „Bezirksverein im Spandauer Stadtrevier“ sich von Herrn Jäkel, dem Oberinspektor des Obdach, einen Vortrag halten lassen. Die Absicht dieses Vortrages, zu dem der Herr Oberinspektor sich gern bereit erklärt hatte, wurde von vorherhin gekennzeichnet durch die Worte, mit denen er ihn begann. Eine überwältigende Presse, so deklamirte er, und eine gewisse Sorte unserer Mitbürger, die das warme Herz für die Armen gepackt zu haben meinen, nehmen besonders das Obdach immer wieder zum Anlaß, die Stadt anzugreifen. Er nannte das „Berliner Tageblatt“, das im vorigen Winter Heijermans' abfällige Kritik des Obdaches gebracht habe, und die „Welt am Montag“, in der erst ganz kürzlich wieder eine Betrachtung über das Obdach veröffentlicht worden sei. Von dem Verfasser dieses Artikels der „Welt am Montag“ behauptete Herr Jäkel, er sei ein wegen Sittlichkeitsvergehen und Unterschlagung bestraffter Mensch, also wohl nicht geeignet, das Obdach zu kritisieren. Wir kennen den Mann nicht, und auch sonst würden wir es ihm selber überlassen, sich zu wehren. Aber wir glauben, jene Keuschung des Herrn Jäkel erwähnen zu sollen, um zu zeigen, mit welchen Waffen der Herr Oberinspektor des Obdaches kämpft. Er ist in diesem Punkte ein gelehriger Schüler seines Meisters Fischel. Auch am „Vorwärts“, dem meistgelesenen, versuchte er sich zu reiben, indem er schalt, daß der „unseren lieben Stadtrat Fischel“ leghin wieder einen „Gummihüppelmann“ genannt habe. Uns will scheinen, daß hier der Herr Oberinspektor doch wohl ein bißchen über das Ziel hinausgeschossen hat. Wir vermuten, daß sein „lieber“ Stadtrat Fischel den Beinamen „Gummihüppelmann“ nicht als eine Verunglimpfung ansieht, sondern als einen Ehrentitel schätzt. In der Stadtverordnetenversammlung hat er kein Geheimnis daraus gemacht, daß er geradezu stolz ist auf Maßregeln, die dazu dienen, den Obdachlosen den Aufenthalt in dem Obdach der Stadt zu erleichtern.

Aus dem Reiche dieses Gummihüppelmannes erzählte nun der Herr Oberinspektor Jäkel Wunder und Streiche, die bei den laufenden Jahren teils Stammen teils Enttäuschung hervorriefen. Das Stammen galt den Ehrwürdigen des Obdach. Sie wurden von dem Vortragenden als in jeder Beziehung musterhaft und geradezu großartig geschildert, so daß diese Anstalt, dem, der sie noch nie selber gesehen hat, wie ein Paradies erscheinen muß. Enttäuschung aber wurde geteilt durch die Schicksaligkeit der Obdachlosen, von der der Herr Oberinspektor manche Probe zum besten gab. Die meisten, meint er, haben keine Lust zur Arbeit, wollen auf Kosten der Stadt leben, möchten womöglich auch die Mietsunterstützung noch verjübeln, und so weiter. Von den „Brüdern der Landstraße“, die nach Berlin kommen, sagte Herr Jäkel, daß sie hier „in vollen Zügen die Herrlichkeiten des städtischen Obdach genießen.“ In der Abteilung für Familien sei das Essen so gut, daß z. B. ein Dienstmädchen, das hier mal erkundend hatte, später in der Charité einem Arzt erzählt habe, im Obdach schmecke es besser, da gebe es Koteletts, Beefsteaks, zwei Eier pro Tag und so weiter. Solchen Unsinns durfte der Herr Oberinspektor vortragen, ohne ausgelacht zu werden. Er vergaß allerdings, seine Zuhörer darüber zu belehren, daß z. B. im Etatsjahr 1907/08 die Familienabteilung auf volle Beschäftigung von früh bis spät nur 63 Pf. pro Kopf verwendet hat. Kann man dafür Obdachlose mit Koteletts, Beefsteaks, Eiern usw. mästen? In der Abteilung der nur nachts beherbergten Obdachlosen erforderte das Abendbrot samt Frühstück sogar nur 6 1/2 Pf. pro Kopf. Ein billige „Gerechtigkeit“, die da „in vollen Zügen genossen“ wird. Jäkel kündigte an, im bevorstehenden Winter werde der Andrang zu diesem Paradies ganz besonders stark werden, schon jetzt müsse man oft 3000 Personen in einer Nacht beherbergen. Da begreift man's, daß auf immer neue Mittel gesonnen wird, dem Andrang zu wehren. In dieser Absicht wird jetzt für die Gäste des Gummihüppelmannes, besonders für die jüngeren, Arbeitszwang eingeführt. Das ein Fischel für Arbeitszwang schwärmt, ist wirklich originell!

Von der Fortbildungsschulpädagogik.

In den Pflichtfortbildungsschulen sehen die Schüler unter der Volksschuldiziplin, sie dürfen daher von ihren Lehrern nachgefragt werden, wie sechsjährige Schulkinder. Fortbildungsschullehrer, denen die Sechsjährigkeit fehlt, mit ihren vierzehn- bis fünfzehnjährigen Schülern ohne Ohrfeigen und Stockhiebe fertig zu werden, machen denn auch fleißig Gebrauch von dem ihnen eingeräumten Recht, gegen die jungen Leute noch diese „Erziehungsmittel“ anzuwenden.

Bereits früher ist im „Vorwärts“ ausgeführt worden, daß die Prügelpädagogik, wenn sie schon für die Volksschule verwerflich ist, für die Fortbildungsschule geradezu als eine Ungeheuerlichkeit bezeichnet werden muß. Wir sehen uns genötigt, jetzt von neuem auf diese Zustände aufmerksam zu machen, weil uns mitgeteilt wird, daß in einigen der Pflichtfortbildungsschulen Berlins sogar aus ganz geringen Anlässen geprügelt werde. Als Prügel werden uns genannt aus der Fortbildungsschule in der Langen Straße der Lehrer Berneder, aus der Fortbildungsschule in der Petersburger Straße der Lehrer Plant, aus der Fortbildungsschule in der Georgenkirchstraße der Dirigent Schulze. Besonders schlimm scheint es Herr Berneder zu treiben, der schon für „schlechte Schrift“ Ohrfeigen gegeben und einmal für dasfelbe Vergehen sogar Stockhiebe angebracht haben soll. Ueber diesen Herrn wird uns erzählt, geprügelt habe er auch einen Schüler, der im Unterricht vor Müdigkeit eingesinkt zu sein schien.

Die Frage der Prügelpädagogik in Fortbildungsschulen hat gerade jetzt ein neues Interesse gewonnen, nachdem in dem Prozeß gegen den Oberlehrer Faubel vom Sophien-Realgymnasium, dessen Prügelpädagogik den Sekundaner Matthäus zum Selbstmord getrieben hatte, der Staatsanwalt nach das Verbrechen in so vernünftigen Standpunkt eingemengen haben. Der Staatsanwalt führte aus: „Ohrfeigen

gegen Untersekundaner stimmen mit einer vernünftigen Schulzucht nicht überein. Junge Leute, die mit „Sie“ angeredet werden und eine den Erwachsenen entsprechende Behandlung im allgemeinen erfahren, und ferner im Uebergangsstadium sich befinden, wo die Empfindlichkeit besonders fein ausgebildet ist, müssen vom pädagogischen Standpunkt mit großer Vorsicht behandelt werden. Es könnte ja einmal ein Ausnahmefall vorliegen, wo der Lehrer gewissermaßen in der Notwehr zu einer körperlichen Züchtigung übergeht. Hier liegt der Fall aber doch nicht so, sondern es handelt sich um eine Inkompetenz eines Lehrers, wie sie doch in dem Rahmen des Hehligen liegt.“ Und in der Begründung des Urteils, das den angeklagten Lehrer wegen bloßer Ohrfeigen, die keine körperliche Schädigung längerer Dauer zur Folge hatten, der Körperverletzung im Amt schuldig sprach und eine Geldstrafe von 150 M. über ihn verhängte, wurde gesagt: „Er hat wissen müssen, daß ein Sekundaner doch anders zu behandeln ist, wie ein Schüler niedriger Klassen.“

Wenn das alles Geltung hat für Schüler einer Untersekunda, in die man schon mit vierzehn Jahren hineingelangen kann, so ist nicht einzusehen, warum vierzehn- bis fünfzehnjährige Fortbildungsschüler, die gleichfalls mit „Sie“ angeredet werden, nicht dasselbe Urrecht haben sollen, anders als Schüler niedriger Klassen behandelt zu werden und eine den Erwachsenen entsprechende Behandlung zu erfahren. Oder glaubt man, daß bei Fortbildungsschülern das Uebergangsstadium, das ihnen ja gleichfalls nicht erspart bleibt, nicht zu einer besonders feinen Ausbildung der Empfindlichkeit führt und eine besonders vorsichtige Behandlung erfordert? Derselbe Staatsanwalt, dem Ohrfeigen gegen Sekundaner als nicht übereinstimmend mit einer vernünftigen Schulzucht gelten, sagte über die von dem Schüler Matthäus begangene „Unbotmäßigkeit“ gegen seinen Lehrer Faubel, daß sie „doch in dem Rahmen des Hehligen liege“. Ein Fortbildungsschüler sollte gegenüber seinem Lehrer sich mal die von Matthäus begangene „Unbotmäßigkeit“ erlauben, da könnte er was erleben. Kein Staatsanwalt würde da den prügelnden Lehrer zur Rechenschaft ziehen. Gegen Fortbildungsschüler, die noch viel Harmloseres verschulden, als Matthäus verschuldet hatte, gelten nicht nur Ohrfeigen, sondern auch Stockhiebe als übereinstimmend mit einer vernünftigen Schulzucht, Stockhiebe, die den jungen Leuten auf das Gesicht gegeben werden. Das darf kein Staatsanwalt bemängeln, da ja diese jungen Leute — ungeachtet aller Empfindlichkeit ihres Uebergangsstadiums — noch unter Volksschuldiziplin stehen, die nun mal von Ohrfeigen und Stockhieben das Heil erwartet.

Daß auch Lehrer diese Sorte Fortbildungsschulpädagogik für richtig halten, wird manchen überraschen, der sich erinnert, wie man in Lehrerkreisen über Prügelpädagogik in Präparandenanstalten denkt. Präparandenanstalten sind Institute für junge Leute von vierzehn bis fünfzehn Jahren oder darüber, die ihre in der Volksschule erworbenen Kenntnisse noch vervollständigen müssen, um in ein Lehrerseminar eintreten zu können. Es handelt sich hier also um Schüler ungefähr desselben Alters und meist derselben Vorbildung, wie in den Pflichtfortbildungsschulen. Trotzdem eifert die Lehrerpresse dagegen, daß auch in Präparandenanstalten manchmal ein Lehrer prügelt, der anders keine Erfolge zu erzielen vermag. Noch kein Jahr ist es her, daß in der „Pädagogischen Zeitung“ über einen Pastor gescholten wurde, der als Ortschulinspektor und Lehrer einer Präparandenanstalt seine Schüler geprügelt hatte. „So behandelt ein Ortschulinspektor zukünftige Lehrer!“ wurde da gesagt. Das ist sehr verwerflich, ohne Zweifel. Aber dieselben Berliner Gemeindefullehrer, in deren Organ dieser vernünftige Standpunkt vertreten wird, finden es durchaus nicht verwerflich, als Lehrer von Fortbildungsschulen ihre Schüler mit Ohrfeigen und Stockhieben „erziehen“ zu wollen. Hier haben sie es freilich auch nur mit „zukünftigen Arbeitern“ zu tun.

Theateraufführungen für Arbeiter. Zu der unter vorstehender Spitzmarke dieser Tage veröffentlichten Notiz schreibt die Zentrale für Volkswohlfahrt:

„Nachdem es bekannt geworden ist, daß in diesem Winter auf allerhöchsten Wunsch wieder Theateraufführungen für die Berliner Arbeiter stattfinden, wird die mit der Verteilung der Eintrittskarten betraute Zentrale für Volkswohlfahrt durch schriftliche, mündliche und telephonische Anfragen bestärkt. Die Zentrale bringt deshalb zur öffentlichen Kenntnis, daß telephonische oder mündliche Anfragen nach Karten nicht angenommen werden. Alle Gesuche sind schriftlich einzulegen. An Einzelpersonen werden Eintrittskarten überhaupt nicht abgegeben. Die Billets gelangen lediglich in Fabriken, Arbeitervereine usw. zur Verteilung. Natürlich kann nur ein kleiner Teil der Bestellungen berücksichtigt werden. In den 10 in Aussicht genommenen Vorstellungen sind rund 16000 Plätze zu vergeben. Nimmt man die Zahl der Reservanten ganz gering mit 20000 an, dann mag jeder sich selbst die Wahrscheinlichkeit, ein Billet zu erhalten, ausrechnen.“

Durch diese Mitteilung wird nur bestätigt, was wir schon kürzlich über den Charakter der ganzen Veranstaltung andeuteten. Zudem Eintrittskarten nicht ohne weiteres an Arbeiter ohne jede Ausnahme abgegeben werden, sondern erst auf dem Umwege durch die Arbeitgeber zu erhalten sind, wird der Glaube bestärkt, daß nur ganz bestimmte Kreise berücksichtigt werden sollen; viellecht werden sich die Gelben besonderer Bevorzugung erfreuen. Interessant wäre, wenn die Zentrale mitteilen wollte, mit welchen „Arbeitervereinen“ sie in Verbindung getreten ist. Zur vollständigen Verteilung der Wohlfahrtswahlveranstaltung wäre eine Aufführung sehr wünschenswert. Im übrigen ist angesichts der großen Zahl Berliner Arbeiter die zur Verfügung stehende Zahl der Plätze eine so minimale, daß davon kein sonderliches Aufsehen gemacht werden sollte.

Die staatsgefährlichen Efeueranten. In der Rede, die Bürgermeister Reide bei der Jahreshauptfeier im Berliner Rathaus hielt, findet sich auch ein Passus, der eine nicht uninteressante Vorgeschichte hat. Der Fall ist in der Tat eine überaus charakteristische Illustration des Geistes, der heute die Staatsbehörden gegenüber der Stadt Berlin erfüllt. Dr. Reide führte aus: „Wenn im Aufschlagswege eine Stadtverwaltung angehalten wird, die allzu äppigen Efeueranten zu entfernen, die die Architektur eines der Stadt gehörigen Denkmals verdecken — mutet uns das nicht wie ein Anachronismus an? — Das Denkmal, von dem hier gesprochen wird, ist nach dem „O. L.“ das bekannteste Gräfe-Denkmal, dessen prächtige Anlage eine der schönsten Zierden im Straßenschild Berlins ist. Dieses dem großen Augenarzt geweihte Denkmal wird von einer dichten Efeuerhede umrahmt, deren Zweige sich in den letzten Jahren immer mehr über die farbigen Terrakottareliefs zu beiden Seiten der Statue Gräfes ranken. Jeder Vorübergehende freut sich an dem seinen Silde, zu dem sich hier Natur und Kunst vereinen. Man sage, daß der dicke Fleu die Allegorien neben dem Denkmal ein wenig zu sehr überwuchert. Was es deswegen aber gleich nötig, die Stadt Berlin durch eine — wohl von dem zuständigen Minister veranlaßte — amtliche Verfügung des Oberpräsidenten in aller Form zu ersuchen, die allzu äppigen Efeueranten am Gräfe-Denkmal zu entfernen? Die städtische Kunstdirektion, an die diese Verfügung zur Erledigung gegeben wurde, nahm sie schweigend zu den Akten. Sie wählte damit das bessere Teil als die Staatsbehörde, die in ihrem Beaufsichtigungseifer wieder einmal mit Kanonen nach Spagen geschossen hatte.“

Ein Gewitter zog gestern nachmittags nach 2 Uhr über Berlin herauf. Infolge der eintretenden Finsternis mußten zahlreiche Geschäfte ihren Licht angünden.

Zu den Tunnelentwürfen. Die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft hat im August eine Denkschrift über die Bedeutung und Notwendigkeit des Straßentunnels im Zuge der Straße Unter den Linden veröffentlicht. Sie richtete sich hauptsächlich gegen die im Auftrage der Stadt Berlin verfahrenen Arbeiten des

Regierungsrats a. D. O. Remmann. Eine Erwiderung auf jene Denkschrift ist schon erschienen, wiederum aus der Feder Remmanns, unter dem Titel „Die Tunnelentwürfe der Großen Berliner Straßenbahn“. Der Entwurf für den Tunnel Unter den Linden (Nordtunnel)“, mit zwei Tafeln und sieben Textabbildungen. Die Schrift ist 49 Druckseiten stark. Das Ergebnis seiner Untersuchungen sieht Remmann wie folgt zusammen: „1. Für die Ausführung des Tunnels Unter den Linden (Nordtunnel) ist ein Betrieb nicht vorhanden. 2. Infolge der Ausführung des Tunnels würden Teile der Innensubstrat des Verkehrsmittels der Straßenbahn beraubt und im Bereich des Tunnels selbst die Zahl der Zugangsstellen auf ein unzulässiges Maß eingeschränkt. 3. Der Tunnel würde die Ausführung dringender Schnellbahnen, welche die Richtung des Tunnels kreuzen, in hohem Grade erschweren. 4. Der Nordtunnel besitzt bei weitem nicht die ihm zugeschriebene Leistungsfähigkeit. 5. Die Schleifenverschlingungen des Nordtunnels beeinträchtigen nicht allein die Leistungsfähigkeit, sondern sind auch eine Quelle schwerer Betriebsgefahren.“

Eine peinliche Szene ereignete sich am Totensonntag auf dem Lichtenberger Kirchhof am Krugstege. An diesem Tage wollten die W.ischen Eheleute aus Lichtenberg das Grab der am 17. Juli verstorbenen Mutter der Frau W. besuchen. Am Beerdigungstage war den Eheleuten als Ortbestimmung des Grabes angegeben worden: Abteilung 9 Reihe 1 Grab 4. Der Vorfall hatte Herr W. den Namen der Verstorbenen an den Grabstein geschrieben. In den verflochtenen Monaten war auch die Grabstätte von den Angehörigen gepflegt worden. Am 10. mehr erkaunten die W.ischen Eheleute, als sie am Totensonntag das Grab der Verstorbenen in einer ungläubigen Verfassung fanden. Der Kranz war heruntergerissen, die Blumen in alle Winde zerstreut und zum Teil mit den Füßen zertritten. Am Grab standen zwei schwarzgekleidete Damen, die soeben das Verhörprotokoll beendet hatten und dem W.ischen Ehepaar das Recht auf die Grabstätte der Mutter bestritten, indem sie behaupteten, das Grab sei das ihrer Mutter, das der Mutter W. befände sich nebenan.

Frau W. versiel ob der Aufregung in Weinkrämpfe, weil nach der ihr gegebenen Ortbestimmung nur das von ihr bisher gepflegte Grab als das ihrer Mutter in Frage kommen konnte. Der zur Entscheidung angeordnete Kirchhofinspektor erwiderte kühl und trocken: „Dann habe ich mich eben seinerzeit geirrt.“ An dem betreffenden Beerdigungstage seien zwei alte Damen ungefähr zur gleichen Zeit nebenan beerdigt worden und Jenen ist doch menschlich, wenn das der Fall ist, wer garantiert dann den W. das dafür, daß er sich gerade in ihrem Falle geirrt hat und nicht im anderen Falle? Die Betroffenen wollen sich mit dieser Antwort des Inspektors nicht zufrieden geben; sie wissen so nie, ob wirklich unter dem Hügel, den sie nunmehr pflegen sollen, die Leiche ihrer Verstorbenen liegt. Eine schöne Wirtschaft muß demnach schon auf dem Friedhofe herrschen.

Die Automobilrosche in der Spree. Die unter vorstehender Spitzmarke in unserer Dienstadtnummer enthaltene Notiz veranlaßt die Automobil-Droschkenfahrer uns zu bitten, mitzuteilen, daß es sich in diesem Falle um ein Privatautomobil der Firma Wedag gehandelt habe.

Tot aufgefunden wurde gestern im Bureau des Postamts 9 am Potsdamer Platz der Oberpostsekretär Zan, der in Steglitz wohnte. Die Leiche lag in einer großen Wulst. Dem T. war das Blut aus dem Munde gedrungen. Am linken Unterarm wurden mehrere Schnittwunden festgestellt, die auf Selbstmord hindeuten.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonntag, 29. November, vormittags 10 Uhr, findet der Unterricht im Gewerkschaftswohlfahrt für die am Vortage ausgefallene Unterrichtsstunde statt. Unterrichtsthema: „Die gegnerischen Gewerkschaften.“

Zu der am Sonntag, den 22. d. M., stattgefundenen Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Vereins, welche im Lokal von Freyer (früher Keller), Köpenicker Str. 20, tagte, hat ein Kollege seinen Regenkleid nicht anziehen lassen. Der Eigentümer dieses Regenkleides kam sich denselben im Bureau des genannten Vereines, Charitéstr. 3, Zimmer III, abholen.

Auf der Eisenbahnfahrt von Johannishof nach Berlin ist einem Parteigenossen das Buch: „Das Gewerkschaftsrecht in Berlin“ verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, dasselbe in der Bibliothek des Transportarbeiterverbandes im Gewerkschaftshaus oder bei Wode, Ober-Schöneweide, Deulstr. 2, abzugeben.

Feuerwehrbericht. Wegen eines großen Dachstuhlbrandes wurde heute vormittag um 9 1/2 Uhr die 4. Kompanie nach der Krüßler Straße 50 gerufen. Die erste Meldung lief unbedeutlich mit dem Feuersprecher ein; es wurde erst Foffener und dann Dresdener Straße verstanden, bis dann vom Feuermelder in der Loge Straße nahe der Müllerstraße die richtige Meldung eintraf. Inzwischen waren bereits Trüge nach der Dresdener Straße aufgestellt; zwei andere eilten dann sofort nach der Brandstelle, die fast an der Weichbildgrenze im sogenannten afrikanischen Viertel liegt. Als die Wehr dort ankam, stand der Dachstuhl schon in großer Ausdehnung in Flammen. Der 13. und 16. Zug unter Leitung des Brandinspektors Julius nahmen sofort drei Schlauchleitungen über zwei mechanische Leitern und die schon total verqualmten Treppen vor. Es bedurfte längerer Vöchtigkeit, um eine weitere Ausdehnung des Brandes zu verhindern. Der Dachstuhl war nicht mehr zu retten. Der Schaden ist bedeutend. Als Ursache des Brandes wird Brandstiftung angenommen. Nach Auslassungen von Hausbewohnern soll es gleichzeitig an zwei Stellen gebrannt haben. Erst um Mittag konnte die Feuerwehr wieder abrücken. Ferner hatte die Feuerwehr in der Alexanderstraße 89 zu tun, wo auf dem Treppenhilf Feuer ausgebrochen war. Der 7. Zug wurde nach dem Ostbahnhof am Rastener Platz gerufen. Dort waren die Bureauräume im Bahnhof verqualmt; eine Feuergefahr lag aber bei Anbruch der Wehr nicht vor. Weiter u. a. brannten in einer Wohnung in der Sieboldstr. 1 und Kleider, Gardinen usw. in der Oberberger Str. 23. Außerdem wurde die Wehr nach der Mühlentafel. 60a u. a. Stellen alarmiert.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Belastung des Armenrats durch die Wohnungsverhältnisse, auf die wiederholt hingewiesen ist, wird auch in dem soeben veröffentlichten Bericht der Charlottenburger Armenverwaltung von neuem konstatiert. Die Verwaltung hat festgestellt, daß wie bisher so auch diesmal das geringe Angebot kleiner Wohnungen und die Höhe der Wohnungsmieten auf die Höhe der Unterhaltungen nicht ohne Einfluß geblieben ist. Allerdings hat die Zahl der leerstehenden Wohnungen von Stufe und Küche bei den Zählungen im Mai und Dezember 1907 gegen das Vorjahr etwas zugenommen, aber der Prozentsatz derselben bleibt auch jetzt noch hinter dem als normal angesehenen weit zurück und die Preise der Mieten, soweit sie von der Armenverwaltung kontrolliert werden konnten, zeigen, obwohl schon von Jahr zu Jahr eine Steigerung festzustellen war, 1907 eine erneute Erhöhung. Das gleiche Bild einer fortgesetzten Steigerung der Mietpreise weist die durch das Statistische Amt weiter fortgeführte Aufzählung der Wohnungsverhältnisse der Armenbevölkerung auf. Es ergab sich wieder, daß die Wohnungen im Vorderhaus fast durchweg billiger waren als die im Hinterhaus, ein Zeichen, daß es sich dabei fast immer um minderwertige Wohnungen handeln muß. Ferner zeigt sich die in den letzten Jahren beobachtete Erscheinung, daß die Mietpreise der Wohnungen, in die Arbeitermieten aufgenommen werden dürfen, stets höher sind als die der von den Familien allein bewohnten Wohnungen, das heißt also, daß für das Recht, Arbeitermieten aufnehmen zu dürfen, für Wohnungen derselben Art eine höhere Miete gefordert wird als ohne diese Erlaubnis. Die hohen Mietpreise zwingen linderreiche Familien, sich im Raum auf das denkbar geringste überhaupt noch mögliche Maß zu beschränken. So sind denn eine Reihe Wohnungen von

Stube und Küche von nicht weniger acht, zwei solche Wohnungen sogar von zehn Personen bewohnt gewesen.

Durch den sehr lehrreichen Bericht wird aufs neue der Beweis dafür erbracht, daß die Armenunterstützungen häufig gar nicht den Armen, sondern ihren Hauswirten zugute kommen. Der Arme aber verliert dadurch sein höchstes staatsbürgerliches Recht, während der Hausbesitzer sogar besondere Vorrechte in der Gemeinde besitzt. Diesem Umstand empfiehlt es sich, bei den noch ausstehenden Festreden zur Jahrhundertfeier der Städteordnung auf diese gewiß nicht uninteressante Tatsache hinzuweisen — selbst auf die Gefahr hin, daß dadurch etwas Wasser in den Jubiläumswein gegossen wird.

Wilmerdorf.

Zum Bau der Untergrundbahn Kankelplatz—Dahlem. Mit einem weiteren, einem neuen Auge hat die Stadtverordneten-Versammlung von Wilmerdorf, wie wir gestern schon in Kürze meldeten, dem Vertrage zugestimmt, der die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen zum Betrieb der von der Stadt zu erbauenden Untergrund-Schnellbahn verpflichtet. Man hielt hierbei an dem ursprünglichen Plan fest, wonach die Bahn von der vorläufigen Endstation Rehebeckener Platz nicht nach Halensee oder Schmörgendorf, sondern über das Rheingauviertel nach Dahlem geführt werden soll. Um diese neue Grunewald-Kolonie weiter zu erschließen und sie in einen Schnellverkehr mit Berlin zu bringen, will der preussische Fiskus 2 1/2 Millionen Mark ausgeben. Allerdings kommt für Wilmerdorf auch bei dieser verlockenden Summe das Sprichwort von dem Sperling auf dem Dache in Betracht, denn der Fiskus hat zwei Eisen im Feuer, da nicht allein Wilmerdorf, sondern auch Schöneberg seine Schnellbahn nach Dahlem fortführen will, und die Stadt den fetten Wiesen zu ergattern hofft, die am meisten Konzeptionen anbietet. Aus diesem Grunde waren denn die von verschiedenen Rednern angeführten Bedenken wehmütiger Natur ziemlich zwecklos. Man sprach von einem Zusammengehen mit Schöneberg, um so dem Fiskus das Geschäft zu verderben, und blühte andererseits neidisch auf Charlottenburg, daß seine Verkehrspläne zur Erschließung der Grunewald-Kolonie an der Döberitzer Querstraße durch den relativ wohlfeilen Erwerb eines beträchtlichen Hinterlandes schmachtend zu machen verstanden habe. Ferner bedauerte man sehr in der Sitzung vom Mittwoch, daß die Stadt die Terratingesellschaften nicht in genügendem Maße zu den Kosten habe heranziehen können. Diese Gesellschaften sind im Besitz von 76 200 Quadratrußen Land, wovon ihnen nach Abzug des für Straßenbauzwecke usw. zu verwendenden Gebietes immer noch 50 000 Quadratrußen bleiben. Der von ihnen zur Zeit der Ernte zu erzielende Verkaufspreis läßt sich schwer berechnen; er mag 500, aber auch 1000 Mark und noch mehr für die Quadratrußen betragen. Ist doch in der Gegend des nördlichen Teils der Kaiserallee ein Preis von 2000 Mark keine Seltenheit. Aber auch bei dem niedrigsten Satz erzielen die Gesellschaften einen gewaltigen Gewinn; und daher muß man sich in der Tat darüber wundern, daß die relativ geringe Summe von 1 605 000 M., das für etwa 20 M. für die Quadratrußen, bei ihnen als Opfergabe für den Bahnbau aus genügend erachtet worden ist. Nun stellte zwar Stadtbaurat Müller recht glänzende Rentabilitätsberechnungen auf, wie denn andererseits der Stadtverordnete Professor Leidig davon sprach, daß der Grundbesitz von den gewaltigen Gewinnen, die er erzielen werde, sein Teil opfern müsse; doch löste dieser Fühler bei den Vertretern des Grundbesitzes sofort die beweglichsten Mienen über ihr angebliches Glend aus.

Nach unserer Meinung ist hier eine geradezu klassische Gelegenheit zur Einführung einer einträglichen Wertzuwachssteuer gegeben. Die Stadt Wilmerdorf vergütet der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in den ersten Jahren durchschnittlich 30 Pfennig für jeden Wagenkilometer und rechnet für diese Zeit mit beträchtlichen Zuschüssen zum Betriebe der Bahn, deren Herstellung 7,9 Millionen Mark kosten soll. Geringer ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Grundbesitz recht bald sehr erhebliche Gewinne erzielen wird. Es wird sich daher zeigen, ob der Einfluß der Grundbesitzerpekulationen stark genug ist, um eine notwendige und für die Entwicklung der Stadt außerordentlich einflußreiche Maßregel hinterzuziehen zu können oder ob man bei der sich jetzt bietenden Gelegenheit gerecht genug ist, eine Steuer einzuführen, die sich in Wilmerdorf mehr als in irgendeinem anderen Orte bewähren wird.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm in ihrer Sitzung vom Mittwoch einen Magistratsantrag an, wonach den Hinterbliebenen der auf Grube Radobod verunglückten Bergleute 8000 M. überwiesen werden sollen. — Ferner erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß die zweite reale Lehranstalt am Orte zu einer Oberrealschule ausgebaut wird.

Rigdorf.

Seit dem 1. Oktober besteht Rigdorf eine Pflicht-Fortbildungsschule, die im Laufe der Zeit weiter ausgebaut werden soll. Gegenwärtig wird die Schule von etwas über 200 Schülern besucht. Am 1. Oktober waren in Rigdorf 600 schulfähige Knaben, davon sind nur 30 zur Pflichtfortbildungsschule angemeldet, die anderen Schüler sind freiwillige. Nach Verufen geordnet, sind die Metallarbeiter mit 60 Schülern vertreten; Tischler, Zimmerer und Metzger zusammen mit 18 Schülern; gemischte Berufe: Schneider, Schuhmacher, Sattler usw. mit 15 Schülern, Wälder mit 8 und Fleischer mit 2 Schülern. Die Klasse der ungelakten Arbeiter ist mit 60 Schülern besetzt. Der Stundenplan für ungelakten Arbeiter ist folgender: Verkehrsunterricht (Post-, Eisenbahn- und Frachtverkehr), Gesundheitspflege; weiter soll jährlich ein Vortrag über jetzige Gefahren von einem Arzt gehalten werden. Für die Lehrlinge sind wöchentlich vier Pflichtstunden vorgesehen, im Zeichnen, Rechnen, Korrespondenz, Kalkulation, Entwurf von Arbeitsplänen, Lehrverträgen sowie über Krankheitswesen, Unfallversicherung, deren Vorschriften und Versicherungswesen. Dazu kommt freie Wahl in Stenographie, Buchführung usw. An den fakultativen Kursen können auch andere als Schüler, z. B. kleine selbständige Gewerbetreibende usw., teilnehmen. Lehrbücher hat der Schüler selbst zu zahlen, nur Bedürfnisse erhalten dieselben gratis. Die Bücher sind dem System des Leipziger Fortbildungsschulvereins entnommen, weil man dies System für das praktischste hält. Außerdem sollen für Schüler- und Lehrerbibliothek 400 M. und für Schülerwanderung und Jugendspiele 300 M. eingestellt werden. Die Gewerodeputation stimmte dem Lehrplan sowie den Anträgen des Deputierten auf eine bessere Bezahlung der Fortbildungsschullehrer einstimmig zu. — Der städtische Arbeits- und Wohnungsnachweis soll einer Reorganisation unterworfen werden, da derselbe bis auf den heutigen Tag ein „Blumen im Verborgenen“ ist. Eine Unterkommission von vier Stadtverordneten und einem Magistratsmitglied soll für die Vorarbeiten zur Neuordnung einen Plan ausarbeiten, welcher auch Rücksicht auf eine noch zu eröffnende Schreibstube nimmt; zu diesem Zweck sollen wiederum etwa 500 M. eingestellt werden. Die Aufsicht über das Ganze wird einem Vorsteher mit einem Jahresgehalt von 2400 M. übertragen. Im weiteren wurde beschlossen, die Rechtskonsultantstelle vom Gemeinnützigen Verein Berlins und Umgebung loszulösen und in städtische Regie zu übernehmen.

Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen in der I. Abteilung wurden die Kandidaten der vereinigten kommunalen Vereine: Sander, Just, Müller, Niemeß, Rigische, Serno, Wagner, Dr. Dietrich, Richard Heinrich, Müllmann, Lries und Rahmig mit je 104 Stimmen gewählt. Dr. Silberstein erhielt 3 Stimmen.

Lichtenberg.

Arbeiter-Bildungsschule, Berlin. Der Unterricht in Nationalökonomie wird heute abend fortgesetzt.

Weihensee.

Mit der Gewergerichtswahl beschäftigte sich eine öffentliche Versammlung, in welcher Genosse Ritter die Notwendigkeit der Gewergerichte hervorhob. Redner erwähnte die Anwesenden, so-

weit sie in Berlin arbeiten, ihr Wahlrecht auch dort auszuüben und für die Liste der freien Gewerkschaften zu stimmen. Dergleichen sei es Pflicht der in Weihensee arbeitenden Arbeiter, am gleichen Tage — Sonntag, den 20. November — in Weihensee ihre Stimme abzugeben.

Dieser Arbeiter, die am Orte wohnen und arbeiten, haben in dem Bezirk ihre Stimme abzugeben, in dem sie ihren Wohnsitz haben.

Die Kandidaten der Arbeitnehmer sind im 1. Bezirk: Max Schmiede, Metallarbeiter, Paul Schulz, Tischler, Albert Kofin, Maler. — 2. Bezirk: Hermann Ritter, Tischler, Hermann Teuber, Maler, Max Meinde, Tischler, Georg Winkler, Marmorarbeiter. — 3. Bezirk: Wilhelm Guth, Metallarbeiter, Theodor Höning, Schlosser, Max Dieb, Klempner, Heinrich Brodtkorb, Tischler. — 4. Bezirk: Paul Aufsäßl, Zimmerer.

Kommunales.

Die Stadtverordneten

hatten gestern wieder einmal eine inhaltreichere Sitzung. Sie brachte Erörterungen über wichtige Fragen des Bildungswesens und des Gesundheitswesens.

Dem Plan des Magistrats, in den Wahlfortbildungsschulen das Schulgeld zu erhöhen, wurde nicht so ohne weiteres zugestimmt, wie man es sich im Magistratskollegium gedacht haben dürfte. Widerspruch gegen diese Maßregel wurde erhoben von der sozialdemokratischen Fraktion, deren Gründe von unserem Genossen Bruns vorgelesen wurden. Bruns hob hervor, daß gerade in dem gegenwärtigen Augenblick, wo die wirtschaftlichen Folgen des Beschäftigungsmangels die Arbeiterbevölkerung bedrücken, eine Schulgelderhöhung manchen jungen Arbeiter sehr fühlbar treffen würde. Bedenken gegen die Erhöhung wurden dann auch von Herrn Preuß (Sozialfortschrittler) und Herrn Sonnenfeld (Alte Linke) vorgebracht. Eßt freisinnig war Herr Sonnenfelds Vorschlag, lieber für die bisher schulgeldfreien Kurse künftig gleichfalls eine Gebühr, wenn auch nur eine geringe, zu erheben. Ein Unterricht, für den man gar nichts zu zahlen brauche, werde — so meint er — nicht geschätzt. Stadtschulrat Michaelis kam mit einem Hinweis auf die Freistellen, die nicht mal voll ausgenutzt würden. Warum sie's nicht werden, das weiß man: nicht weil es an Bedürfnissen fehlt, sondern weil mit der Bewilligung zu sehr gefargt wird. Die Magistratsvorlage über die geplante Schulgelderhöhung wird nun in einem Ausschuss, dem sie auf Antrag der Sozialdemokraten überwiesen wurde, erst genauer geprüft werden.

Zu einer sehr eingehenden Debatte führte der von Mitgliedern der Versammlung eingebrachte Antrag, in den Krankenhäusern und Irrenanstalten besondere Klassen für Bemittelte einzurichten. Die Bevölkerungsschicht, der man hiermit einen Dienst erweisen will, wurde von Herrn Gelpke, dem Hauptantragsteller, dreist als „Mittelstand“ bezeichnet. Kann ein Pflegegeld von 7 M. pro Tag — so hoch ungefähr würde es in den besonderen Klassen sein müssen — noch von denen bezahlt werden, die sich zum „Mittelstand“ rechnen? Genosse Weyl setzte namens der sozialdemokratischen Fraktion dem Antrag aus grundsätzlichen Bedenken ein glattes Nein entgegen. Einstweilen könne in den Krankenhäusern noch lange nicht von Ueberflus an Betten die Rede sein. Die Einrichtung besonderer Klassen für Bemittelte werde nur dazu führen, daß den minderzahlenden Patienten noch weniger als bisher gewährt werde. Je mehr auch die besser situierten Bevölkerungskreise die Mängel unserer Krankenhäuser zu fühlen bekommen, desto eher sei auf Abhilfe zu rechnen. Für den Magistrat gab Stadtrat Weigert zwar noch keine bindende Erklärung ab, aber seine Darlegungen ließen erkennen, daß dort leider viel Reizung vorhanden ist, den Gedanken — dessen geistiger Vater ja der Kammerer ist — auszuführen. Sehr beachtenswert waren die Ausführungen des Stadtverordneten Sandau, der für eine, allerdings wohl sehr geringe Minderheit der „Alten Linken“ sich gegen den Antrag erklärte. Der Standpunkt der Mehrheit dieser Fraktion wurde am unverhülltesten dargelegt von Herrn Cassel, der den echt freisinnigen Grundsatz proklamierte, es heiße eine „Wohltat“ erweisen, wenn die Stadt Kranke zu den jetzigen Preisen behandle, bei denen sie noch zugehe. Der Antrag fordert, daß auch in den Irrenanstalten den Bemittelten eine Extraklasse bereitet werde. Genosse Zadek wies nach, daß hier noch viel weniger als in den Krankenhäusern von Ueberflus an Betten die Rede sein kann. Die Mehrheitsfraktionen überwiesen den Antrag einem Ausschuss, gegen die Stimmen unserer Genossen.

Am letzten Teil der Sitzung wurde einstimmig beschlossen, aus Anlaß des Grubenunglücks auf Grube Radobod den Betrag von 10 000 M. für die Hinterbliebenen zu bewilligen. Vorsteher Michalek erinnerte an die Erklärungen, die im Reichstag vom Minister abgegeben worden sind. Er hat zu ihnen das Vertrauen, daß Ähnliches sich nicht wiederholen werde. Genosse Singer erwiderte, daß angesichts der großen Menge der bisher begangenen Unterlassungssünden diese Vertrauensseligkeit leider ganz und gar nicht berechtigt sei. Der Herr Vorsteher machte ein verdutztes Gesicht, als er merkte, wie sehr ihm die beabsichtigte „Verbeugung nach oben“ mißfiel war.

Vermischtes.

Eine neue Schiffskatastrophe

wird aus New York gemeldet: Ein Dampfer, vermutlich der der Panama-Linie angehörende Dampfer „Finance“, ist nach einem Zusammenstoß mit dem Dampfer der White Star Linie „Georgie“ in der Hauptfahrstraße bei Sandy Hook gesunken. Die „Georgie“ ist leicht beschädigt. Man glaubt, daß Passagiere und Mannschaft des gesunkenen Schiffes von Rettungsbooten aufgenommen worden sind. Die „Finance“ war am Montag nach Colon abgegangen und hatte wahrscheinlich in der unteren Bucht wegen Nebels Anker geworfen. Sie hatte hundert Passagiere an Bord.

Großfeuer in Wandbeck. Nach einer Meldung aus Hamburg wurde in der letzten Nacht die Hamburger Feuerwehre zweimal hintereinander zur Hilfeleistung nach dem benachbarten Wandbeck aufgerufen. Dort brannten zunächst die großen Delwerke, die einem belgischen Konsortium gehören und etwa zweihundert Arbeiter beschäftigen, total nieder. Die Löscharbeiten wurden wesentlich dadurch erschwert, daß nicht genügend Wasser vorhanden war und erst aus einer Entfernung von 1 1/2 Kilometern herangeholt werden mußte. Das Feuer wütete bis um 4 Uhr und verursachte einen Schaden von 1 1/2 Millionen Mark, der durch Versicherung gedeckt ist. Das zweite Feuer kam eine Stunde nachher auf einem Zimmerplatze aus, der gleichfalls total niederbrannte.

Eine Schwedebahn über das Riesengebirge. Ein Trautemann Konsortium plant den Bau einer 18 Kilometer langen Schwedebahn

über das Riesengebirge von Spindelmühle nach Warmbrunn. Die Baukosten sollen 1 1/2 Millionen Mark betragen. Nach der „Breslauer Zig.“ rechnet man jährlich auf eine Viertelmillion Reisende zu je einer Krone (80 Pf.) Fahrpreis.

Verein der Buchdrucker und Schriftsetzer zu Rigdorf-Brick-Sonnabend, den 28. November, abends 9 Uhr: Vereinsversammlung bei Hoppe, Hermannstr. 49.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 9. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Die Saat des Admos. — Das proletarische Glend in England und Deutsch-land. Von Th. Hoffmann. — Gewerkschaftsbeamte und Partei. Von H. Jädel. — Die Nationalratswahlen in der Schweiz. Von Dionys Zimmer. — Große Fällung. Von R. Kautsky. — Frauenelend und Frauen „Kuh“ in Italien. Von Friedr. Kreis. — Literarische Rundschau: H. Borchgrevink, Meine Erlebnisse im russisch-japanischen Kriege. Von K. K. v. Gersach, August Bebel. Von H. Kautsky. Mohammed Alißin. Die Freiheitsbewegung in der Türkei. Von P. — Zeitschriftenausgaben. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage bei Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist soeben Nr. 4 des 19. Jahrgangs erschienen. Sie hat folgenden Inhalt: Die Schaulust, die Kampf! — Der Arbeiterinnenklub in der Kommission des Reichstags. Von G. H. — Die Landtagswahlen in Niederösterreich. Von Adolph Poppe. — Die Aussperrung in der Baumwollindustrie in Lancashire. Von H. Jädel. — Von der sozialistischen Jugendbewegung in der Schweiz. Von H. H. — Zur Lage der weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte in Baden. Von Th. H. — Hezenglauben und Hezengroßesse. Eine kulturhistorische Skizze von Anna Blos. (Fortsetzung). — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisations- und Sechste Konferenz für den Agitationsbezirk Frankfurt a. M. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F. — Notizen: Dienstbotenfrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenstimmrecht. — Die Frau in öffentlichen Kantinen. — Für unsere Mütter und Hausfrauen: Über der Toten. Von G. F. Meyer. — Robert Owen als Erzieher. — Das Auge des Kindes. Von Dr. Richard Süßmann. — Die Mutter als Erzieherin. — Zeitschriften: Der Arbeit Tag. Von Ernst Preussing. — Owens Stellung zur Frauenfrage. — Der Hoisel-Losel. Von Ludwig Ringensgruber. (Fortsetzung).

Für unsere Kinder: Spruch. Aus Goethes „Faust“. — Aus der Schule: Stadtmann und Redmann. Von Brand. — Herbsttage in den Berner Alpen. Eine Hundeschichte. Von A. W. Widmann. — Nereusstrand. Von Theob. Storm. (Gebicht). — Skizze auf der Reise. Von Ernst Kimmel. — Zwei Treibhauspflanzen. Von Hebe. (Schluß). — Die kleine Der. (Gebicht).

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,50 M.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 10 Uhr abends 7 Uhr wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr. Jeder Befragte ist ein Buchstabe und eine Zahl als Wertzeichen beizugeben. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Die zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage verbleiben. Gütige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

N. N. 72. 1. Rein. Ist zwischen Herrschaften und Diensthöfen eine Abmachung nicht vereinbart, so beträgt dieselbe sechs Wochen zum Erlöse des Quartals. Es hätte also am 15. nur zum 1. Januar gekündigt werden können. 2. Nicht das Gewerbegericht, sondern das Amtsgericht ist zuständig. — N. N. 10. Sie möchten sich vor neuem einen Trauungsausschuss lassen. Die Frage des Landesversicherungsbeamten bezog sich auf die Bestimmung, daß Ueberflus an Betten in den Irrenanstalten usw. unentgeltlich sind. — N. N. 69. Wenn der Mann wegen Gebrauch auf Gehaltszahlung klagt und die Ehe wegen des Gebrauchs geschieden wird, so kann er Befreiung von der Ehe verlangen. — N. N. 100. Da Sie im Jahre 1906 aus der Landesliste ausgestiegen sind, haben Sie seit dem 1. Januar 1908 Kirchensteuer nicht zu zahlen. Sie können Sie gegen die Ueberflus an Betten, Ueberflus an Betten usw. beim Landesversicherungsamt anfechten. — N. N. 100. Die Uebertragung wäre zulässig, aber eine Aufschubung möglich. — G. N. 67. Wenn Sie gegen die zweite Veranlagung Berufung ein. Vom 1. Januar 1910 ab hat Ihre Frau überhaupt keine Kirchensteuer zu zahlen, weil sie in diesem Jahre ausgetreten ist. — N. N. 6500. Zur Zahlung sind Sie verpflichtet. — N. N. 13. 1. Ja, aber nur unter Zustimmung des Schiedsgerichts. 2. In der Buchführung Vorwärts erhalten Sie sämtliche Bücher. Erken Sie sich mit ihr direkt in Verbindung. — N. N. 102. Antwort erhalten Sie später. — C. N. 1855. Wenn die Frau die Kinder der Erbschaft nicht entzogen haben, so können Sie dieselben als Erben verlangen. Es genügt der Nachweis, daß sie Erben geworden sind. Die Empfangnahme einer Versicherungssumme beweist noch nicht, daß die Betreffenden Erben geworden sind. — Charlotteburg 100. Leider ja. — G. N. 1234. Klagen Sie zunächst bei dem Gewerbegericht. Wenn dieses wegen Unzuständigkeit ist, so ist das Amtsgericht zuständig. Wenn Sie für das Warenhaus angeklagt, so ist das Gewerbegericht zuständig. — N. N. 8. In fünf Jahren. — N. N. 91. 1. bis 3. Wenn keine Offenheit vorliegt, nein. 4. In geschlossenen Gesellschaften ja.

Wirtschaftlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Zufuhr stark, Geschäft langsam, Preise für Schweinefleisch anziehend, für Kalb- und Hammelfleisch nachgebend. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft still, Preise wenig verändert. Geflügel: Zufuhr in Gänsen über Bedarf, sonst nicht ausreichend, Geschäft still, Preise wenig verändert. Fisch: Zufuhr sehr reichlich, Geschäft sehr schleppend, Preise gedrückt. Butter: Zufuhr reichlich, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft anhaltend still, Preise fest.

Witterungsüberblick vom 26. November 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Rechner-stand mm		Wetter	Temper. in Grad C.	Windrichtung	Wetter-stand	Rechner-stand mm		Wetter	Temper. in Grad C.
	Baromet.	Windrichtung					Baromet.	Windrichtung		
Emmende	768	SB	3 wolkg	8	W	744	SB	2 heil hd.	-1	
Damburg	758	SB	7 bedekt	4	W	767	S	2 Schnee	1	
Berlin	761	S	2 bedekt	4	W	768	SB	3 bedekt	10	
Frankfurt a. M.	767	SB	4 Dunst	5	W	755	SB	4 wolkenl	4	
München	760	SB	5 Regen	4	W	770	SB	2 wolkenl	3	
Wien	768	SB	bedekt	2	W					

Wetterprognose für Freitag, den 27. November 1908.

Etwas kälter, viellicht heiter, jedoch noch unbeständig mit gelegentlichen Niederschlägen und frischen westlichen Winden. Berlin: Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 25.11.		am 24.11.		Wasserstand	am 25.11.		am 24.11.	
	om	cm	om	cm		om	cm	om	cm
Remel, Elbt	-2	-7			Saale, Großh.	86	+6		
Vogel, Zwickau	20	+7			Cappel, Sandbau	47	-7		
Weiße Elster, Thon	20	+7			Walden	12	-9		
Oder, Ratibor	75	+4			Spree, Spremberg	73	0		
„ „ „ „ „	57	+5			„ „ „ „ „	61	+3		
„ „ „ „ „	65	+0			„ „ „ „ „	54	-11		
„ „ „ „ „	25	+7			„ „ „ „ „	6	+11		
„ „ „ „ „	7	+1			„ „ „ „ „	406	+36		
„ „ „ „ „	1	-1			„ „ „ „ „	114	-21		
„ „ „ „ „	-73	-2			„ „ „ „ „	88	+13		
„ „ „ „ „	-168	+3			„ „ „ „ „	106	+23		
„ „ „ „ „	27	+4			„ „ „ „ „	110	+1		
„ „ „ „ „	49	0			„ „ „ „ „				

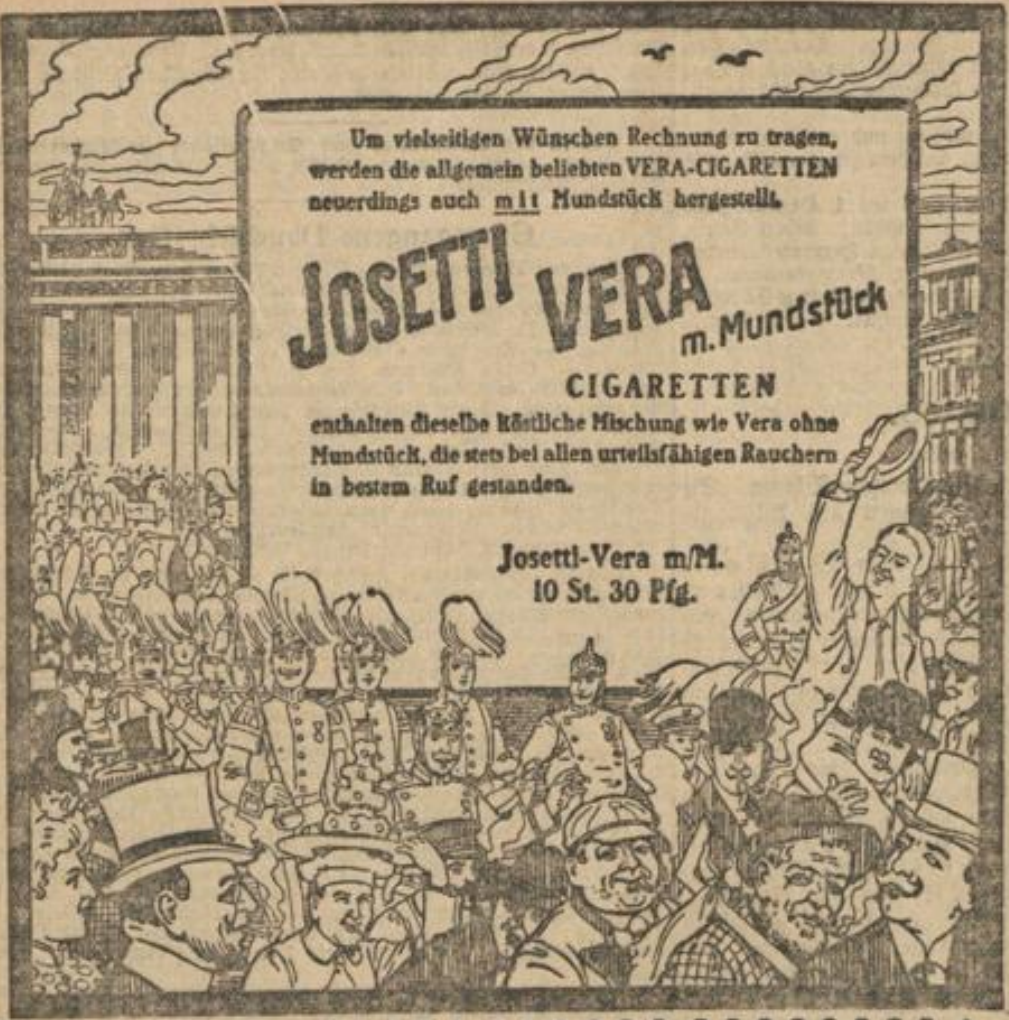
+) + bedeutet Hoch, — Fall, — *) Unterpegel. — *) Gistand. — *) Gistand, oberhalb von Thon Gistand.

Um vielseitigen Wünschen Rechnung zu tragen, werden die allgemein beliebten VERA-CIGARETTEN neuerdings auch mit Mundstück hergestellt.

JOSETTI VERA m. Mundstück

CIGARETTEN
enthalten dieselbe köstliche Mischung wie Vera ohne Mundstück, die stets bei allen urteilsfähigen Rauchern in bestem Ruf gestanden.

Joseetti-Vera m/M.
10 St. 30 Pfg.



Alles auf Kredit!

Möbel
Ganze Einrichtungen
Wochen-Rate 1 M. an

Elegante
Herren- u. Damen-
Garderobe
Wochen-Rate 1 M. an

S. Gottlieb, Rosenthalerstr. 54 i.
Vertragslieferant des Deutschen Bankbeamten-Vereins.

PALMIN

Es ist Palmin das Beste für die Küche,
Zum Kochen, Braten, Backen beispiellos!
Es löst den Rauch der Küche wie im Thier,
Lokomotiv dem phantastischen Magen ganz gesund!



Reeller
und billiger wie
Monatsgarderoben
sind meine im Preise
zurückgesetzten Herren-
Anzüge,
Paletots,
sonstiger Maßpreis 40-60,
jetzt 15-30 Mark.
Adolf Raitzig,
Grüner Weg 90,
Ecke Andreasplatz,
Christliches Geschäft

Größte Puppen-Fabrik Berlins.
P. R. Zierow,
Berlin N. 37, Schönhauser Allee 179.
Eigene Fabrikation.
Größtes Lager von Kugelgelenkpuppen, Blühen,
Köpfen, Perücken, gekleideten Puppen, Puppen-
artikel und allen Ersatzteilen. 4816L.
Reparaturen bitte schon jetzt an meine
Firma gelangen zu lassen.
Engros- u. Einzelverkauf. Kein Laden.

HERREN KNABEN KLEIDUNG
S. LEVY, CHARLOTTENBURG
SCHARRENSTR. 36

Achtung! Zigarrenhändler! Achtung!
Größtes Lager in abgelagerten Zigarren
Größtes Lager in Weihnachtspackungen
Max Ziegenhals, BERLIN NO. 18, Keibelstr. 20, Alexanderplatz.
Telephon: Amt VII, 3047.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche
und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort
(setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben
zählen doppelt.

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

5.00 prachtvolle Betten, 2.00
Bauerndbetten, nur Handliche
Andreasstr. achtunddreißig. 14615*

Handbett, zwei Federn, zwei
Rollen, weißschwarz 18.00, große
Rollen 1.00, Aussteuer, Damast-
bezüge, Blüschdecken, Gardinen, Por-
zellan, Steppdecken, Handliche
Andreasstr. achtunddreißig. 14615*

Bauerndbett, Unterbett, zwei
Rollen 27.00, große Freischwinger,
Regulatoren 9.00, Handliche
Andreasstr. achtunddreißig. Fahrgeld nicht
vergütet. 14638*

Waffen zu zwei Capots und
Eichbaum Lackrolle, Die wahre Ge-
schichte des Christentums*, von August
Fabel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe
50 Pf. Expedition Lindenstr. 69,
Laden. 14638*

Leppiche! (schlechte) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
ins Leppichlager Berlin, Dofelcher
Markt 4, Bahnhof Oststr. 20411*

Gaschronen, Petroleumchronen ohne
Anzahlung, Woche 1.00, Kleinfinger,
Louis Böttcher (selbst): Betriebsleitung
Vorkaufstr. 22 (Bahnhofs-
Verbindung Warschauerstr.), Vorkauf-
str. 81, Schönhauser Allee 79, Bah-
str. 8a, Rindorf, Kaiser Friedrich-
str. 247.

Ohne Anzahlung Woche 50 Pfennig.
Bilder, Spiegel, Ferner: Möbel,
Kleinfinger, Leppiche, Gardinen,
Steppdecken, Tischdecken, Bettbezüge,
Vorhänge, Uhren, Gaschronen, Herren-
garderobe, Weber, Franziskanerstr. 42,
Königsplatz, 13375*

Monatsgarderobenhaus An-
treibstr. 54. Elegante Monats-
anzüge, Monatspaletots, einzelne
Weinleiber zu sehr billigen Preisen.
Nur Andreasstr. 54 an der Markt-
halle. 13388*

Verbrechen und Prostitution als
lokale Krankheitserscheinungen von
Paul Gieseler, Preis 2.- Mark, geb.
2.50 Mark. Expedition Vorwärts,
Lindenstr. 69. 13388*

Wanderverkauf! Hermannplatz,
Wanderverkauf! Stimmensbilige
Winterpaletots! Kleinauswahl!
Jadellangänge! Gehrockanzüge! Herren-
böden! Pelzjacken! Überbleibler
Wettverlauf! Gardinenverkauf!
Brautgeschenke! Leppichauswahl!
Wäscheauswahl! Blüschdecken!
Steppdecken! Nähmaschinen! Wand-
uhren! Tischdecken! Kettenauswahl!
Ringauswahl! Ankerlampen! Grob-
berlin's Einkaufsartikel! Hermann-
platz 6. Sonntags ebenfalls geöffnet.

Herrenanzüge, Herrenpaletots,
anzugähnliche, aus feinsten Rohstoffen
18 bis 38.00 billige, Sonntagverkauf.
Deutsches Verandhaus Jägerstr. 65,
1. Trepp. 13758*

Leppiche, farblich sortiert, für halben
Wert. Sonderverkaufe 6 Projekt
Eigentum. Thomas, Oranien-
str. 100, Oranienplatz. 14315*

Bekanntmachung, Humboldt-
lehnhaus, weit und breit bekannt, nur
Brennenstr. 58, Gehaus Etra-
lunderstr. Großer Wanderverkauf,
mehrerer Tage! Pelzjacken, hochpreisige
hochpreisige Winterpaletots, Gehrock-
anzüge, Jadellangänge, riesengroßer
Wettverlauf, Aussteuerwische,
Leppichauswahl, Blüschdecken,
goldene Damenuhren, Herrenuhren,
Freischwinger, Kettenauswahl, Schmuck-
gegenstände, großartige Weihnachtsgeschenke.
Geöffnet ganzer Tag, auch Sonntags.

Bauerntriebe, Der deutsche, von
Friedrich Engels, Broschüre 1.50 Mark,
gebunden 2.- Mark. Expedition,
Lindenstr. 69, Laden. 14315*

Wanderverkauf Schönhauser
Allee 110. Spotbilliger Verkauf ver-
fallener Wanderverkauf, Herrengarderobe,
Gardinen, Aussteuerwische, Schmuck-
gegenstände, Betten, Leppiche, Uhren.

Nähmaschinen, Bergle bis 20.00,
wer Teilzahlung kauft oder nach-
weist. Sämtliche Systeme. Drauser,
Frankfurter Allee 101, Bahnhofs-
vorplatzstr. 106. 1819

Leppiche (farblich sortiert), Stepp-
decken, Gardinen, Tischdecken, Tisch-
bezüge, Liebergardinen, Sofastoffe,
restlos! Spotbillig! Jahrmittelverkauf
Rauerhoff, Große Franziskanerstr. 4,
Bahnhofsstr. 13855*

Monatsanzüge und Winterpaletots,
Zoppen von 5 Mark sowie Doen
von 1.50, Gehrockanzüge von 12.00,
Preis von 2.50, sowie für torpente
Figuren Neue Garderobe zu kaumend
billigen Preisen, aus Handlichen
verfallenen Sachen kauft man am
billigsten bei Rah. Nulandstr. 14.

Wäsche und Wringmaschinen,
Billigste Preise, prima Qualität. Bei
Abzahlung größtes Entgegenkommen.
Bellmann, Götterstr. 26.

Kleinfinger Leppiche, Sofa-
und Salongröße, 4.25, 6.75, 10, 300 Mark.
Eine Partie mit feinen Wechsellern
Spotbillig. Leppichhaus Emil Lehmann,
Oranienstr. 156. 11558*

Wie wird die Staatsangehörigkeit
erworben? Ein Führer durch das
Recht der Staats- und Reichs-
angehörigkeit, von H. Veit. Preis
25 Pf. Expedition Lindenstr. 69,
Laden.

Zingerdobbis, Ringschiffchen, tabel-
los, 18.00, Oranienstr. 19, Konopla.

Ringschiffchen beidseitig, 100, 688, 1000
8.00 ab Lager. Denge, Donau-
str. 106, Einfahrt Schönfeld-
str. 15. Dofelst auch Oberverkauf
engros. 197*

Damenhemden mit gestrichelter
1.20, Herrenhemden 1.15, Bettlatten
1.20, Normalwische, Arbeiterhemden,
sowie elegante Reilmuster Spotbillig.
Wäscheartikel Salomonstr. 21, Dofelst
str. 21, Alexanderplatz. Sonntags
geöffnet. 1917*

So --- kommt der
beste Anzug her --- Er kommt
von Herrmann Schäferinger ---
Reinholdsdorferstr. 48 und ---
Luisenstr. 58. 14848*

Schnell, direkt verlaufen Ge-
schäfte, Grundstücke Gornitzweg & Co.,
Oranienstr. 149. Telefon 4, 11611.

Wohlfühl, Restauration, 30 Jahre
bestehend, ist zu verkaufen. Preis
2500.00. Schönhauser Allee 167a,
Bärwald. 170

Grüntraumgeschäft mit Revolver,
alleinstehend, 300 Mark erforderlich,
sofort veräußerlich. Wölter, Rindorf,
Schloßstr. 20. 29235

Möbel
Möbel! alt, neu, einfache, e-
legante, verkauft Spotbillig Lombard-
speicher, Neue Königstr. 5, Fabrik-
gebäude; auch Sonntag geöffnet.
Teilzahlung gestattet. 20617*

Auf Teilzahlung, Möbelverkauf,
Stube, Küche, Anzahlung 15 Mark
an. Verleihen gewogene Möbel Spot-
billig. Verolina, Kastanienallee 49.

Die billigste Wohnungs-Einrichtung
hat immer noch Dalemans Gelegen-
heits-Küche in familiären Möbeln
Lothringersstr. 22. Trotz der billi-
gen und guten Möbeln gebe auch,
wenn man nicht gleich alles bezahlen
kann, auf Teilzahlung. Einleitung.
Sonn nur Kaiser-Gebäude. Ein bil-
liger fast alle Möbelhändler. Gute
komplette Wohnungs-Einrichtung mit
moderner Küche 250 Mark, bessere
325-400-450-500-1500. Befähig-
ung in sechs Tagen. Enorme Aus-
wahl. Lothringersstr. 20. Schön-
hauser Tor. 12815*

Verkaufe umgehend zwei englische
Bettstellen, Säulenmattens, Kleider-
schrank, Berlin, Wäsche, Auszieh-
tisch, Leppich, Vorhänge, Stühle,
Korallenmöbel, moderne Küche, billige
Möbel fast neu! Chausseestrasse 62,
vom II. Kureingang, Dalemans.
Händler verleiht. 29195

Violinunterricht (neue, doppelt
bedeckte Methode bis zur Vollendung)
gibt erfahrener Künstler wöchentlich,
auf Wunsch auch nur eine Lektion
a 1.25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf.
Offerten unter D. 2 Expedition des
„Vorwärts“. (*)

Verschiedenes.
Wenn die Mutterprache beherrscht!
Erfolgreich, leicht, logischen Unterricht
in Wort und Schrift der deutschen
Sprache erhalt Damen und Herren
(separat) auch abends ein tüchtiger
und gewissermaßen Privatlehrer. Die
Stunde kostet eine Mark. Eine Unter-
richtsstunde wöchentlich genügt. Ge-
sellige Angebote sind unter G. 4 an
Expedition des „Vorwärts“ zu richten.
Vormannswahl Sebel, Wilmers-
str. 94a. 25558*

Teilnehmer an einem englischen
Büchel (monatlich 4 Mark) werden ge-
sucht. Vorwärtswahl für Anfänger
und Fortgeschritten werden erstellt.
W. Emswyl, Schneberg, Sedan-
str. 57, III. 10035*

Restaurations von Frau Rotzko.
Schlachterstr. Kurstr. 8, III.

Leihhaus Verkur*, Große Frank-
furterstr. 116, kauft, leiht Herren-
garderobe, Goldwaren, Silberwaren,
Uhren, Wäsche, Pelzwaren, Stoffe,
Zigarren, Räder sowie jeden
Kleingegenstand. 13005*

Restaurations erhalten Einrich-
tungen, Kunstgegenstände, erstklassige
Großherren. Offerte „Vorwärts“,
Postamt 22. 29205

Wer Stoff hat? Fertige Herren-
anzüge 15.00, Wagner, Schneider-
meister, Schöndorferstr. 9. 187*

Statuen, Gold, Silber, Gefäße,
Rehröde, photographische Aufhänge,
sämtliche gold- und silberhaltigen Ab-
fälle kauft Goldschmelze, Rindorf-
str. 29, Telefon 4, 2928. 187*

Fischholz, Komiker-Gesellschaft,
Gropiusstr. 6. 29175*

Wohlfühl, kleine, kauft
(Kleingebäude) Oranienstr. 19, Ro-
nopol. 1016

Vermietungen.

Wohnungen.
Freundliche Wohnung, Stube,
Kammer und Küche, sofort fertig zu
vermieten Stralauer Platz 6/7. 146

Stube, Küche umzugsdabei sofort
vermietet Dofelst, Faldensteinstr. 6,
vom IV. 1423

Zimmer.
Möbliertes Zimmer, 13.00, Hof-
Küche 20. 147

Kleine möblierte Stube für einen
Herrn bei Frau Vahler, Neue Grün-
str. 39, Hof links IV. 29155

Möbliertes Zimmer für Herrn,
Sminowstr. 78, Curgedäude
3 Treppen, Böhm. 1423

Möbliertes Zimmer, 2 Herren,
Waldemarstr. 71, III. Markt.

Schlafstellen.
Kleine möblierte Schlafstelle
(Dahnhof Bedding) Köpenickerstr. 4,
vom II rechts, Sypant. 1423

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.
Gärtner auf Gutwiese neue
Instrumente, eventuell auf seine
Hilfsarbeiten suchen Louis O. Voemen-
stein, Biegelstr. 26. Meldungen
nur schriftlich. 262/9

Gärtner für Abendstunden ge-
sucht. Meldungen 9-1 Kettelstr.
18, Gartenhaus links portiere.
Für Dämmittel finden tüchtige
Leute gegen hohe Provision dauernde
Anstellung. Hoher Verdienst! Mel-
dungen unter B. E. 5751 an Rudolf
Wolfe, Dresden. 184*

Gebete Fräulein, Gold-
leistenfabrik Rindorferstr. 88.